

Landtag Rheinland-Pfalz
13. Wahlperiode

Plenarprotokoll 13/120

120. Sitzung

Mittwoch, den 15. November 2000

Mainz, Deutschhaus

AKTUELLE STUNDE

„Die Auswirkungen der von der Bundesregierung vorgelegten neuen AfA-Tabellen (Absetzung für Abnutzung) auf die Wirtschaft, die mittelständischen Betriebe und die Finanzen des Landes Rheinland-Pfalz“
auf Antrag der Fraktion der CDU
- Drucksache 13/6404 - 9016

„Aktuelle Situation auf dem Lehrstellenmarkt in Rheinland-Pfalz“
auf Antrag der Fraktion der SPD
- Drucksache 13/6412 - 9026

Die Aktuelle Stunde wird geteilt.

Zu den beiden Themen findet jeweils eine Aussprache gemäß § 98 der Geschäftsordnung des Landtags statt.

Gesetz für Schulen in Rheinland-Pfalz (SchuR) - Gesetz zur Modernisierung des rheinland-pfälzischen Schulrechts und zur Weiterentwicklung der Schulen im rechtsstaatlichen, demokratischen, sozialen, europäisch-föderalen und ökologischen Verfassungsstaat
Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Drucksache 13/6130 - 9036
Zweite Beratung

dazu: Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bildung, Wissenschaft und Weiterbildung
- Drucksache 13/6351 - 9036

Der Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 13/6130 - wird in zweiter Beratung mit Mehrheit abgelehnt. 9049

...tes Landesgesetz zur Änderung des Landestierkörperbeseitigungsgesetzes 9049
Gesetzentwurf der Landesregierung
- Drucksache 13/6170 -
Zweite Beratung

dazu: Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt und Forsten 9049
- Drucksache 13/6427 -

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 9049
- Drucksache 13/6452 -

Der Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 9049
- Drucksache 13/6452 - wird mit Mehrheit abgelehnt.

Der Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 13/6170 - wird in 9049
zweiter Beratung und in der Schlussabstimmung jeweils mit Mehrheit
angenommen.

...tes Landesgesetz zur Änderung des Verwaltungshochschulgesetzes 9050
Gesetzentwurf der Landesregierung
- Drucksache 13/6267 -
Zweite Beratung

dazu: Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bildung, Wissenschaft 9050
und Weiterbildung
- Drucksache 13/6428 -

Der Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 13/6267 - wird in 9052
zweiter Beratung und in der Schlussabstimmung jeweils einstimmig
angenommen.

Entwurf einer Vereinbarung zwischen Landtag und Landesregierung 9052
gemäß Artikel 89 b der Landesverfassung über die Unterrichtung des
Landtags durch die Landesregierung
Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, F.D.P. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Drucksache 13/6421 -

Der Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, F.D.P. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 9056
- Drucksache 13/6421 - wird einstimmig angenommen.

Am Regierungstisch:

Ministerpräsident Kurt Beck; die Staatsminister Hans-Artur Bauckhage, Florian Gerster, Frau Dr. Rose Götte, Frau Klaudia Martini, Herbert Mertin, Gernot Mittler (zeitweise), Walter Zuber; die Staatssekretäre Rüter, Frau Ahnen.

Entschuldigt fehlten:

Die Abgeordneten Ute Granold, Eda Jahns, Anne Kipp, Heinz Leonhard, Ingrid Pahler sowie Staatsminister Professor Dr. Jürgen Zöllner.

Rednerverzeichnis:

Präsident Grimm	9016, 9017, 9018, 9019, 9021, 9023, 9024, 9025, 9026 9027, 9029, 9030, 9032, 9033, 9034, 9035, 9036, 9039
Vizepräsident Schuler	9041, 9042, 9043, 9045, 9046, 9047, 9049, 9050, 9051 9052, 9053, 9054, 9055, 9056
Bischel (CDU)	9052
Brede-Hoffmann (SPD)	9036, 9039, 9042
Creutzmann (F.D.P.)	9019, 9025, 9035
Dahm (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	9027, 9034, 9041, 9045, 9051
Frey, Dr. (F.D.P.)	9053
Grütmacher (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	9054
Itzek (SPD)	9017, 9024
Jullien (CDU)	9016, 9023
Kohnle-Gros (CDU)	9050
Kuhn (F.D.P.)	9046, 9051
Lelle (CDU)	9043, 9046, 9050
Morsblech (F.D.P.)	9029
Schiffmann, Dr. (SPD)	9052
Schmidt, Dr. (SPD)	9050
Schöneberg (CDU)	9027, 9033
Schwarz (SPD)	9026, 9032
Thomas (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	9018, 9024, 9036, 9043, 9045
Bauckhage, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau	9030
Gerster, Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit	9035
Mittler, Minister der Finanzen	9021
Ahnen, Staatssekretärin	9047
Rüter, Staatssekretär	9051, 9055

**120. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz
am 15. November 2000**

Die Sitzung wird um 14.02 Uhr vom Präsidenten des Landtags eröffnet.

Präsident Grimm:

Guten Tag, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich begrüße Sie zur 120. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz.

Zu Schriftführern berufe ich die Abgeordneten Dr. Josef Rosenbauer und Ulla Brede-Hoffmann. Frau Brede-Hoffmann führt die Rednerliste.

Entschuldigt sind für heute die Abgeordneten Eda Jahns, Anne Kipp, Ute Granold, Heinz Leonhard, Ingrid Pahler sowie Staatsminister Professor Dr. Jürgen Zöllner.

Ich freue mich, sicherlich auch in Ihrem Namen zwei Kollegen zum Geburtstag gratulieren zu können. Am 31. Oktober feierte die Abgeordnete Jeanette Rott-Otte ihren 55. Geburtstag und am 9. November der Kollege Guido Ernst seinen 50. Geburtstag. Beiden Kollegen einen ganz herzlichen Glückwunsch!

(Beifall im Hause)

Meine Damen und Herren, die Tagesordnung liegt Ihnen vor. Gibt es dazu Hinweise oder Änderungswünsche? - Das ist nicht der Fall. Dann stelle ich die Tagesordnung so fest.

Ich rufe Punkt 2 der Tagesordnung auf:

AKTUELLE STUNDE

- a) „Die Auswirkungen der von der Bundesregierung vorgelegten neuen AfA-Tabellen (Absetzung für Abnutzung) auf die Wirtschaft, die mittelständischen Betriebe und die Finanzen des Landes Rheinland-Pfalz“
auf Antrag der Fraktion der CDU
- Drucksache 13/6404 -**

- b) „Aktuelle Situation auf dem Lehrstellenmarkt in Rheinland-Pfalz“
auf Antrag der Fraktion der SPD
- Drucksache 13/6412 -**

Zu dem ersten Thema der Aktuellen Stunde spricht für die antragstellende Fraktion Herr Abgeordneter Herbert Jullien.

Abg. Jullien, CDU:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Überall und immer wieder wird davon berichtet, dass gerade

der Mittelstand das Rückgrat und der Motor unserer Wirtschaft sei und daher in besonderem Maße die Unterstützung der Politik verdiene. Diese Aussage, die wir gerade im Zusammenhang mit der Unternehmenssteuerreform und dem so genannten Steuerentlastungsgesetz durch die rotgrüne Bundesregierung Tag für Tag hören, ist allerdings nicht mehr und nicht weniger als ein Lippenbekenntnis, eine Augenwischerei ohnegleichen; denn genau das Gegenteil wird mit diesem Steuerentlastungsgesetz für den Mittelstand erreicht.

(Beifall der CDU)

Meine Damen und Herren, ohne im Einzelnen auf die negativen Auswirkungen dieser Unternehmenssteuerreform für die mittelständische Wirtschaft einzugehen, möchte ich an dieser Stelle nur erwähnen, dass einzig und allein Großkonzerne, Aktiengesellschaften und Kapitalgesellschaften die Gewinner dieser Steuerreform sind, indem für sie die Körperschaftsteuer zukünftig nur noch 25 % beträgt, während Einzelunternehmen und mittelständische Betriebe nach wie vor einem Einkommensteuersatz von knapp unter 50 % unterliegen und der Steuersatz erst im Jahr 2005 auf 42 % abgesenkt wird.

Dies allein ist schon Anlass genug, diese Steuerreform als gegen den Mittelstand gerichtet zu bezeichnen. Sie ist mittelstandsfeindlich und alles andere als dazu geeignet, dass Arbeitsplätze gesichert und neue geschaffen werden. Meine Damen und Herren, genau das Gegenteil davon wird eintreten. Im Zuge dieser Unternehmenssteuerreform werden Arbeitsplätze beim Mittelstand nicht nur abgebaut, sondern mit Sicherheit werden dadurch auch Arbeitsplätze vernichtet werden.

(Beifall der CDU)

Von diesen negativen Auswirkungen dieser Steuerreform im Rahmen des Steuerentlastungsgesetzes sind allein in Rheinland-Pfalz 155 000 mittelständische Betriebe betroffen. Wer nun glaubt, dass man bei dieser rotgrünen Bundesregierung zwischenzeitlich zu der Erkenntnis und der Ansicht gelangt sei, dass die steuerlichen Benachteiligungen für den Mittelstand nunmehr ein Ende haben müssen, sieht sich davon getäuscht. Genau das Gegenteil tritt ein.

Die neueste Attacke auf den Mittelstand sind nun die von der rotgrünen Bundesregierung vorgelegten neuen AfA-Tabellen, die eine Verlängerung der Abschreibungszeiträume für betrieblich genutzte Anlagen und Wirtschaftsgüter beinhalten und dadurch eine weitere Verschlechterung der unternehmerischen Rahmenbedingungen für den Mittelstand schaffen.

Meine Damen und Herren, es ist noch gar nicht so lange her, dass im Zuge des Steuerentlastungsgesetzes 1999 ab dem 1. April 1999 die als Vorsteuer abzugsfähige Umsatzsteuer

bei betrieblich genutzten PKWs nur noch zur Hälfte möglich ist, was eine erhebliche steuerliche Benachteiligung mit sich brachte.

(Itzek, SPD: Wer hat das gemacht?)

- Herr Itzek, hören Sie doch zu! Sie können nachher sprechen.

(Zurufe der Abg. Itzek und Mertes, SPD - Kramer, CDU: Er kann vielleicht noch etwas lernen!)

Darüber hinaus wird im Zuge dieses Steuerentlastungsgesetzes ab dem Jahr 2001 die Möglichkeit der degressiven Abschreibung, also einer Abschreibung in fallenden Jahresbeträgen, von bislang 30 % auf maximal 20 % herabgesetzt,

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Studieren Sie einmal Ihre Petersberger Beschlüsse!)

was allein für die mittelständische Wirtschaft eine Belastung von 13,5 Milliarden DM mit sich bringt, Frau Thomas.

Nun kommt sozusagen als Abrundung und Höhepunkt dieser unausgewogenen mittelstandsfeindlichen Politik die Veränderung der AfA-Tabellen mit einer weiteren Verschlechterung der Abschreibungsbedingungen infolge einer längeren steuerlichen Nutzungsdauer für diese Wirtschaftsgüter hinzu.

Meine Damen und Herren, mit dieser Verlängerung der Abschreibungszeiträume wird nur das eine Ziel erreicht, nämlich höhere Steuern, höhere Abgaben, höhere Belastungen für den Mittelstand, und somit wird eine mittelstandsfeindliche Politik fortgesetzt, die nach dem Motto handelt: Wer in Deutschland investiert, der wird bestraft.

(Beifall der CDU)

Meine Damen und Herren, es kann doch nicht sein und ist fern jeglicher Realität, wenn nunmehr mit diesen Abschreibungstabellen die Nutzungsdauer eines Wirtschaftsguts neu bemessen wird, indem man einfach die Nutzungsdauer erhöht. So werden zum Beispiel PKWs, die früher einmal in vier bzw. fünf Jahren abgeschrieben wurden, nunmehr in sechs Jahren abgeschrieben.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wie würden Sie es denn machen, Herr Jullien?)

Bei LKWs wird die Nutzungsdauer von sieben auf neun Jahre erhöht. Traktoren und Schlepper, wie sie in der Landwirtschaft und im Weinbau eingesetzt werden, unterliegen nun-

mehr einem Abschreibungszeitraum von zwölf Jahren gegenüber früher acht Jahren.

(Zuruf des Abg. Itzek, SPD - Glocke des Präsidenten)

Das bedeutet eine Verlängerung von 50 %. Mit einer solchen Steuerpolitik wird für den Mittelstand eine Politik betrieben, die einfach den Standort Deutschland und Rheinland-Pfalz infrage stellt.

(Beifall bei der CDU - Glocke des Präsidenten)

- Herr Präsident, ich komme zum Schluss.

Darüber hinaus wird mit diesen veränderten AfA-Tabellen das Steuerrecht komplizierter. Mit Sicherheit werden diese AfA-Tabellen die Finanzgerichte beschäftigen.

Lassen Sie mich noch zum Abschluss einen Satz sagen. Ich bin heute sehr gespannt darauf, wie sich die F.D.P. zu diesem Thema verhalten wird. Herrn Wirtschaftsminister Brüderle, nein Bauckhage, sehe ich nicht im Hause.

(Mertes, SPD: Sie sind wirklich gestrig! Das muss man sagen!)

Sie lassen sich überall als „Mister Mittelstand“ feiern.

(Mertes, SPD: Gestriger geht es gar nicht mehr!)

Ich gehe davon aus, dass es mit Ihrer heutigen Erklärung entweder dabei bleibt oder Sie als der „Mister Mittelmaß“ des Mittelstands zu bezeichnen sind.

(Beifall bei der CDU - Mertes, SPD: Sie hörten die 27. Variante einer Rede!)

Präsident Grimm:

Ich erteile Herrn Kollegen Itzek das Wort.

Abg. Itzek, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Jullien, ich frage mich langsam, ob ich mich über Sie aufregen oder den Kopf schütteln soll.

(Jullien, CDU: Das haben Sie schon einmal gesagt!)

Ich werde das Letztere tun. Herr Jullien, entweder haben Sie keine Ahnung, oder Sie sagen bewusst die Unwahrheit.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe mir heute gerade Ihre Pressemitteilung angesehen, in der Sie schreiben, dass ein Einkommensbezieher eines Einkommens zwischen 60 000 und 150 000 DM jährlich, vermindert um die durchschnittliche Besteuerung nach Tarif, erst ab dem Jahr 2005 um magere 0,1 % bis 1,5 % entlastet wird. Zwischen 1998 und 2005 beträgt beim Splittingtarif von 60 000 DM - das ist etwa der Bereich, den Sie genannt haben - die jährliche Entlastung zwischen 3,2 % und 7.300 DM jährlich. Wenn das Ihre bewussten 0,1 % bis 1,5 % sind, dann beherrschen Sie noch nicht einmal die Grundrechenarten.

(Beifall bei der SPD)

Herr Jullien, ich möchte einen weiteren Punkt ansprechen. Es ist schon ziemlicher starker Tobak, den Sie hier vortragen. Eine CDU/F.D.P.-Bundesregierung beschließt im Frühjahr 1998 mit den Finanzbehörden des Bundes und der Länder, dass das Urteil des Bundesfinanzhofs, zu dem ich nachher noch kommen werde, anzuwenden sei.

(Jullien, CDU: Grundsätzlich!)

1998 ist also unter der alten Bundesregierung beschlossen worden, die AfA-Tabellen zu verändern.

(Dr. Schiffmann, SPD: Hört! Hört!)

Jetzt interessiert mich einmal Ihre Einstellung zu höchst richtiger Rechtsprechung. Es steht ganz klar in dieser Entscheidung: Bei der AfA in gleichen Jahresbeträgen ist unter betriebsgewöhnlicher Nutzungsdauer im Sinn des § 7 Abs. 2 Satz 2 der Zeitraum der Nutzbarkeit eines Wirtschaftsguts unter Berücksichtigung der betriebstypischen Beanspruchung zu verstehen. - Dies bedeutet, es war eine klare Aufforderung an den Gesetzgeber, nicht von einer fiktiven Nutzungsdauer auszugehen, sondern sich für die einzelnen abschreibungsfähigen Wirtschaftsgüter die tatsächliche Nutzungsdauer anzuschauen.

Ich weiß, es hat sehr viel Unruhe gegeben, als die ersten AfA-Tabellen vorgelegt worden sind.

(Jullien, CDU: Es sind schon die dritten, die vorgelegt werden!)

- Das ist ganz legitim. Es waren Referentenentwürfe. Ich war im Frühjahr 1999 zu einem Gespräch bei der BASF. Dort hat man mir klipp und klar etwas zu den Abschreibungstabellen gesagt, die damals vorgelegen haben. Es hat sich wesentlich verändert. Es ist nur noch ein geringer Teil in der Nutzungsdauer als Veränderung vorgesehen, um diese 3,4 Milliarden DM, die man für die Finanzierung der Steuerreform benötigt, zu erreichen. Ich meine, gerade wir als Parlamentarier sollten in erster Linie auch daran interessiert sein, dass der Rechtsprechung entsprochen wird.

Sie haben uns zum Familienlastenausgleichsgesetz, bei dem Sie jahrelang nichts gemacht haben, bei dem die rotgrüne

Koalition eine Veränderung verabschieden musste, auch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts hinterlassen, das dann die neue Regierung berücksichtigen musste.

Im Interesse der Arbeitnehmer, der Familien und der Unternehmen hat die neue Bundesregierung unter Mitwirkung des Landes Rheinland-Pfalz - ich betone das bewusst - die größte Steuerreform in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland durchgesetzt.

(Kramer, CDU: Das glauben nur Sie!)

Dies stellt die größte Steuerentlastung in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland dar und hat, wie sich jetzt zeigt, den Konjunkturablauf in der Bundesrepublik Deutschland wesentlich positiv beeinflusst. Wir haben sehr gute Konjunkturdaten. Wir haben exzellente Daten auf dem Arbeitsmarkt. Natürlich ist die Zahl der Arbeitslosen, die jetzt noch vorhanden ist, zu hoch. Aber die Arbeitslosenzahl hat sich wesentlich vermindert. Die Wirtschaftsweisen geben für das Jahr 2001 noch günstigere Prognosen ab, was den Arbeitsmarkt und das Wirtschaftswachstum betrifft.

(Glocke des Präsidenten)

Die Steuerreform fördert Wachstum und verringert Arbeitslosigkeit. Daran ändert sich nichts, auch wenn Sie jeden Monat eine neue Steuersau durch den Landtag treiben.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Grimm:

Meine Damen und Herren, ich freue mich, als Gäste im Landtag Mitglieder des Lions-Clubs Bad Bergzabern sowie Damen des Landfrauenverbands des Kreises Altenkirchen begrüßen zu dürfen. Herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Ich erteile der Abgeordneten Frau Thomas das Wort.

Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Meine Damen und Herren von der CDU, aber auch des gesamten Parlaments, besonders aber für Sie, Herr Kollege Jullien, noch einmal zum Mitschreiben, damit Sie sich nicht immer alles selbst ausrechnen müssen und sich dann verrechnen.

(Itzek, SPD: Falsch rechnen! -
Dr. Göller, CDU: Wie götig!)

Die Gesamtentlastung durch das Steuersenkungsgesetz beträgt 62,5 Milliarden DM. Davon entfallen allein auf den Mittelstand, den Sie eben so als das Opfer der Steuerreform beklagt haben, 23,1 Milliarden DM in der Nettoentlastung.

Insgesamt ist das ein Paket von Steuerentlastung in dieser Legislaturperiode - beschlossen von der rotgrünen Bundesregierung und Teilen der CDU im Bundesrat - von 95 Milliarden DM. Herr Jullien, schreiben Sie es sich auf, sonst vergessen Sie es und kommen wieder mit Ihren eigenen Rechnungen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben sicherlich die neuesten Wirtschaftsprognosen der vergangenen Woche gehört. Sie sind so günstig, wie sie nie unter Ihrer Regierungsverantwortung waren. Schreiben Sie sich auch das auf.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dann fragen Sie sich bitte, ob Ihre Aktuelle Stunde zur Veränderung der AfA-Tabellen eine ehrliche Debatte intendieren soll oder ob es Ihnen um nichts anderes als um populistisches Geschrei geht.

(Jullien, CDU: Fragen Sie doch einmal den Mittelstand!)

Das ist es nämlich, Herr Jullien. Darin sind Sie der Größte.

(Jullien, CDU: Die lachen laut über Sie!)

Herr Jullien, eindeutig ist, dass diese Veränderung der AfA-Tabellen durch ein Urteil des Bundesfinanzhofs von 1997 ausgelöst war.

(Jullien, CDU: Richtig!)

Sie wissen, dass Ihre von Ihnen mitgetragene Bundesregierung wegen des Urteils genau diese Absicht hatte, bereits 1998 die AfA-Tabellen zu verändern. Ich glaube, übrigens damals auch mit Duldung bzw. Zustimmung der rheinland-pfälzischen Landesregierung. Auch da gab es nicht viel Geschrei. Aber vielleicht hören wir das nachher von Herrn Creutzmann.

Ich möchte nur einmal die Fakten darstellen, auch zu dem, was Sie vorhin mit der degressiven Abschreibung angesprochen haben. Es sind alles Beschlüsse, die mit der CDU nicht anders gelaufen wären. Schauen Sie doch einmal in Ihre Petersberger Beschlüsse. Genau dort stehen diese Maßnahmen.

(Frau Grützmaker, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Sehr richtig!)

Wenn Sie jetzt dieses Geschrei aufgreifen, dann doch nur, weil die Lokomotive der Steuerreform ohne Sie abgefahren ist. Herr Jullien und meine Damen und Herren von der CDU, Sie stehen noch nicht einmal auf dem Trittbrett. Sie stehen neben dem Gleis und schauen, wie der Zug wegrollt. Wenn

ich mich schon nicht aus Höflichkeit über Ihre Kompetenz als Steuerberater auslasse - Sie haben eben wieder einmal ein Glanzstück geleistet - , dann sage ich nur, auch die Tauglichkeit als Lokführer würde ich infrage stellen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben kein Interesse an einer Auseinandersetzung, sondern Sie wollen in die Sahne hauen. Nur, die Spritzer bekommen Sie ab, nicht diese rotgrüne Bundesregierung.

(Jullien, CDU: Warten Sie es einmal ab!
Reden Sie einmal mit dem Mittelstand!)

Ich sage Ihnen, die Beratung über die AfA-Tabellen und die Prognosen, die es von Teilen der Wirtschaft gab, dass damit nicht 3,5 Milliarden Gegenfinanzierung erfolgt, sondern ein höherer Betrag, werden untereinander abgestimmt. Bisher hat noch niemand aus der Wirtschaft und von denen, die vielleicht Ihre Beschwerde mittragen, auf den Tisch gelegt, wie sich denn die Summen, die von der Wirtschaft genannt werden, zusammen setzen und wie sich diese Prognosen darstellen.

Herr Jullien, ich glaube bzw. ich bin mir ziemlich sicher, dass Ihr Vorstoß heute wieder einer in Richtung Schulterschluss bzw. Zustimmung von der Wirtschaft sein sollte.

(Zuruf des Abg. Schmitt, CDU -
Weitere Zurufe von der CDU)

Man hört, dass sich die CDU darum bemüht. Man konnte lesen, was sie alles auf Bundesebene für Anstrengungen anstößt. Herr Jullien, wahrscheinlich sollte dies auch ein Beitrag von Ihnen sein. Ich sage nur, Ihre Argumentation hat dazu nicht einen Beitrag geleistet.

(Mertes, SPD: Machen Sie so weiter!)

Machen Sie so weiter, dann sehe ich das mit großer Gelassenheit.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Grimm:

Für die F.D.P.-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Creutzmann das Wort.

Abg. Creutzmann, F.D.P.:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich mache zu Beginn meiner Rede drei Anmerkungen.

Herr Kollege Jullien, die AfA-Tabellen beschließt natürlich die Bundesregierung und nicht der Minister des Landes Rheinland-Pfalz.

Frau Thomas, bezüglich der 90 Milliarden DM Entlastungen müssen Sie den Zeitraum und die Belastungen gegenüber stellen. Ich werde gleich etwas dazu sagen.

Die dritte Anmerkung mache ich zu den Ausführungen des Herrn Kollegen Itzek. Die Behauptung der Bundesregierung, dass BFH-Urteil vom 9. November 1997 würde dazu auffordern, die Abschreibungstabellen neu zu fassen, überzeugt nicht. Das Urteil betrifft einen Einzelfall, die PKW-Vermietung. Aus dieser Entscheidung lässt sich kein Auftrag ableiten.

(Zuruf der Abg. Frau Thomas,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Frau Thomas, wenn Sie mir jetzt zuhören, sehen Sie, dass der Bundesfinanzminister auch gar keinen Auftrag abgeleitet hat.

Das Bundesministerium der Finanzen hat mit Schreiben vom 15. Juni 1999 angekündigt, dass es die Abschreibungstabellen neu fassen wird, weil - ich zitiere - „die von der Rechtsprechung aufgestellten Grundsätze zur Ermittlung der betrieblichen Nutzungsdauer einer grundlegenden Überarbeitung der amtlichen AfA-Tabellen erfordert.“ Der Anfang 1999 vom Bundesministerium der Finanzen vorgelegte erste Entwurf hätte dazu geführt, dass sich die Nutzungsdauern im Schnitt um 75 % verlängern würden. Ein Sturm der Entrüstung ging durch die deutsche Wirtschaft, was dazu führte, dass die Bundesregierung versprach, die Verlängerung der Nutzungsdauern auf durchschnittlich 10 % und das Steueraufkommen aus der Verlängerung der Nutzungsdauern auf 3,5 Milliarden DM zu begrenzen.

Obwohl die Bundesregierung mit dem Versprechen angetreten ist, zur Senkung der Steuerbelastung die Investitionsbereitschaft anzukurbeln und so die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu stärken, plant sie jetzt mit der Verlängerung der Nutzungsdauern für die absetzbaren Wirtschaftsgüter eine Steuererhöhung. Das muss man festhalten.

Schon die im Rahmen des Steuersenkungsgesetzes beschlossene Absenkung der degressiven AfA von maximal 30 % auf 20 % belastet die investierende Wirtschaft mit 13,5 Milliarden DM. Das ist auch in den Verlautbarungen des Bundesministeriums der Finanzen nachzulesen. Trotz der Senkung der Steuersätze kann dies dazu führen, dass durch die Verschlechterung der Abschreibungsbedingungen auf die Unternehmen erhebliche Mehrbelastungen zukommen.

Frau Thomas, ich will ein Beispiel nennen. Bei der Anhebung der Nutzungsdauer beispielsweise für eine Druckmaschine von 10 auf 12 Jahre bei gleichzeitiger Berücksichtigung der Abschaffung des progressiven AfA-Satzes kann dies nahezu zu einer Halbierung des AfA-Satzes von bisher 30 % auf 16,66 % führen. Trotz der Steuersatzsenkung kommt es dann bereits im ersten Jahr zu einem Steuer- und damit Liquiditätsnachteil bei Anschaffungskosten von 600 000 DM auf

41 557 DM. Über die Jahre summieren sich diese Nachteile der anfänglich geringeren Abschreibungen und Vorteile durch spätere Steuerzahlungen abgezinst auf das Jahr der Anschaffung auf immerhin noch 30 250 DM und das, obwohl die Summe der Abschreibungen insgesamt gleich bleibt.

Die Verschlechterung der Abschreibungsmöglichkeiten wirft die deutsche Wirtschaft im internationalen Wettbewerb zurück, da Deutschland wegen der Verschlechterung bei der degressiven AfA nur noch einen Mittelfeldplatz im internationalen Vergleich einnimmt.

(Zuruf des Abg. Jullien, CDU)

Die Verschlechterung der Abschreibungsdauern trifft die gesamte rheinland-pfälzische Wirtschaft, vor allem aber den Mittelstand. Nach der Herabsetzung der degressiven AfA - ich hatte es schon erwähnt - von 30 % auf 20 % wird die Nutzungsdauerverlängerung die deutsche Wirtschaft mit 7 Milliarden DM belasten. Dass diese Zahl nicht aus der Luft gegriffen ist, lässt sich allein daran erkennen, dass die Verschlechterung der Abschreibungsdauern für LKWs, PKWs und Omnibusse zu einer Mehrbelastung von ca. 2 Milliarden DM führen dürfte.

(Zuruf des Abg. Kramer, CDU)

Die Mehrbelastungen für das Transportgewerbe, die wir durch die hohen Benzinpreiserhöhungen kennen und die auch durch die Öko-Steuer bedingt sind, werden noch einmal durch die Verlängerung der Abschreibungsdauern erhöht.

Allein diese Zahl zeigt, dass das Versprechen der Bundesregierung, die Wirtschaft mit der Verschlechterung der Abschreibungstabellen mit nicht mehr als 3,5 Milliarden DM zusätzlich zu belasten, zur Zeit - ich betone das - nicht eingehalten wird. Die F.D.P.-Landtagsfraktion appelliert deshalb mit Nachdruck an die Bundesregierung, dass das von Bundeskanzler Schröder gegebene Versprechen, durch die Verlängerung der AfA die Wirtschaft nicht mehr als mit 3,5 Milliarden DM zusätzlich zu belasten, auch eingehalten wird. Während die Kapitalgesellschaften ab 1. Januar 2001 mit durchschnittlich 38 % Steuern belastet werden,

(Glocke des Präsidenten)

gilt für Personengesellschaften im Jahr 2001 ein Spitzensteuersatz von 48,5% .

(Zuruf des Abg. Kramer, CDU -
weitere Zurufe von der SPD)

- Das habe ich weggelassen, das mit der Gewerbesteuer habe ich weggelassen.

(Zuruf des Abg. Itzek, SPD)

Das zeigt, dass das rheinland-pfälzische Handwerk und die mittelständischen Unternehmen besonders unter der Verschlechterung der Abschreibung für Abnutzungen leiden werden. Ich kann dazu später noch ein paar Ausführungen machen.

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

Präsident Grimm:

Ich erteile Herrn Finanzminister Mittler das Wort.

Mittler, Minister der Finanzen:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Bei der steuerlichen Abschreibung von beweglichen Wirtschaftsgütern macht die mittlerweile gefestigte Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs Änderungen notwendig. Wer dies in Zweifel zieht, dem kann ich nur die Leitsätze des Urteils des Bundesfinanzhofs vom 19. November 1997 zur Lektüre empfehlen.

Mit der Abschreibung werden die Anschaffungskosten eines Wirtschaftsguts steuerlich auf die, wie das Gesetz es formuliert, betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer verteilt. Die Finanzverwaltung gibt Abschreibungstabellen heraus, die für die einzelnen Wirtschaftsgüter die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer festlegen. Da die nach den Tabellen ermittelte Nutzungsdauer von der Finanzverwaltung regelmäßig nicht beanstandet wird, gewährleisten sie in ihrem Anwendungsbereich Rechtssicherheit und Rechtsfrieden. Die Abschreibungstabellen ermöglichen zudem rationelle Arbeitsabläufe in der Betriebsprüfung.

Die amtlichen Abschreibungstabellen orientierten sich bisher neben der technischen Nutzungsdauer auch an betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten. Der Bundesfinanzhof hat nun aber 1997 zum wiederholten Mal entschieden, dass bei der Festlegung von Abschreibungsregeln im Regelfall allein auf die technische Nutzungsdauer abzustellen sei. Damit wurde der bisher von der Verwaltung genutzte Spielraum für eine betriebswirtschaftlich begründete kürzere Abschreibung ausdrücklich ausgehebelt. Die Grundzüge dieser Rechtsprechung wurden zwischenzeitlich in einem neueren Urteil des Bundesfinanzhofs im vergangenen Jahr noch einmal bestätigt.

Auf der Grundlage dieser Rechtsprechung und dem sich daraus ergebenden Anpassungsbedarf hat der Gesetzgeber in die Gegenfinanzierung des Steuersenkungsgesetzes Steuerermehreinnahmen aus der Korrektur der Abschreibungstabellen von 3,45 Milliarden DM im Entstehungsjahr eingestellt. Für das Wirtschaftsjahr 2001 war die steuerliche Mehreinnahme mit 715 Millionen DM geplant. Dies geschah in der Absicht, die entstehenden Belastungen für die Wirtschaft auch tragbar zu gestalten und in Übereinstimmung mit der Rechtsprechung des höchsten Finanzgerichts.

Der Bundesrat hat den Finanzierungsbeitrag der Abschreibungstabellen zum Steuersenkungsgesetz in seiner zentralen Entschließung vom 14. Juli 2000 noch einmal hervorgehoben. Ich darf daraus zitieren: „Der Bundesrat fordert die Bundesregierung auf, das Notwendige zu veranlassen, dass die AfA-Tabellen aufgrund der Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs vom 19. November 1997 zur sachgerechten Verlängerung der technischen Nutzungsdauer von Anlagegütern überarbeitet werden und zur Sicherung des Finanzvolumens des Steuersenkungsgesetzes zum 1. Januar 2001 in Kraft treten.“

Diesem Beschluss haben übrigens auch Länder zugestimmt, die unter Führung der Union stehen bzw. Länder, an deren Regierungen die Union beteiligt ist. Aber auch der alternativ zum Steuersenkungsgesetz von den Ländern Baden-Württemberg, Bayern und Thüringen am 23. Februar 2000 im Bundesrat eingebrachte Gesetzesantrag enthielt ein Gegenfinanzierungsvolumen in Höhe von 3,5 Milliarden DM, und zwar ebenfalls aus der Anpassung von Abschreibungsdauern bei beweglichen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens und - wie es dort wörtlich heißt - „mit realistischen Ansätzen“.

An diesen drei Regierungen, die diesen Entwurf eingebracht haben, war die Union - die CDU/CSU - und, was Baden-Württemberg angeht, die F.D.P. mit beteiligt. Aus all dem ist zu erkennen, dass es ein gemeinsames Anliegen der Länder gegeben hat, durch Veränderung der Abschreibungsbedingungen dem Petition des Bundesfinanzhofs Rechnung zu tragen, wobei allen Beteiligten immer bewusst gewesen ist, dass eine steuerliche Mehreinnahme die logische Folge dieser Veränderung sein würde.

Die Mehrbelastung aus der Korrektur der Abschreibungstabellen in Höhe von 3,45 Milliarden DM, von der auf die rheinland-pfälzischen Unternehmen im Entstehungsjahr grob geschätzt 150 Millionen DM entfallen, ist im Kontext der Steuerreform zu sehen, die zu einer steuerlichen Entlastung der Wirtschaft in Höhe von 30 Milliarden DM führt, wovon 25 Milliarden DM allein dem Mittelstand zugute kommen. Dabei ist die Erhöhung der Abschreibungsdauer bereits berücksichtigt.

Meine Damen und Herren, wir haben in dieser Woche die neue Steuerschätzung bekommen, bei der die Bundesregierung, die Länder, die Kommunen, die wirtschaftswissenschaftlichen Institute und die Bundesbank davon ausgehen, dass es aufgrund der Steuerreform im nächsten Jahr zu Steuerermehreinnahmen von 45,4 Milliarden DM kommen wird. Wenn man dann den Anschein erweckt, die Steuerreform bringe keine steuerliche Entlastung, dann frage ich mich, warum wir uns Gedanken darüber machen, warum sich im nächsten Jahr eine steuerliche Entlastung allein im Landeshaushalt von Rheinland-Pfalz von 864 Millionen DM bemerkbar machen wird.

(Beifall bei der SPD)

Wer einen solchen Kram erzählt, der darf sich nicht wundern, dass man über seine Beiträge nur noch lacht.

(Beifall der SPD)

Die Überarbeitung der Abschreibungstabellen für allgemein verwendbare Anlagegüter führte in einem ersten von der Verwaltung erarbeiteten Entwurf bei vielen Wirtschaftsgütern zu einer gravierenden Verlängerung der bisherigen Abschreibungsfristen. Die Steuermehreinnahmen hätten die Zielgröße, wie sie vorgegeben war, auch bei weitem übertroffen. Das war nicht akzeptabel. Die Finanzministerkonferenz hat sich wiederholt mit der Frage der Abschreibungstabellen befasst. Es wurde dem Vorschlag des Bundes zugestimmt, im Interesse des Rechtsfriedens, der Vereinfachung und zum Ausgleich eventueller Unsicherheiten die bisher geltende Nutzungsdauer der jeweiligen Wirtschaftsgüter maßvoll zu verlängern.

Nach Berechnungen des Bundes werden mit diesem Lösungsansatz die Steuermehreinnahmen auf 3,45 Milliarden DM begrenzt. Lassen Sie mich nur einige wenige Beispiele bezüglich der vorgesehenen Veränderung nennen.

Bei Personenkraftwagen und Kombiwagen ist nunmehr anstatt einer Nutzungsdauer von bisher fünf Jahren eine solche von sechs Jahren vorgesehen.

Das Wirtschaftsgut Ladeneinrichtung soll nunmehr statt bisher in acht künftig in elf Jahren abgeschrieben werden.

Bei Personalcomputern kommt es gar zu einer Verkürzung der Nutzungsdauer von vier auf drei Jahre.

(Jullien, CDU: Bei der Hardware verlängern wir um zwei Jahre!)

Bei Notebooks verkürzen wir ebenfalls von vier auf drei Jahre.

(Zuruf von der CDU)

- Personalcomputer sind auch Hardware.

Bei Peripheriegeräten, also beispielsweise bei Druckern, werden statt vier künftig sechs Jahre angesetzt.

(Jullien, CDU: Scanner!)

Für Büromöbel sollen zukünftig anstatt zehn Jahre dreizehn Jahre gelten. Davon soll die Wirtschaft untergehen?

(Jullien, CDU: Dann reden Sie einmal mit der Wirtschaft! Sie waren doch bei der BASF!
Was haben Sie zu hören bekommen? -
Zuruf der Abg. Frau Thomas,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -
Mertes, SPD: Die Richtung stimmt!)

- Nein, Sie haben falsche Informationen. Ich war nicht bei der BASF, aber ich war am vergangenen Dienstag bei der Vollversammlung der Industrie- und Handelskammer Ludwigshafen, wo ich diese Position offen vertreten habe, auch, dass ich dafür bin, dass die Mehreinnahmen von 3,45 Milliarden DM auch erreicht werden.

(Jullien, CDU: Starker Gegenwind!)

- Ich habe keinen Widerspruch dazu gehört,

(Zurufe von der CDU,)

weil die Unternehmen wissen, in welchem Umfang Sie durch diese Steuerreform entlastet werden. Das ist der Punkt.

(Beifall bei der SPD)

Das Bundesministerium der Finanzen hat nunmehr einen Entwurf--

(Zurufe von der CDU)

- Sie spekulieren doch mit der Unwissenheit der Leute. Auch Ihr Fraktionsvorsitzender hat das gestern in seiner Presseerklärung getan. Herr Böhr, so wie Sie kann nur jemand argumentieren, der es entweder selbst nicht weiß oder die Leute für dumm verkaufen will.

(Beifall bei der SPD)

Das kann ich Ihnen bis zur letzten Mark vorrechnen, dass das dummes Zeug ist, was Sie in Ihrer Presseerklärung dazu verlautbart haben.

(Kramer, CDU: Seien Sie einmal etwas anständiger, Herr Minister!)

Im Übrigen ist es so, dass die AfA-Tabellen nicht zwingend angewendet werden müssen. Falls der Unternehmer aufgrund besonderer Gegebenheiten und Bedingungen, die in seinem Betrieb herrschen, eine kürzere Lebensdauer von Wirtschaftsgütern geltend machen kann, ist diese kürzere Lebensdauer bei der steuerlichen Gewinnermittlung zu berücksichtigen.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass man die Neufassung der AfA-Tabellen nicht isoliert betrachten darf. Im Übrigen gehen die AfA-Tabellen jetzt, nachdem sie als Entwurf vorliegen, am 30. November in die Anhörung der Verbände. Dann wird man mit klarem Kopf und ruhigem Gemüt einmal hören, was dort im Detail vorgetragen wird und ob und gegebenenfalls welche Veränderungen noch notwendig sind.

Die Neufassung der AfA-Tabellen ist nicht isoliert zu betrachten. Sie sind vielmehr Teil des Gesamtkonzepts der Unternehmenssteuerreform. Es war Konsens, sie im Rahmen des Steuersenkungsgesetzes in maßvoller Weise zur Gegenfinanzierung heranzuziehen. Dabei muss es auch bleiben.

Ich räume auch ein: Es darf jetzt auf kaltem Weg auf die 3,45 Milliarden DM nicht draufgesetzt werden.

(Vereinzelt Beifall bei SPD und F.D.P.)

Die 3,45 Milliarden DM sollen es sein, nicht mehr und nicht weniger.

(Vereinzelt Beifall bei SPD und F.D.P.)

Meine Damen und Herren, es geht nur um die Umsetzung dieses Konzepts. Aber dieses Konzept passt der Union natürlich nicht. Ihr passt die ganze Richtung nicht, in Berlin und hier in Mainz gleichermaßen. Die Auseinandersetzung um die Steuerreform hat die Union verloren. Nun versucht sie es mit einem Nachhutgefecht auf einem Nebenkriegsschauplatz. Doch seien Sie gewiss, auch dort kämpfen Sie vergeblich.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Präsident Grimm:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Jullien das Wort.

Abg. Jullien, CDU:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Finanzminister Mittler, das, was Sie gesagt haben, hat für mich nicht mehr und nicht minder den Charakter einer reinen Profilierungsrede.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Wenn das Ihre Rede wenigstens
wäre, Herr Jullien!)

Aber wir konnten uns doch alle überzeugen, wie bei Ihnen in dem Bereich die Nerven blank liegen. Nicht mehr und nicht weniger war das, was Sie hier von sich gegeben haben.

(Beifall bei der CDU)

Ich will Ihnen gern einmal eine Presseerklärung aufgrund dieser Veranstaltung bei der IHK in Ludwigshafen vorlesen: „Automobilindustrie, Chemieindustrie, Elektroindustrie, Maschinen- und Anlagenbau appellieren daher nochmals eindringlich an Politik und Finanzverwaltung, die drohende Verlängerung der Nutzungsdauern abzuwenden und so mitzuhelfen, die Wettbewerbsbedingungen für Investitionsgüter herzustellen, um nachfragende Unternehmen in Deutschland zu stärken. Es wäre in jeder Hinsicht fatal, wenn die durch das Steuersenkungsgesetz gerade initiierte Aufbruchstimmung wieder in sich zusammenfallen würde, noch bevor sie richtig gegriffen hat. Jede weitere Verschlechterung der Abschreibungsbedingungen wird die Investitionsgüter herstellende und nachfragende Wirtschaft auf Dauer Aufträge, Arbeitsplätze und internationale Wettbewerbsfähigkeit kosten.“

Herr Finanzminister, dann sagen Sie, es hätte keinen Widerspruch gegeben. Ich glaube, sie waren auf der falschen Veranstaltung gewesen oder haben die Widersprüche wirklich nicht mehr in der Art und Weise mitbekommen.

(Beifall der CDU)

Herr Itzek, zu dem, was Sie gesagt haben: Die größte Steuerreform aller Zeiten. - Ich will Ihnen das einmal an einem Beispiel deutlich erklären. Ein verheirateter Familienvater mit zwei Kindern mit einem Jahresbrutto von 70 000 DM wird ab dem Jahr 2001 eine Steuerentlastung von rund 1 500 DM haben. Jetzt muss dieser Familienvater im Januar dieses Jahres 3 000 Liter Heizöl kaufen. Allein diese 3 000 Liter Heizöl kosten ihn schon mehr, als ihm die Steuerentlastung für das ganze Jahr bringt, und dann sprechen Sie von der größten Steuerreform aller Zeiten.

(Beifall der CDU -
Zuruf des Abg. Mertes, SPD)

Sie sollten sich diesbezüglich bessere Beispiele aussuchen.

(Zurufe aus dem Hause)

Auf diese Art und Weise können Sie die Menschen nicht mehr überzeugen.

(Mertes, SPD. Dümmer geht's nimmer!)

Herr Finanzminister, noch eines: Sie haben schon gesagt, dass im Schnitt eine Erhöhung der Abschreibungszeiträume erfolgt, um einen Steuerentlastungsbetrag von 3,5 Milliarden DM zu erzielen. Wenn man sich aber genau mit der Verlängerung der Abschreibungsfristen befasst, dann werden Sie feststellen, dass diese um 20 % verlängert werden und daraus Steuermehreinnahmen in Höhe von 7 Milliarden DM fließen, also genau die doppelte Summe, während nur 3,5 Milliarden DM als Steuersenkung insgesamt verwendet werden.

(Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend sagen, vielleicht verstehen es die Sozialdemokraten und auch die GRÜNEN, vielleicht aber auch nicht: Jeder muss wissen, dass die Verlängerung der Abschreibungsfristen eine geringere Abschreibung beinhaltet, zu weniger Betriebsausgaben führt und damit höhere Gewinne erzielt werden,

(Glocke des Präsidenten)

was wiederum höhere Steuern auslöst, dadurch weniger Investitionen getätigt und im Ergebnis Arbeitsplätze abgebaut werden. Das ist das Ergebnis der Verlängerung dieser Abschreibungsfristen.

(Beifall der CDU -
Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Präsident Grimm:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Itzek das Wort.

Abg. Itzek, SPD:

Herr Jullien, ich verstehe die Welt nicht mehr.

(Heiterkeit bei der CDU)

Durch Ihren Zwischenruf hinsichtlich „Zeuge BASF“ haben Sie sich selbst entlarvt.

(Jullien, CDU: Wieso?)

Wer sagt, der große Nutznießer ist die Großindustrie und dann die BASF als Zeugen dafür nimmt, dass es doch nicht so ist, der spricht die Unwahrheit.

(Beifall bei der SPD -
Zuruf des Abg. Jullien, CDU)

Ein weiterer Punkt aus Ihrem Rechenbeispiel.

(Kramer, CDU: Sie verdrehen alles!)

Natürlich zahlt derjenige, der jetzt mehr für das Heizöl aufwenden muss, mehr Geld. Aber nur vier Pfennig pro Liter sind davon für Steuern zu berücksichtigen. Sie können auch nicht die Steuerreform gegenrechnen, wenn ein Auto teurer wird oder die Baupreise steigen. So einfach geht es leider nicht, wie Sie das machen.

Ich sage noch einmal: 23 Milliarden DM für die Unternehmen, und davon profitieren vor allen Dingen die mittelständischen Unternehmen. Das ist richtig so. Ich denke nur an einen Punkt, damit wird die Eigenkapitalbasis der Unternehmen gestärkt, die Gewinne werden kräftig entlastet, und es werden attraktive Bedingungen für Investoren im In- und Ausland geschaffen, was neue Arbeitsplätze zur Folge hat.

Warum haben wir derzeit diese tolle Konjunkturlage, die sich nächstes Jahr fortentwickeln wird?

(Zuruf des Abg. Schöneberg, CDU)

Warum ist das denn so?

(Beifall bei der SPD)

Herr Jullien, wenn Sie über Steuerentlastung reden, vergessen Sie immer eines: Die pauschalierte Anrechnung bei der Gewerbesteuer. Das vergessen Sie einfach. Das verschweigt er einfach. Das wird mit keinem Wort erwähnt.

Herr Creutzmann, man kann sicherlich darüber streiten, welche Urteile bindend sind oder nicht. Ich weiß nicht, ob Sie das

Urteil ganz gelesen haben. Ich weiß es nicht. Ich habe es ganz gelesen. Wer dieses Urteil liest, muss feststellen, dass in seinen Ausführungen eine aussagekräftige Grundsatzaussage getroffen wird. Nicht umsonst hat gerade die vorhergehende Bundesregierung oder deren Finanzminister gemeinsam mit den Ländern im Frühjahr des Jahres 1998 entschieden, dass die AfA-Tabellen verändert werden müssen. Dann sind natürlich erste Referentenentwürfe vorgelegt worden, die teilweise schrecklich ausgesehen haben. Diese waren teilweise wirklich investitionshemmend.

(Jullien, CDU: An welchem Beispiel!)

- Es waren enorm hohe Beträge. Es waren wesentliche Erweiterungen. Es ist alles zu dieser Zeit geschehen.

Dann hat man sich am 26. Oktober weitgehend geeinigt, eine Vorlage zu erarbeiten, die dann mit den Spitzenverbänden der Wirtschaft und des Handwerks diskutiert wird.

(Glocke des Präsidenten)

Da wird sicherlich der eine oder andere Punkt noch verändert werden.

Ich sage noch einmal - dies hat der Finanzminister auch herausgearbeitet -, wer tatsächlich eine geringere Nutzungsdauer hat, der kann diese weiterhin geltend machen. Diese AfA-Werte sind nur Richtwerte, die nicht generell gelten, sondern nur dann, wenn eine normale betriebliche Nutzungsdauer vorliegt.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Grimm:

Ich erteile der Abgeordneten Frau Thomas das Wort.

Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Meine Damen und Herren! Herr Creutzmann, vielleicht zuerst zu Ihnen: Ich habe mich extra vorher jeden Kommentars enthalten. Ich konnte vorhersehen, was Sie sagen. Aber ich habe gedacht, er bekommt eine Chance, und wir sehen einmal, wie er tatsächlich argumentiert.

Herr Creutzmann, es hat sich wieder bestätigt, die Amnesie ist eine F.D.P.-Seuche. Sie scheinen alles, was Sie früher in Ihrer Verantwortung in der Bundesregierung mitgetragen haben, und sogar das, was heute von dieser Landesregierung und von Ihrem Wirtschaftsminister mitgetragen wird, zu vergessen. Irgendwie fehlt dieser Teil im Kopf, wo solche Daten abgespeichert werden; denn die Bundesregierung unter F.D.P.-Beteiligung hatte 1998 nichts anderes beschlossen als

Rückschluss aus dieser Entscheidung des Bundesfinanzhofs, wie die rotgrüne Bundesregierung das jetzt auch tut, dass sie nämlich diese AfA-Tabellen daran orientieren muss - also abgeleitet aus der Entscheidung des Bundesfinanzhofs -, wie lange denn tatsächlich die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer nach der technischen Abnutzung festgelegt wird.

(Zuruf von der CDU)

Genau das war damals 1998 in der Vereinbarung festgelegt. Das war unter F.D.P.-Mitverantwortung in der Bundesregierung. Also müssten Sie sich von der damaligen Entscheidung genauso entziehen.

Diese Entscheidung von der damaligen Bundesregierung aus dem Jahr 1998 wurde getroffen, obwohl diese Bundesregierung keine Steuerreform mit einem Gesamtentlastungsvolumen von 95 Milliarden DM in der Tasche hatte. Diese war nicht beschlossen. Das war noch nicht einmal geplant. Trotzdem wollten Sie damals die AfA-Tabellen verändern. Also müssen Sie dazu schon auch einen Ton sagen und nicht heute mit Rechenbeispielen aufwarten.

Herr Creutzmann, das reicht eigentlich für Sie.

Herr Jullien, jetzt zu Ihnen: Ihre Berechnung ist wieder ein „echter Jullien“ gewesen. Herr Itzek hat es gesagt. Von diesen 3 000 Liter Heizöl, die Sie hochbeschworen haben, entfallen 120 DM auf die Ökosteuer, nicht mehr und nicht weniger. Das wäre allein der Betrag, den Sie gegenrechnen können. Dann haben Sie die geringeren Rentenversicherungsbeiträge auch nicht eingerechnet. Es ist Ihnen auch „Wurscht“. Es geht Ihnen nur um Stimmungsmache. Da ist Ihnen jedes Argument recht,

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -
Glocke des Präsidenten)

sogar BASF-Argumente, wenn Sie hier für den Mittelstand argumentieren. Das entlarvt Sie zum allerletzten Mal. Ich glaube, Sie können mit Ihrer Argumentation einpacken.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Grimm:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Creutzmann das Wort.

Abg. Creutzmann, F.D.P.:

Meine Damen und Herren, hinsichtlich der AfA-Tabellen gibt es doch überhaupt keinen Grund zur Aufregung.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das müssen Sie sagen!)

- Frau Thomas, lesen Sie doch einmal das Urteil. Darin heißt es: „Für die Schätzung der Nutzungsdauer ist regelmäßig von dem Zeitraum auszugehen, in dem sich das Wirtschaftsgut technisch“ - das war Ihr Problem - „abnutzt.“

Daran ist erkennbar, dass der Bundesregierung in dieser Hinsicht ein Spielraum zur Verfügung steht. Betrachtet man die Verschlechterung der Abnutzungsdauer im Einzelnen, so kann man feststellen, dass von 203 Einzelpositionen bei 132 Positionen Veränderungen vorgenommen und 130 Positionen verschlechtert werden. Lediglich die Abschreibungsdauer von Workstations und PCs sowie von Notebooks werden von vier auf drei Jahre verbessert.

Dies bedeutet, dass bei zwei Positionen Verbesserungen und bei 130 Positionen natürlich zum Teil drastische Verschlechterungen von durchschnittlich 40 % herbeigeführt werden. Bei Drehbänken und Schreibmaschinen, die vielleicht niemand mehr nutzt, beträgt die Verlängerung sogar 60 %.

Wie wir wissen, war die Wirtschaftsministerkonferenz dagegen, während die Finanzministerkonferenz dafür war, die AfA-Tabellen derart zu verändern.

Frau Thomas, wenn der Steuersatz gesenkt wird - in dieser Hinsicht haben Sie sicherlich Recht - kann man die Bemessungsgrundlage verbreitern.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Muss man!)

Wir haben aber eine Imparität. Entscheidend ist das, was Herr Minister Mittler gesagt hat. Herr Minister, Sie haben im Parlament die Zusage gegeben, dass die Bundesregierung die Abschreibungstabelle nicht um mehr als 3,5 Milliarden DM verschlechtert. Das ist entscheidend, meine Damen und Herren. Wenn dies eintritt, wird die rheinland-pfälzische Wirtschaft, obwohl es eine Verschlechterung ist, damit leben können. Wenn die Steuersätze gesenkt werden, kann die Bemessungsgrundlage natürlich verbreitert werden.

Das Entscheidende ist, dass es keine 7 Milliarden DM Mehrbelastung für die Wirtschaft gibt. Das wäre nicht richtig. Man muss dahin kommen, dass man die Nutzungsdauer um etwa 10 % verlängert. Dann kommen wir auf die 3,5 Milliarden DM, mit denen wir meiner Meinung nach alle leben könnten.

(Beifall der F.D.P. und der SPD)

Präsident Grimm:

Meine Damen und Herren, die Zeit für diesen Teil der aktuellen Stunde ist abgelaufen.

Ich rufe nun das zweite Thema der

AKTUELLEN STUNDE

auf:

„Aktuelle Situation auf dem Lehrstellenmarkt in Rheinland-Pfalz“ auf Antrag der Fraktion der SPD - Drucksache 13/6412 -

Für die antragstellende Fraktion spricht Herr Abgeordneter Schwarz.

Abg. Schwarz, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Statistiken der Arbeitsverwaltungen und der Kammern hinsichtlich der Quantität und Qualität der Ausbildung in Rheinland-Pfalz bestätigen, dass der Weg, den die rheinland-pfälzische Landesregierung gegangen ist, nämlich den Weg des Konsenses und der Selbstverpflichtung von Wirtschaft und Politik, richtig ist. Das heißt, der ovale Tisch des Ministerpräsidenten, das Bündnis für Arbeit und die vielfältigen Gespräche, die die Politiker vor Ort geführt haben, haben dazu geführt, dass wir in diesem Land eine recht komfortable Situation haben, wenn es darum geht, den Vergleich zwischen angebotenen Ausbildungsplätzen, versorgten Auszubildenden und denjenigen, die noch nicht versorgt sind, zu ziehen.

Das Angebot von Ausbildungsplätzen ist genauso wie in der Vergangenheit auch in diesem Jahr wieder gestiegen, und zwar um rund 1 150 auf 30 845 angebotene Ausbildungsplätze. Gleichzeitig - das ist wichtig - ist es gelungen, dass nur noch rund 1 100 unversorgte Jugendliche zum 30. September einen Ausbildungsplatz suchten.

In diesem Zusammenhang ist besonders hervorzuheben, dass die neuen Berufe von der Wirtschaft besonders angeboten und von denen, die diese neuen Berufe ergreifen, angenommen wurden.

(Beifall der SPD)

Wir können behaupten, dass die neuen Ausbildungsberufe - die IT-Berufe - in Rheinland-Pfalz zu einer Erfolgsstory geführt haben. Wir haben die Ausbildung in diesen Bereichen vervierfacht. Im Jahr 1997 haben wir zum ersten Mal über dieses Thema gesprochen. Wir haben die Zahl der Ausbildungsplätze in diesen Berufen von damals 300 auf heute 1 200 gesteigert.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, natürlich ist es frustrierend für junge Menschen, wenn sie ihren angestrebten Ausbildungsberuf nicht erlernen können oder - was noch viel schlimmer

ist - gar keinen Ausbildungsplatz finden. Diese jungen Leute müssen für die Zukunft ermuntert werden. Wir müssen dafür sorgen, dass sie sich nicht hängen lassen. Wir müssen ihnen Mut machen, dass es nicht an ihnen gelegen hat, sondern in vielen Fällen ganz einfach am nicht ausreichenden Angebot.

Meine Damen und Herren, es geht auch darum, im Bereich der Qualität von Ausbildung für die Zukunft einiges zu unternehmen. Wir müssen einige in diesem Zusammenhang stehende Mängel beseitigen. Es geht aber auch darum, Reformmaßnahmen zu ergreifen. Für Mädchen und junge Frauen ist es heute immer noch schwierig, den gleichen Zugang zu einem Beruf zu bekommen, wie es zum Beispiel den Männern möglich ist. An dieser Stelle müssen wir helfen und Ausbilder und Auszubildende darüber informieren, damit dieser Weg genutzt wird.

Das System der berufsvorbereitenden Maßnahmen muss als Bindeglied zwischen der allgemein bildenden Schule und der Berufsausbildung stärker gefördert werden. Das bedeutet, eine Ergänzung, Differenzierung und Vernetzung mit anderen Maßnahmen vorzunehmen. Das bedeutet, dass die Zusammenarbeit zwischen Schulen, Betrieben, Kammern, Arbeitsämtern und Jugendämtern verstärkt werden muss. Diesbezüglich gibt es vielfältige Initiativen vor Ort, die offensiv weitergeführt werden müssen. Es wird auch darum gehen, dass wir das, was die konkrete Gestaltung von Berufsvorbereitungsjahren ausmacht, stärker in die allgemein bildenden Schulen einbinden.

Meine Damen und Herren, natürlich müssen wir feststellen, dass kurzfristig und kurzfristig vor dem Hintergrund des Kostenmanagements, insbesondere in den Großbetrieben, die Zahl der Ausbildungsplätze zurückgefahren wurde und immer noch zurückgefahren wird. Wir müssen aber auch anerkennen, dass in einigen Branchen, zum Beispiel in der Chemiebranche, vehement dagegegehalten wird. So hat sich die chemische Industrie in einem Tarifvertrag dazu verpflichtet, künftig weiterhin die Zahl der Ausbildungsplätze zu steigern. Besonders interessant und wichtig ist, dass sich die chemische Industrie verpflichtet hat, benachteiligten Jugendlichen verstärkt die Möglichkeit zu geben, durch Unterstützung und Förderung in einen Beruf hineinzukommen.

(Beifall bei der SPD -
Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, es besteht Handlungsbedarf, den wir im Hinblick auf die Zukunft nutzen müssen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Grimm:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Schöneberg das Wort.

Abg. Schöneberg, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Schwarz, vor zwei Jahren haben Sie die damalige Bundesregierung beschimpft,

(Pörksen, SPD: Das war auch bitter nötig!)

jede Menge Horrorszenarien verbreitet und behauptet, dass sie für die Lehrstellenkatastrophe verantwortlich sei. Ihre Meinung hat sich innerhalb von zwei Jahren geändert. Jetzt feiern Sie den Ministerpräsidenten, der diesen Konsens mit dem Bündnis für Arbeit herbeigeführt hat, und behaupten, dass wir dieses Problem heute nicht mehr hätten.

Herr Schwarz, Sie wissen genau um die große Bereitschaft, insbesondere des Mittelstands, verstärkt auszubilden. Handwerk, Handel, Dienstleister und insbesondere die neuen Lehrberufe haben dazu beigetragen, dass eine Entlastung auf dem Lehrstellenmarkt eingetreten ist. Das ist nicht erst seit gestern so, sondern das resultiert aus einer langjährigen Arbeit. Sie wissen genauso gut wie ich, dass viele Betriebe zusätzlich ausgebildet haben. Auch ich gehöre zu denjenigen, die noch Lehrlinge ausbilden.

(Beifall bei der CDU -
Pörksen, SPD: Das ist lobenswert!)

Die großartige Leistung der Handwerkskammern, der Industrie- und Handelskammern und der Organisationen der freien Berufe und Dienstleister ist anzuerkennen und zu loben, die mit ihren Lehrstellenbörsen einen großen Beitrag für unsere Gesellschaft leisten. Das Handwerk allein bietet 98 Ausbildungsberufe an, in denen sowohl Technikfreaks als auch junge Menschen mit künstlerischen Ambitionen eine Berufschance erhalten. Durch die ständige Aktualisierung dieser Lehrstellenbörsen bietet sich eine gute Anlaufstelle für junge Menschen, die einen Ausbildungsplatz suchen, egal ob per Telefon, per Faxabruf oder durch das Internet.

Betriebe und Lehrstellen Suchende sind heute die Nutznießer dieser Ausbildungsplatzbörse. Für die Schulabgänger eröffnet sich die persönliche berufliche Zukunft und die Betriebe, sofern sie ausbilden - leider bilden nicht alle Betriebe aus, weshalb man vielleicht noch eine Aktion starten sollte, um die Betriebe, die noch nicht ausbilden, dafür zu gewinnen - - -

(Stretz, SPD: Das machen wir doch die ganze Zeit!)

- Das soll aber nicht über eine Ausbildungsplatzabgabe geschehen, meine Damen und Herren von der SPD, sondern indem man sie darauf anspricht.

- - können langfristig dadurch ihren Bedarf an Fachkräften sichern.

Derzeit gibt es 640 freie Lehrstellen allein in den Handwerksberufen. In meinem Kammerbezirk sind fast 200 Lehrstellen noch nicht besetzt. Bis zum Ausbildungsjahr 2002/2003 erhöht sich die Zahl noch einmal erheblich.

Wir alle konnten uns beim vergangenen Parlamentarischen Abend der Handwerkskammer davon überzeugen, dass das Handwerk mit seiner Nachwuchskampagne „Handwerk ist Hightech“ einen großen Beitrag geleistet hat, der Jugendarbeitslosigkeit entgegenzuwirken.

Nicht jeder kann einen Ausbildungsplatz für seinen Traumberuf erhalten. Auch in diesem Fall ist Kreativität und Flexibilität gefordert, um den jungen Menschen hilfreich zur Seite zu stehen und sie dahin gehend zu beraten, eventuell nach anderen Möglichkeiten zu suchen, um einen Ausbildungsplatz zu erhalten. Es gibt genügend Vergleiche, dass Handwerk immer noch goldenen Boden hat. Ich erwähne insbesondere das Bäckerhandwerk. Wir erleben, dass man aus dieser Kreativität heraus auch Minister oder Fraktionsvorsitzender werden kann.

Das hat er jetzt gar nicht mitbekommen. Ich habe Sie gerade gelobt. Vom Bäcker zum Minister. Das ist eine hervorragende Sache.

(Staatsminister Bauckhage:
Ich höre Ihnen zu!)

In den kommenden Jahren, spätestens jedoch im Jahr 2005, wird die Zahl der Schulabgänger sinken, was ein Überangebot an Ausbildungsplätzen zur Folge haben wird. Wir müssen dann auch wieder etwas tun, damit das Handwerk und insbesondere auch der Mittelstand nicht leer ausgehen. Es ist unsere Aufgabe, dafür zu werben, dass wir dann insbesondere vernünftige Rahmenbedingungen haben, wozu wir im Parlament mit beitragen können, damit der Wirtschaft und den Ausbildungsplatz Suchenden geholfen wird.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall der CDU)

Präsident Grimm:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Dahm das Wort.

Abg. Dahm, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Pörksen, SPD: Jetzt kommt Cassandra!)

Es sträubt sich bei mir noch einiges, von einer komfortablen Situation auf dem Ausbildungsmarkt zu sprechen.

(Pörksen, SPD: Das kann ich mir denken!
Bei den Reden, die Sie gehalten
haben, ist das doch klar!)

- Bei den Reden, die ich dazu gehalten habe und die ich zu diesem Thema auch noch halten werde.

Meine Damen und Herren, es gibt eine leichte Verbesserung auf dem Ausbildungsmarkt. Wir haben gehört, dass die Betriebe, aber auch die öffentlichen Verwaltungen 4% mehr Stellen anbieten. Das muss man anerkennen. Das ist aber keine grundsätzliche Wende auf dem Ausbildungsmarkt.

(Ministerpräsident Beck: Das ist eine
grundsätzliche Wende!)

- Das ist keine grundsätzliche Wende.

(Ministerpräsident Beck: Wir haben
mehr freie Plätze als Nachfrage!)

- Herr Beck, das ist nicht ganz richtig. Ich nenne ein Alltagsbeispiel: Vor 14 Tagen hatte ich die Gelegenheit, mit meinem 14jährigen Sohn zu einer Berufsberatung im Rahmen eines Elternabends zu gehen. In der Schule wurde die Situation von einem Berufsberater des Arbeitsamts Kaiserslautern dargestellt. Er hat dargestellt, dass ungefähr 3350 Jugendliche vorhanden sind, die sich um eine Lehrstelle bewerben. Es sind ungefähr 2650 Stellen vorhanden. Da fehlen 700 betriebliche Ausbildungsstellen. Die sind im Arbeitsamtsbezirk Kaiserslautern noch nicht zur Verfügung gestellt worden.

(Zuruf von Staatsminister Bauckhage)

Zu der Zeit, zu der wir heute tagen, tagt auch eine regionale Arbeitsamtskonferenz in Kaiserslautern, die sich genau um dieses Problem kümmert. Was ist mit den fehlenden Stellen?

(Ministerpräsident Beck: Das ist Ausfluss
unseres ovalen Tisches!)

Natürlich bietet das Arbeitsamt Maßnahmen an. Selbstverständlich werden dann auch Jugendliche in schulische Maßnahmen vermittelt. Das ist gut und richtig so. Im Gegensatz zu früher muss niemand mehr auf der Straße stehen. Das ist ein Erfolg. Hier aber davon zu reden, dass die Lage bei den betrieblichen Ausbildungsstellen ausreichend sei, ist nicht ganz richtig.

Herr Beck, weg von dieser Alltagserfahrung könnte ich Ihnen noch ein paar Beispiele nennen.

(Ministerpräsident Beck: Glauben
Sie es mir!)

Gehen wir jetzt einmal auf die statistische Ebene. Vielleicht kennen Sie die Zahlen des Landesarbeitsamts über die Vermittlung der Jugendlichen. Ungefähr 35 000 Jugendliche haben sich beim Arbeitsamt gemeldet. Wir wissen, dass einige auch ohne das Arbeitsamt eine Stelle finden.

(Staatsminister Bauckhage: Einige ja)

Von den 35 000 wurden „nur“ 17 000 in betriebliche Ausbildungsstellen vermittelt. Es fehlen also noch 18 000.

(Ministerpräsident Beck: Die suchen
auch selbst!)

- Nein!

(Ministerpräsident Beck: Doch!)

- Das stimmt nicht.

(Ministerpräsident Beck: Ich bin jetzt
ruhig; denn es tut weh!)

- Nein, das tut nicht weh, Herr Beck. Das Arbeitsamt listet doch auf, wohin diese Jugendlichen gegangen sind, wenn sie keine betriebliche Ausbildungsstelle gefunden haben. Ich kann Ihnen das vorlesen: allgemein bildende Schule, Berufsgrundschuljahr, Berufsfachschule, Berufsvorbereitungsjahr, sonstige berufsbildende Schulen. - Insgesamt 6000 Jugendliche in Rheinland-Pfalz werden in diese Warteschleifen vermittelt.

(Schwarz, SPD: Das ist doch Quatsch!)

- Nein, das ist kein Quatsch.

Weitere 1 200 Jugendliche gehen in berufsvorbereitende Maßnahmen des Arbeitsamts. Das ist auch kein Quatsch. Sie suchen eine Stelle und werden dann über eine Maßnahme im Arbeitsamt sinnvoll beschäftigt. Ich sage noch einmal, dass das gut ist, aber es sind keine adäquaten Stellen für diese Jugendlichen vorhanden.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitere 2 000 Jugendliche suchen eine betriebliche Ausbildungsstelle. Was finden sie? Sie finden keinen Beruf, sondern sie finden eine Arbeitsstelle.

(Schwarz, SPD: Das ist doch Quatsch!)

- Doch, sie finden eine Arbeitsstelle. Das ist kein Quatsch. Das ist die Statistik, die das Landesarbeitsamt veröffentlicht.

(Glocke des Präsidenten)

- Ich komme zum Schluss, Herr Präsident.

Wir müssen nach wie vor konstatieren, dass 10 000 Jugendliche in Rheinland-Pfalz, die eine betriebliche Ausbildungsstelle gesucht haben, diese nicht bekommen haben, sondern in die Schule zurückgegangen oder in einen Job gegangen sind, wo sie zum Teil große Probleme verursachen.

(Ministerpräsident Beck: Oh Gott!)

Danke schön.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Grimm:

Meine Damen und Herren, die Geräuschkulisse ist entschieden zu hoch. Herr Dahm hat besonders leiden müssen. Das gilt gleichermaßen für alle. Ich habe zum Kollegen und Minister Gerster, der mich auch darauf aufmerksam gemacht hat, gesagt: Wir sind alle einmal Täter und einmal Opfer; dies natürlich immer zu einem unterschiedlichen Zeitpunkt.

(Bischel, CDU: Das ist natürlich eine weise Weisheit! Die hätten wir nie gewußt!)

- Das denke ich mir, aber vielleicht bedenken Sie einmal, welchen Eindruck das auf unsere Gäste im Landtag macht, die ich jetzt auch wieder begrüßen möchte, Herr Parlamentarischer Geschäftsführer. Es handelt sich um Mitglieder und Freunde der SPD aus Pirmasens. Herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Ich erteile der Abgeordneten Frau Morsblech das Wort.

Abg. Frau Morsblech, FDP:

Herr Präsident, vielen Dank für die Anmerkung. So werde ich hoffentlich nicht zum Opfer.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die heutige Aktuelle Stunde ist meiner Ansicht nach ein freudiger Anlass; denn schon im vergangenen Jahr konnten wir, obwohl die Zahl der Schulabgänger erheblich gestiegen ist, die Jugendlichen, die das konnten und wollten, in eine Ausbildung vermitteln, Herr Dahm. Wenn Sie sich die Statistik genau ansehen, können sie feststellen, dass die Situation in diesem Jahr erstmals wieder etwas entspannter ist als in den vergangenen Berichtsjahren. Wenn Sie die Statistik des Landesarbeitsamts auf den ersten Blick sehen, weist sie in diesem Jahr 30 845 gemeldete Stellen und 35 264 Bewerber aus. Dabei wird von Ihnen immer wieder nicht erwähnt, dass nicht alle Betriebe ihre Ausbildungsstellen beim Arbeitsamt melden. Gerade bei der Jobbörse der IHK und bei anderen Jobbörsen tut sich aufgrund der Bemühungen der Kammern einiges.

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

Wenn Sie sich dann einmal den Berichtsmonat September ansehen, können Sie feststellen, dass es in diesem Jahr noch 18 017 unbesetzte Ausbildungsstellen gab. Das sind 16 % mehr als im September des letzten Jahres. Wenn Sie sich dagegen die Bewerber ansehen, sind das zwar 3 104, aber 18 % weniger als im letzten Jahr.

Wir konnten in den vergangenen Jahren im Prinzip jeden vermitteln, der dies wollte. Das zeigt, dass das Angebot erheblich größer ist. Zudem kommt hinzu, dass die Jugendlichen erheblich mehr Auswahlmöglichkeiten als in den vergangenen Jahren haben, wenn sie einen Ausbildungsplatz suchen.

Man kann ruhig noch genauer hinschauen. Sehen Sie sich einmal die gewerblich-technischen Berufe, den Dienstleistungsbereich und den kaufmännischen Bereich an. Ihnen wird auffallen, dass es nur in zwei Berufsfeldern mehr Bewerber und weniger Ausbildungsplätze gibt. In allen anderen Berufsfeldern gibt es im Moment noch mehr Plätze als Bewerber. Außerdem gibt es auch Berufsbranchen, wie zum Beispiel die Ernährungsberufe, in denen händeringend Auszubildende gesucht werden und noch einiges am Image getan werden muss, damit die Jugendlichen diese Zukunftschancen, die ihnen geboten werden, auch wahrnehmen; denn hier haben eher die Betriebe ein Problem.

(Beifall der F.D.P. und der SPD)

Zu den Sparten, die sehr beliebt und im Moment im Trend sind, gehört der Verwaltungs- und Bürobereich. Hier ist es umgekehrt. Bei dem anderen Bereich handelt es sich um die Dienstleistungsberufe. Hierzu gehört auch die IT-Branche, die im Moment einen riesigen Zulauf hat. Hier sind die Zuwachsverhältnisse so, dass sich die Ausbildungsmöglichkeiten pro Jahr mehr als verdoppeln. Dies wird sich in den nächsten Jahren sicherlich noch statistisch angleichen.

Meine Damen und Herren, die Gründe für die positive Entwicklung am Ausbildungsmarkt sind sicherlich vielschichtig. Zum einen geben die Ausbildungsbetriebe in der aktuellen Umfrage der Wirtschaftsunioren nach wie vor an, dass sie selbst ausbilden möchten. 90 % sagen, sie möchten deshalb selbst ausbilden, weil sie dann den Nachwuchs bekommen, der auch den Anforderungen ihres Betriebs entspricht; denn sie finden sonst kaum geeignete Fachkräfte am Arbeitsmarkt.

Zum anderen hat sich bei den Ausbildungsverordnungen in den letzten Jahren einiges getan. Einige Berufsbilder sind aktualisiert worden. Viele andere sind neu auf dem Markt. Gerade die Entwicklung in der IT-Branche in den vergangenen Jahren lässt erkennen, dass sich die Anzahl der Ausbildungsmöglichkeiten mehr als verdoppelt. Das steht sicherlich auch mit dem Bedarf an Fachkräften und der positiven Entwicklung in Zusammenhang, die gerade auch der Mittelstand in dieser Branche mitmacht.

Ein weiteres Plus, das sich abzeichnet, war die Flexibilisierung der Berufsschulzeiten, die es einigen Betrieben leichter ge-

macht hat, Auszubildende einzustellen, sowie die stärkere Kooperation mit den Berufsschulen. Gerade Existenzgründer können nach wie vor immer noch die Ausbildungsprämie der Landesregierung erhalten, was dazu beiträgt, dass auch neu gegründete Betriebe in Rheinland-Pfalz zusätzlich motiviert sind auszubilden.

Meine Damen und Herren, im Bereich der Berufsschulen tut sich auch einiges. Gerade in den neuen Technologien finden Anpassungsprozesse in erheblichem Maß statt. Die Schulen verfügen über eine immer bessere PC-Ausstattung und können auch weitestgehend an das Netz. Auch die Lehrerqualifizierung läuft. Um diese Standards halten zu können, wird man nicht umhinkommen, in diesem Bereich noch näher mit der Wirtschaft zusammenzurücken, zum Beispiel wenn es um die Ausstattung und die Erneuerung der Ausstattung geht, die regelmäßig fällig wird, und darum, die Systeme zu betreiben oder den Unterricht noch praxisnäher zu gestalten.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass wir am Ausbildungsmarkt eine positive Entwicklung haben. Unser Dank gilt den Betrieben, die in den vergangenen Jahren mit den steigenden Schulabgängerzahlen eine sehr schwierige Situation mit ständigem Zuwachs an Ausbildungsstellen gemeistert haben, sowie den Kammern für ihre erfolgreichen Bemühungen, diese Stellen zu schaffen, und allen anderen Initiativen, die Jugendlichen geholfen haben, in eine Ausbildung vermittelt zu werden.

Sicherlich haben wir dieses Jahr noch einiges vor uns, um diejenigen, die bis jetzt noch nicht vermittelt sind, in eine Ausbildung zu bringen. Ich denke, mit gemeinsamen Anstrengungen vor Ort werden wir das in ganz Rheinland-Pfalz schaffen.

Vielen Dank.

(Beifall der F.D.P. und der SPD)

Präsident Grimm:

Ich erteile Herrn Wirtschaftsminister Bauckhage das Wort.

**Bauckhage, Minister
für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die aktuelle Situation auf dem rheinland-pfälzischen Lehrstellenmarkt hat sich weiter verbessert. Wie bereits in den vergangenen Jahren war die Lage weitaus günstiger als in allen anderen Bundesländern.

Es ist schon merkwürdig, wenn man einerseits Zahlen strapaziert und andererseits versucht, bestimmte Dinge in den Vordergrund zu stellen, die längst passiert sind.

Herr Kollege Schöneberg, der Ministerpräsident und ich haben schon vor langer Zeit die Betriebe angeschrieben, die aus unterschiedlichen Gründen nicht ausbilden. Hierbei handelt es sich um viele Betriebe.

(Zuruf des Abg. Schöneberg, CDU)

- Wir können uns auf das Niveau herunterlassen. Das möchte ich aber nicht tun. Auf diesem Niveau möchte ich nicht operieren.

Herr Kollege Dahm, man muss auch einmal feststellen dürfen, dass nach der Geschäftsstatistik der Arbeitsverwaltung - das sind die wahren Zahlen - zum 30. September 2000 1 104 unversorgt geblieben sind. Das sind 18 % weniger als im Vorjahr. Dem gegenüber stehen 1 857 offene Stellen. Das sind 16 % mehr als im Vorjahr.

Ich weiß, dass es schwierig ist, mit solchen Statistiken zu operieren und dass das mit dem Durchschnitt ein Problem ist. Wenn man mit einem Bein auf der Herdplatte und mit dem anderen im Kühlschranks steht, ist es in der Mitte nicht zu warm und nicht zu kalt. So soll man sich nicht der Probleme annehmen. Wenn man sich der Probleme so wie Sie annimmt, wird es keine Problemlösung geben, sondern man versucht nur, die eigenen Vorurteile selbst zu bestätigen.

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Schauen Sie in den Spiegel, damit Sie so einen sehen!)

Meine Damen und Herren, das ist natürlich kein Schritt, wie man Politik gestalten kann.

Ich möchte heute die Gelegenheit nutzen, mich bei den vielen Handwerksbetrieben ganz herzlich zu bedanken.

(Beifall der F.D.P. und der SPD)

Die Industrie- und Handelskammern melden einen Zuwachs an Lehrverträgen von 5 %, die Handwerkskammern von knapp 1,5 % und die freien Berufe sogar ein Plus von 7,2 %. Die 7,2 % bei den freien Berufen erachte ich als eine Aussage, die im Zusammenhang damit steht, dass wir die freien Berufe eingeladen haben, um gemeinsam am ovalen Tisch mit den Verbänden zu diskutieren.

(Billen, CDU: Ovalen Tisch!)

- Herr Kollege Billen, man kann das alles belächeln. Wir haben von diesem Tisch aus eine ganze Menge Impulse für diejenigen gegeben, die einen Ausbildungsplatz suchen. Darauf kam es uns immer an.

Meine Damen und Herren, die von den Kammern und den freien Berufen genannten Zahlen umfassen rund 95 % der Neueintragungen von Lehrverträgen in Rheinland-Pfalz. Der deutliche Zuwachs von betrieblichen Lehrverträgen ist ein be-

grüßenswerter Ausgleich für den Wegfall von außerbetrieblichen Lehrverträgen, die von den Arbeitsämtern im Rahmen des „Sofortprogramms der Bundesregierung zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit“ initiiert worden sind.

So hat es im vergangenen Jahr noch rund 1 200 außerbetriebliche Lehrverhältnisse gegeben. In diesem Jahr waren es dagegen nur noch knapp 200. Die entfallenen rund 1 000 Plätze wurden von der Wirtschaft voll aufgefangen und mehr als ausgeglichen.

Darüber hinaus konnten von den erwähnten rund 1 200 außerbetrieblichen Lehrverhältnissen des vergangenen Jahres inzwischen circa ein Drittel in betriebliche Lehrverhältnisse übergeleitet werden.

Herr Dahm, das müssen Sie einmal zur Kenntnis nehmen. Diese Ausbildungsleistungen der rheinland-pfälzischen Wirtschaft sind zusätzlich zu den bisherigen Erfolgen zu werten; denn sie gehen weder in die Statistik der Berufsberatung der Arbeitsverwaltung noch in die Berufsbildungsstatistik auf Bundes- oder Landesebene ein. Das ist der entscheidende Punkt. Hier unterscheiden wir uns wie bei allem. Wir berichten die Realitäten, und Sie berichten darüber, wie Sie es gern hätten und wie es nicht ist.

Meine Damen und Herren, ich habe noch eine Bemerkung zur Geschäftstätigkeit der Arbeitsverwaltung. Die Zahl der noch offenen und unbesetzten Ausbildungsstellen lag Ende September dieses Jahres mit 1 857 um 16 % höher als im Vorjahr. Demgegenüber war die Zahl der Bewerber, die Ende September noch keinen Ausbildungsplatz hatten und einen betrieblichen Ausbildungsplatz suchten, um 18,6 % auf 1 104 gesunken. Das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage - das darf man mit Fug und Recht sagen - hat sich deutlich verbessert.

Meine Damen und Herren, um möglichst alle jungen Frauen und Männer mit einer Lehrstelle zu versorgen, sind die Arbeitsämter und die Kammern zum Beispiel im Rahmen so genannter regionaler Ausbildungsmarktkonferenzen aktiv. Diese Anstrengungen gelten natürlich auch den Jugendlichen, die zwar eine Lehrstelle gefunden hatten, aber - aus welchen Gründen auch immer - die Lehre im Rahmen der Probezeit abgebrochen haben.

Meine Damen und Herren, das insgesamt positive Bild am Ausbildungsmarkt geht nicht zuletzt auf eine Modernisierung auch der Berufsausbildung zurück. Schon seit Jahren ist ein Zuwachs an neuen Arbeitsplätzen, insbesondere im Dienstleistungssektor zu verzeichnen. Daher haben auch viele Jugendliche verstärkt Dienstleistungsberufe nachgefragt.

In diesem Jahr ist auch das Angebot an Ausbildungsplätzen im Dienstleistungsbereich deutlich höher als beispielsweise im verarbeitenden Gewerbe. Dies ist auch ein Ergebnis der Neuordnung der Ausbildungsberufe. Hier sind vor allem die

völlig neuen Berufe im Bereich der Informations- und Telekommunikationstechnologie und im Mediensektor hervorzuheben.

Das Angebot an Lehrstellen, vor allem im IT-Bereich, konnte deutlich ausgeweitet werden. Die entsprechenden Betriebe haben der Berufsberatung 780 Ausbildungsstellen für IT-Berufe, das heißt, rund 50 % mehr als im Vorjahreszeitraum, gemeldet.

In einer Hochrechnung kann davon ausgegangen werden, dass Ende dieses Jahres bereits 3 000 Lehrverhältnisse, das sind mehr als 5 % aller Lehrverhältnisse in Rheinland-Pfalz, auf die IT- und Medienberufe entfallen.

Rheinland-Pfalz sichert dadurch seine Stellung als Wirtschafts- und Medienstandort und stellt der IT- und Medienbranche mit ihren hohen Wachstumsraten hoch qualifizierte Arbeitskräfte zur Verfügung.

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

Meine Damen und Herren, trotz aller Erfolgsmeldungen darf aber nicht übersehen werden, dass es noch vereinzelte Probleme gibt, die zweifellos angegangen werden müssen:

1. Der noch immer zu hohe Prozentsatz junger Menschen, die ohne Ausbildungsabschluss als Ungelernte oder Angelernte einem hohen Beschäftigungsrisiko ausgesetzt sind. - Für Rheinland-Pfalz gibt es zwar keine exakten eigenständigen Zahlen; auf Bundesebene schätzt man, dass 14 % der Jugendlichen eines Altersjahrgangs ohne Abschluss geblieben sind.

2. Die berechtigten Klagen von Betrieben und Praxen über zunehmende Defizite in der Ausbildungsbefähigung junger Menschen. - Hier ist vor allem das allgemein bildende Schulsystem gefragt. Hier müssen die Stabilisierungs- und Vorbereitungsmaßnahmen unserer Berufsschulen, aber auch der Arbeitsämter ansetzen. Meine Damen und Herren, aber auch die Mitwirkung der Eltern ist notwendig.

3. Die regionalen und berufsspezifischen Ungleichgewichte auf dem Lehrstellenmarkt. - In regionaler Hinsicht gibt es, gemessen an der Anzahl der Stellen pro Bewerber, ein deutliches Nord-Süd-Gefälle.

Die berufsspezifischen Ungleichgewichte haben zwei Seiten: Einmal die Konzentration junger Menschen auf einige wenige Berufe, zum Beispiel Kfz-Mechaniker bei jungen Männern oder Büroberufe bei jungen Frauen. Die andere Seite ist die vielfach vergebliche Suche einzelner Branchen, wie etwa der Ernährungswirtschaft, nach geeigneten Bewerbern.

Meine Damen und Herren, die duale Ausbildung ist nur so stark, wie die beiden Lehrorte, der Betrieb und die Berufsschule, ihre Aufgaben erfüllen können. Daher hat die Landesregierung die Berufsschule systematisch gestärkt und zahlreiche Maßnahmen ergriffen. Hierzu gehören unter anderem

eine betriebsfreundliche Regelung des Berufsschulunterrichts, eine bessere Lehrerversorgung und geringerer Stundenausfall, die Differenzierung des Berufsschulunterrichts und die Bildung von Fachklassen sowie eine bessere Ausstattung der Schulen in Abstimmung mit den kommunalen Schulträgern.

Im Rahmen dieser Stärkung des dualen Systems setzt das Wirtschaftsministerium einen Schwerpunkt auf die Sicherung der überbetrieblichen Lehrlingsunterweisung, die insbesondere im Handwerk eine große Rolle spielt.

Meine Damen und Herren, ein weiterer Schwerpunkt liegt seit 1997 in der Förderung des betrieblichen Lehrstellenangebots. Dies beinhaltet konkret die Förderung von Existenzgründern bei erstmaliger Ausbildung, die Förderung des gewerblichen Mittelstands bei der zusätzlichen Ausbildung von Absolventen der Berufsvorbereitung und die Förderung von Betriebsverbänden.

Mit Hilfe der entsprechenden Programme werden Jahr für Jahr rund 1 500 zusätzliche Ausbildungsplätze in Betrieben und Praxen geschaffen, ohne dass dabei die Verantwortung der Wirtschaft beeinträchtigt wird.

Über diese Fördermaßnahmen des Wirtschaftsministeriums hinaus und um mit gutem Beispiel voranzugehen, werden im Geschäftsbereich meines Hauses im nächsten Jahr insgesamt 27 zusätzliche Ausbildungsplätze zu den bereits vorhandenen Ausbildungsplätzen bereitgestellt. Ich denke, auch das ist ein Stück Signalwirkung. Man kann nicht nur darüber reden, sondern man muss auch zeigen, dass man selbst bereit ist, wenigstens in dem Maß, in dem man Möglichkeiten hat, dazu beizutragen.

Meine Damen und Herren, dieses Ausbildungsangebot von 27 zusätzlichen Lehrstellen geht über den eigenen Bedarf hinaus und bietet jungen Menschen die Chance für eine gründliche, gute Ausbildung. Die gewählten Ausbildungsberufe, wie zum Beispiel Fachinformatiker, Bauzeichner, Fachangestellte für Bürokommunikation, Winzer, Gärtner oder Vermessungstechniker, wurden so gewählt, dass die Absolventen auch in der Privatwirtschaft eine Arbeitsstelle finden können.

Meine Damen und Herren, ressortübergreifend widmet sich die Landesregierung auch den Jugendlichen mit geringeren Startchancen. Dabei geht es insbesondere darum, den Übergang von den allgemein bildenden Schulen in die Berufsausbildung zu ermöglichen oder zu erleichtern. Ich gehe davon aus, dass mein Kollege Gerster dazu nachher noch im Einzelnen Stellung nehmen wird.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung wird gemeinsam mit der Wirtschaft und der Arbeitsverwaltung alles tun, um diese erfolgreiche Entwicklung des Lehrstellenmarkts fortzusetzen. Ziel ist es, auch in den nächsten Jahren die Absolventen der allgemein bildenden Schulen, die eine Berufsausbildung anstreben, möglichst optimal zu versorgen; denn

wir wissen, dass die Zahl der Absolventen aller Schularten in den nächsten Jahren noch erheblich steigen wird. Rund zwei Drittel der Schulabgänger streben eine Ausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf an.

Dies ist sicherlich ein Vertrauensbeweis für das duale Ausbildungssystem, das sowohl für deutsche wie auch für ausländische Jugendliche eine sehr hohe Integrationskraft in der Wirtschaft und in der Gesellschaft hat.

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

Präsident Grimm:

Meine Damen und Herren, ich begrüße Gäste aus Maxdorf und aus Pirmasens. Herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Franz Schwarz das Wort.

Abg. Schwarz, SPD:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Als Politiker können wir nur Rahmenbedingungen schaffen. Herr Kollege Schöneberg, ich bin dankbar dafür, dass sie deutlich gemacht haben, wie viel Mühe sich die Landesregierung gegeben hat, um diese Rahmenbedingungen zu schaffen;

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

denn diese Rahmenbedingungen waren es, die es erst ermöglichen, diesen Weg zu gehen.

Sie haben von der Ausbildungsplatzabgabe gesprochen. Sie wissen, dass wir in diesem Hause immer der Meinung waren, dass die Selbstverpflichtung der Wirtschaft und die Selbstverpflichtung der Politik der Weg ist, der uns aus dieser Sackgasse herausführt.

Es ist der Landesregierung gelungen, der Weg war richtig, und wir sind auf einem erfolgreichen Weg.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Herr Dahm, wenn Sie schon mit Statistiken anfangen, dann müssten Sie eigentlich auch wissen - gerade wenn Sie die Pfalz ansprechen und das Jahr 2000 nehmen -, dass nach den letzten Zahlen aus der Regionalkonferenz noch 629 unbesetzte Stellen zur Verfügung stehen. Denen stehen laut Arbeitsamt 364 Bewerber gegenüber. Natürlich wissen wir, dass die Zahl derjenigen, die sich um einen Ausbildungsplatz bemühen, und die Zahl der Ausbildungsplätze vielfach nicht übereinstimmen. Dort müsste aber eigentlich unsere Aufgabe ansetzen. Wir müssten so realistisch sein - Herr Staatsminister

Bauckhage hat darauf hingewiesen -, in der Schule bereits deutlich zu machen, welche Verpflichtung eine Ausbildung hat. Wir müssten auch deutlich machen, dass diese Verpflichtung in Bezug auf Ausbildung so transparent ist, dass der junge Mensch eine Möglichkeit hat, diesen Ausbildungsplatz anzustreben. Wir müssen im Schulbereich eine ganze Menge leisten. Dort muss die Wirtschaft mit hinein. Dort muss geholfen werden, dass die jungen Leute ihre Region erkennen und wissen, was mit Berufen zu machen ist und welche Zukunft sie in diesen Berufen haben.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es bringt uns keinen Schritt weiter - das habe ich in der Vergangenheit schon immer gesagt -, wenn wir versuchen, das, was an statistischem Material zur Verfügung steht, gegenzurechnen. Herr Staatsminister Bauckhage hat das Handwerk besonders gelobt. Das ist auch ein Dank an das, was die Politik geleistet hat. Das Handwerk hat sich angenommen gefühlt. Heute ist es nicht mehr so, wie Herr Schöneberg es gesagt hat, dass viele zusätzlich über den Bedarf hinaus ausbilden. Heute ist es so, dass man mehr Ausbildungsbetriebe gefunden hat, die wieder entsprechend ihrem Bedarf ausbilden. Das ist ein Weg.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Damit haben wir auch die Chance, dass diese jungen Leute nach der Ausbildung eben nicht zum Arbeitsamt gehen müssen, sondern in den Betrieben, in denen sie ausgebildet wurden, verbleiben können. Das ist der richtige Weg. Wir müssen dafür sorgen, dass die Basis breiter wird, und natürlich sollten wir auch - das tut jeder - dafür sorgen, dass diejenigen, die noch keinen Ausbildungsplatz haben, möglicherweise auch zu einem Betrieb gehen, der über die Maßen hinaus ausbildet.

Eines ist klar: Der Weg mit Selbstverpflichtung und Konsens, den die Landesregierung gegangen ist, hat uns in Rheinland-Pfalz in eine vordere Position im Zusammenhang mit der Ausbildung gebracht.

Schönen Dank.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Präsident Grimm:

Es spricht noch einmal Herr Abgeordneter Günter Schöneberg.

Abg. Schöneberg, CDU:

Verehrter Herr Schwarz! So können sich die Zeiten ändern. Ich gehöre nun seit 1996 diesem Landtag an und habe damals

die gleiche Debatte miterlebt. Damals haben Sie auf Bonn geschimpft

(Schwarz, SPD: Nein, nein, das habe ich nicht getan! Das ist richtig dummes Zeug!)

und sagten, die Bundesregierung sei schuld daran.

(Schwarz, SPD: Nein, das habe ich nicht getan. Das ist dummes Zeug! - Zuruf des Abg. Creutzmann, F.D.P.)

- Lesen Sie die alten Protokolle nach.

(Weitere Zurufe von der SPD und des Abg. Creutzmann, F.D.P.)

- Lesen Sie die alten Protokolle nach. Dort können Sie es nachlesen.

Damals war die amtierende CDU/F.D.P.-geführte Bundesregierung daran Schuld.

Dies hat sich seit 1998 just geändert.

(Schwarz, SPD: Ach, dummes Zeug! - Lewentz, SPD: Die Zahlen haben sich geändert!)

Wenn man die Anstrengungen bedenkt, die damals, als sehr viele junge Menschen auf den Ausbildungsmarkt gedrängt haben, unternommen worden sind, stellt man fest: Die Saat, die damals ausgesät wurde, ist heute aufgegangen. Das ist auch gut so. Das ist eine Anstrengung, an der wir alle beteiligt waren.

(Schwarz, SPD: Jawohl, das ist richtig!)

Ich freue mich für jeden jungen Menschen, der heute eine Lehrstelle erhält, wenn er sie auch nicht immer in seinem Traumberuf erhält.

Wir haben alle die gleiche Statistik. Das kann ich meinen Vordnern entnehmen.

(Creutzmann, F.D.P.: Herr Dahm hat eine andere!)

- Na ja, gut, ich gebe sie Ihnen nachher. Das Landesarbeitsamt hat sie.

Wenn ich nun diese Statistik anders auslegen und etwas polemisieren würde, wie dies gewisse Leute in diesem Parlament tun, müsste ich feststellen, dass im Oktober dieses Jahres 30 845 gemeldete Berufsausbildungsstellen verzeichnet sind. Dieser Zahl stehen 35 264 gemeldete Bewerber gegenüber. Nun könnte ich sagen, Menschenskind, es fehlen 5 000 Aus-

bildungsplätze. Aber diese Statistik stimmt auch nicht, da darin die gesamten Mehrfachbewerbungen mit erfasst und nicht ausgefiltert worden sind. Das muss man fairerweise dazusagen.

Für mich ist es ein gutes Zeichen, über das ich mich freue - ich weiß nicht, ob dies auf das Rundschreiben des Wirtschaftsministers und des Ministerpräsidenten zurückzuführen ist -, dass im September 2000 noch 1 817 Ausbildungsplätze unbesetzt waren. Das ist ein gutes Zeichen, und daran sollten wir weiterarbeiten. Herr Wirtschaftsminister, wir können das gern auf hohem Niveau debattieren. Ich meine, Sie als Wirtschaftsminister, der Ministerpräsident als Ministerpräsident, wir alle müssen unsere Aufgaben wahrnehmen. Das ist vollkommen klar. Dazu sind wir in diesem Land verpflichtet, und das ist unsere Aufgabe. Dafür werden wir auch bezahlt. Es war mein Zwischenruf, daran zu erinnern.

Danke schön.

(Beifall der CDU)

Präsident Grimm:

Es spricht noch einmal Herr Abgeordneter Guido Dahm.

Abg. Dahm, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Meine Damen und Herren, ich habe keine neuen Zahlen. Aber ich muss zu dieser Statistikverwirrung, die Sie anstellen, noch einmal ein Wort sagen.

(Lewentz, SPD: Hat er jetzt neue Zahlen oder immer noch die alten?)

Herr Schöneberg, es ist grundlegend falsch, dass in dieser Statistik Mehrfachbewerbungen verzeichnet sind. Reden Sie besser einmal mit dem Arbeitsamt. Die lachen über solche Äußerungen, weil es ein Märchen ist, das Sie erzählen. Das ist einfach falsch.

Herr Bauckhage, Sie machen es etwas geschickter. Sie tun so, als lesen Sie die Statistik des Arbeitsamts vor, die ich ebenfalls vorliegen habe, und fügen einfach Sätze und Worte hinzu, die dort nicht stehen. Sie haben vorgelesen: „Bestand an noch nicht vermittelten Bewerbern in Betrieben.“ Das steht darin nicht. Das ist falsch.

(Zuruf des Abg. Creutzmann, F.D.P.)

Dort steht: „Bestand an noch nicht vermittelten Bewerbern.“ Dabei sind nämlich die gesamten Bewerber, die noch keine Stelle gefunden haben

(Zuruf der Abg. Frau Morsblech, F.D.P.)

und anschließend in die Schule vermittelt worden sind, herausgerechnet worden.

Ich sage es noch einmal, es sind über 6 000 Jugendliche, die herausgerechnet wurden. Man muss bei diesen Tabellen auch das Kleingedruckte lesen, um sie verstehen zu können. Bitte, sprechen Sie einmal mit dem Arbeitsamt, und lassen Sie sich wenigstens die Tabellen des Arbeitsamts erklären, damit Sie keine falschen Dinge verbreiten und meinen, Sie könnten damit einen Zustand beschreiben, der in Wirklichkeit so nicht existent ist.

Meine Damen und Herren, auch im Bereich der IT-Berufe ist es aner kennenswert, dass die Betriebe mehr Ausbildungsstellen anbieten.

(Schwarz, SPD: Sie wissen doch, dass diese Ausbildungsstellen so lange noch nicht existieren!)

Zugegeben, damit sind wir auf dem richtigen Weg. Aber Sie wissen auch, dass es etwa doppelt so viele Bewerber gibt. Viele Jugendliche möchten in diese neuen Berufe hinein, kommen aber nicht hinein.

(Schwarz, SPD: Aber sie brauchen einen Ausbildungsbetrieb!)

- Ja, was passiert dann, wenn sie diese Stellen nicht bekommen? - Sie sind frustriert!

(Schwarz, SPD: Ja, ist in Ordnung! -
Zuruf der Abg. Frau Thomas,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Nein, diese Betriebe könnten diese Stellen natürlich anbieten.

Herr Schwarz, Sie wissen genauso gut wie wir, dass auch die vollschulische Ausbildung und die höheren Berufsfachschulen von Ihrer Landesregierung eingerichtet worden sind und dort inzwischen mehr Jugendliche in den neuen Berufen ausgebildet werden als in den Betrieben. Ist das korrekt? Ist das richtig?

(Schwarz, SPD: Das ist doch nur der Assistentenberuf! Entschuldigung!)

- Ja, genau, und es sind schon wesentlich mehr, als die Betriebe ausbilden. Das ist der Punkt, den Sie nicht verschweigen können. Sie müssen die Betriebe auffordern, gerade im IT-Bereich mehr Ausbildungsstellen anzubieten, um letztendlich das vollschulische, staatliche Angebot zu entlasten.

Herr Schwarz, Sie haben soeben die Reformen im Berufsschulwesen angesprochen. Ich gebe Ihnen völlig Recht. Alle Punkte, die Sie aufgezählt haben, sind richtig. Ich möchte aber noch einen Punkt ansprechen, der mir am Herzen liegt.

Gerade die Absolventinnen und Absolventen der höheren Berufsschulen - das erzählen uns alle Arbeitsamtsberater und alle berufsbildenden Schulen - werden vollschulisch mit staatlichen Mitteln ausgebildet und haben am Schluss einen Beruf. Sie sind Assistent, Sie haben es soeben angeführt. Sie haben einen Beruf. Was passiert dann? - Sie konkurrieren anschließend wieder mit einfachen Auszubildenden, die noch keine Stelle haben. Die Betriebe nehmen sie nicht, sondern verlangen, dass sie zusätzlich eine betriebliche Ausbildung absolvieren müssen. Das ist eine Doppelqualifikation. Wir haben in Rheinland-Pfalz über 2 500 Jugendliche, die doppelt qualifiziert werden und zweimal eine Ausbildung machen müssen.

(Glocke des Präsidenten)

Das ist ein Projekt, das Sie einmal angehen müssten. In diesem Bereich könnten Sie Verbesserungen erzielen, um somit in hohem Maß staatliche Mittel einzusparen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Grimm:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Creutzmann das Wort.

Abg. Creutzmann, F.D.P.:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Dahm, ich möchte noch zwei Anmerkungen machen. Sie haben jahrelang nicht zur Kenntnis genommen, dass überbetrieblich ausgebildet wurde. An dieser Stelle möchte ich einmal ein Dankeschön an die Betriebe sagen, die weit über Bedarf ausgebildet haben, insbesondere an das Handwerk, aber auch an die Industrie.

Die Entwicklung wird sich in Zukunft drehen. Das heißt, wir werden weniger Bewerbungen und mehr Angebote haben. Wenn Unternehmen am Markt teilnehmen wollen, stellt sich für sie das Problem - das gilt für die IT-Berufe heute schon -, wie sie es schaffen können, ein wenig mehr Mobilität der jungen Menschen herbeizuführen? Das wird die entscheidende Frage sein. Es muss erreicht werden, dass junge Menschen aus den neuen in die alten Bundesländer kommen, wo ein hohes Ausbildungsplatzangebot besteht.

Wir sollten uns gemeinsam überlegen, wie wir es zukünftig schaffen werden, die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen, die die Wirtschaft bereithält, zu befriedigen. Das wird die Frage der Zukunft sein. Wir müssen heute schon an Lösungen arbeiten, damit wir den Jugendlichen zu gegebener Zeit die Möglichkeit bieten können, einen Ausbildungsplatz zu erhalten, der nicht in ihrer unmittelbaren Umgebung liegt. Das ist das Entscheidende.

Es macht keinen Sinn, Greencards für Auszubildende aus dem Ausland einzuführen. Wir müssen zunächst unsere eigenen Hausaufgaben erledigen.

Vielen Dank.

(Beifall der F.D.P. und der SPD)

Präsident Grimm:

Ich erteile Herrn Arbeitsminister Gerster das Wort.

Gerster, Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Halten wir fest, in acht von elf Arbeitsamtsbezirken ist die Ausbildungsplatzsituation gut bis befriedigend. Es bleiben drei übrig. Die Arbeitsamtsbezirke Bad Kreuznach und Trier haben ein angespanntes Verhältnis von Ausbildungsplatz Suchenden und nicht vermittelten Bewerbern. Es bleibt ein Arbeitsamtsbezirk übrig, der wirklich als problematisch bezeichnet werden muss. Das ist der Arbeitsamtsbezirk Pirmasens.

Alle anderen sind mehr oder weniger im grünen Bereich, darunter zum Beispiel Koblenz, Herr Schöneberg, mit einem Verhältnis von 4,2 zu 1. Dies bedeutet, auf 4,2 offene Ausbildungsplätze kommt ein nicht vermittelter Bewerber. Es ist also eine wirklich komfortable Situation, die sich allerdings so nicht im ganzen Land wiederfindet. Vergessen wir aber bitte auch nicht, dass zu diesem Ergebnis nicht nur unternehmerische Initiative und Verantwortung beigetragen haben, was mehrfach zu Recht gewürdigt worden ist, sondern auch das Jugendsoforthilfeprogramm der Bundesregierung.

(Beifall bei der SPD)

Dieses hat immerhin über 1 200 öffentlich finanzierte Ausbildungsplätze in Rheinland-Pfalz bereitgestellt. Das ist ein ganz wichtiges Ergebnis und ein wichtiger Beitrag. Das erklärt auch, warum wir in Deutschland seit langem eine weit unterdurchschnittliche Jugendarbeitslosigkeit haben, weil wir nämlich bei allen Problemen auf dem Arbeitsmarkt sehr viel mehr für junge Leute machen und deswegen im Vergleich zu Frankreich und Spanien eine wirklich gute Situation bei der Ausbildung, aber auch bei der Arbeitslosigkeit junger Menschen haben.

Meine Damen und Herren, es kommt jetzt darauf an, durch Nachvermittlungskaktionen gegen Ende des Jahres diejenigen zu vermitteln, die noch nicht vermittelt sind. Dazu können wir alle beitragen. Jeder, der ein paar mittelständische Betriebe kennt, kann dazu beitragen, Kontakte herzustellen. Ich möchte uns alle und Sie bitten, sich an solchen Nachvermittlungskaktionen zu beteiligen. Wir müssen uns auch verstärkt um die Ausbildungsabbrecher kümmern. Dies ist zu Recht gesagt worden. Wir müssen übrigens auch etwas für

diejenigen machen, die möglicherweise gar nicht mehr im Laufe eines Erwachsenenlebens zu einem qualifizierten Abschluss kommen. Wir können überlegen, ob wir die Ausbildung nicht noch weiter differenzieren können, Stichwort Modul, mit Teilqualifikationen.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Wir müssen auch überlegen, ob wir auch Arbeitsplätze für solche Menschen finden, die keine formale Qualifikation nachweisen können. Das gilt übrigens auch für hoch qualifizierte unausgebildete Personen, zum Beispiel Studienabbrecher. Eines der interessantesten Ergebnisse der letzten Monate ist, dass wir mit Sonderprogrammen, die sich an Studienabbrecher wenden, z. B. EDV-Qualifikation als eine Teilqualifikation, ganz enorme Erfolge haben. Wir können diese bisher schwer vermittelbaren jungen Leute, wenn sie nach ein paar Semestern von der Universität oder von der Fachhochschule heruntergegangen sind, tatsächlich dauerhaft als EDV-Fachleute, wenn Sie so wollen, als Angelernte, unterbringen. Es wird also sichtbar, dass wir flexibler werden müssen.

Wir müssen auf die besondere Situation an der Schnittstelle zwischen Schule und Berufsausbildung, z. B. durch Schulsozialarbeit seitens Ihres Ressorts, Frau Kollegin Ahnen, herangehen. Aber auch das Wirtschafts- und das Sozialministerium müssen etwas dazu beitragen. Dann werden wir vermutlich schon im nächsten Jahr nicht mehr über drei etwas schwierige Arbeitsamtsbezirke sprechen müssen, sondern vielleicht nur noch über zwei oder über einen. In wenigen Jahren können wir sagen: Ganz Rheinland-Pfalz ist im grünen Bereich.

Vielen Dank.

(Beifall bei SPD, F.D.P. und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Grimm:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Ich rufe nun Punkt 6 der Tagesordnung auf:

**Gesetz für Schulen in Rheinland-Pfalz (SchuR) - Gesetz zur
Modernisierung des rheinland-pfälzischen Schulrechts
und zur Weiterentwicklung der Schulen im rechtsstaat-
lichen, demokratischen, sozialen, europäisch-föderalen
und ökologischen Verfassungsstaat**
Gesetzentwurf der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Drucksache 13/6130 -
- Zweite Beratung

dazu:

**Beschlussempfehlung des Ausschusses für
Bildung, Wissenschaft und Weiterbildung**
- Drucksache 13/6351 -

Ich erteile der Berichterstatterin, Frau Brede-Hoffmann, das Wort.

Abg. Frau Brede-Hoffmann, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Durch Beschluss des Landtags vom 14. September 2000 ist der Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Gesetz für Schulen in Rheinland-Pfalz, an den Ausschuss für Bildung, Wissenschaft und Weiterbildung und an den Rechtsausschuss überwiesen worden.

Der federführende Ausschuss für Bildung, Wissenschaft und Weiterbildung hat den Gesetzentwurf in seiner 39. Sitzung am 28. September 2000 beraten. Da der Ausschuss für Bildung, Wissenschaft und Weiterbildung in seiner Sitzung am 28. September 2000 die Ablehnung empfohlen hat, fand eine weitere Beratung im mitberatenden Ausschuss gemäß § 81 Abs. 6 Satz 1 der Geschäftsordnung des Landtags nicht statt.

Die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bildung, Wissenschaft und Weiterbildung lautet: Der Gesetzentwurf wird abgelehnt. -

Präsident Grimm:

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die antragstellende Fraktion der Abgeordneten Frau Ise Thomas das Wort.

Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! In Rheinland-Pfalz soll demnächst alles im grünen Bereich sein. Herr Gerster, das ist ein schönes Bild und ein guter Einstieg in die Diskussion um unseren Gesetzentwurf für Schulen in Rheinland-Pfalz.

Frau Brede-Hoffmann hat schon gesagt, die Mehrheit in diesem Landtag wird diesem Gesetzentwurf nicht zustimmen. Aber nichtsdestotrotz sollten wir diese Diskussion noch einmal führen, weil ich glaube, sie lohnt sich.

Die Diskussion um die innere und äußere Schulreform ist in den vergangenen Jahren dieser Legislaturperiode zumindest von uns im Parlament und im Ausschuss beharrlich und ausführlich geführt worden. Dabei waren die Leitworte der Reformdebatte, die nicht nur in Rheinland-Pfalz um die notwendige Schulreform geführt wird, mehr Selbstständigkeit für die Schulen, Qualitätsentwicklung, Integrationskonzepte für behinderte Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnenausbildung, Schulausstattung, insbesondere mit Multimedia. Ich erinnere Sie noch einmal daran: E-Mail für alle, Laptop für alle, Herr Kuhn. - Ich weiß, das, was wirklich gut ist, setzt sich auch

letztendlich durch. Das zeigt auch, dass Sie sich unseren Forderungen, die wir schon vor einiger Zeit aufgestellt haben, diese Woche angeschlossen haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In der Plenarsitzung im Oktober haben Sie noch unseren Antrag abgelehnt. Im November wird das Gleiche mit einem F.D.P.-Plakettchen neu verkauft, allerdings wieder nur im Höfchen des Abgeordnetengebäudes. Herr Kuhn, wenn Sie Ihre Vorschläge in das Parlament tragen würden, würden Sie Ihren eigenen Staatssekretär bloßstellen; denn er ist vom Aufgabenbereich und von seinem Steckepferd für die Multimediaausstattung der Schulen zuständig. Wenn Sie jetzt von ihm etwas fordern, was Sie in den vergangenen Jahren nicht hibekommen haben, dann fragt man sich, wie Sie ihn besser abwatschen können als mit Ihren eigenen Presseerklärungen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -

Kuhn, F.D.P.: Ach nein! Lenken Sie doch nicht von Ihrem desaströsen Schulgesetz ab!)

- Herr Kuhn, Gratulation für Ihre Lernfähigkeit, dass Sie unsere Forderung übernommen haben. Nach diesem kurzen Abstecher in Ihre wahrhaft grüne Seele komme ich zurück zu unserem Gesetzentwurf.

Unser Gesetz für Schulen in Rheinland-Pfalz fasst alle diese Leitworte und Leitbegriffe für Schulreform in einen gesetzlichen Rahmen, in dem sich rheinland-pfälzische Schulen zukünftig bewegen und entwickeln können. Es ist breit anerkannt, was eigentlich im Ausschuss alle Fraktionen, bis auf die CDU-Fraktion, deutlich gemacht haben, dass das derzeit gültige Schulgesetz dieser Aufgabe gar nicht mehr gerecht werden kann. Ich weiß, beim letzten Mal hat sich der eine oder andere über Formulierungen in unserem Gesetzentwurf amüsiert ausgelassen. Ich empfehle Ihnen nur einmal die Lektüre des heute gültigen Gesetzentwurfs. Ich empfehle es auch Ihnen, Herr Mertes. Ich glaube, auch Sie hätten Ihr Vergnügen daran. Das ist durchaus noch einmal eine Lektüre wert.

Wenn wir über ein Schulgesetz diskutieren, dann kann ich dies natürlich so wie Frau Brede-Hoffmann im Ausschuss machen und sagen, Schulreformen sind eigentlich gut und notwendig, aber wir machen das Parlament zu einer Ideenbörse. Wir sammeln Ideen und geben sie weiter an die Schulen und schauen dann, was daraus wird. Mein Verständnis von Parlament ist ein anderes, Frau Brede-Hoffmann. Ich glaube schon, dass Schulen und alle beteiligten Akteure im Lande den Anspruch darauf haben, einen in Gesetzesform gegossenen grundlegenden verlässlichen Rahmen zu haben, der die Schulen und die Akteure nicht erdrückt, sondern ihnen Entwicklungsmöglichkeiten lässt und Entscheidungskompetenz gibt.

Dass wir damit nicht allein stehen, sondern die Unterstützung des Bildungsministers in Rheinland-Pfalz haben, zeigt folgen-

des Zitat. Er hat vor einiger Zeit gesagt: „Erst ein Gesetz setzt Veränderungen an Schulen in Gang.“ Wie wahr! Deswegen diskutieren wir auch über diesen Gesetzentwurf.

Frau Brede-Hoffmann, wenn Sie sich durchsetzen könnten, würden wir vielleicht jetzt auch einen Alternativentwurf von Ihnen diskutieren. Das Problem ist, dass Sie sich gegenseitig in der Regierungskoalition blockieren, zehn Jahre lang Reformstau in der Schule, im Schulwesen produziert haben und ihn nicht überwinden können.

(Schweitzer, SPD: Na so was!)

Sie haben einen umfassenden Reformansatz verpatzt.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -

Schweitzer, SPD: Nennen Sie einen Zeitpunkt, wo man ---)

- Herr Schweitzer, die Menschen in diesem Land sollten auch wissen, dass diese Blockade fortgeführt wird, wenn die Koalition fortgeführt wird.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Blockade?)

Die ideologischen Hüter der liberalen Bildungspolitik stellen sich vor die Tür.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -

Zuruf des Abg. Schweitzer, SPD)

Sie kommen kaum über Einzelaktionen, Modellprojekte und ähnliche Versuche hinaus, wenn Sie vorankommen wollen.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Das ist wohl wirklich lächerlich! Wo waren Sie in den letzten fünf Jahren?)

Schauen Sie sich die Diskussion um das Elitelymnasium an.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Wollen Sie eins? Interessant!)

Schauen Sie sich an, dass Sie mit einer Reformierung der Lehrer- und Lehrerinnenausbildung nicht vorankommen. Schauen Sie sich diese Punkte an.

Frau Brede-Hoffmann, Sie wissen, wie entscheidend und notwendig es ist, gerade die Lehrer- und Lehrerinnenausbildung jetzt attraktiv zu machen, und zwar dem Schulalltag angepasst.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Wer hat den Antrag beschlossen?)

- Wissen Sie, von wem der Antrag schon 1999 zur Reform der Lehrerinnenausbildung war? Er kam von unserer Fraktion.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -
Zuruf der Abg. Frau Brede-Hoffman, SPD)

Sie haben es erst jetzt geschafft, es überhaupt in den Ausschuss zu bringen. Es ist so spät, dass man nicht mehr zu einer gescheiterten Beratung kommt.

(Zuruf der Abg. Frau Brede-Hoffman, SPD)

Das können Sie sich gemeinsam mit Ihrem Koalitionspartner anziehen.

(Zuruf des Abg. Kuhn, F.D.P.)

In unserem Gesetz sind diese Vorschläge zur Lehrer- und Lehrerinnenausbildung wieder da.

(Zuruf der Abg. Frau Brede-Hoffman, SPD)

Wenn Ihr zuständiger Minister schon frustriert oder vielleicht hoffnungsfroh auf die nächste Legislaturperiode verweist und sagt, dann können wir ein Schulgesetz und vielleicht die Lehrerinnen- und Lehrerausbildung reformieren, dann frage ich, wer anders könnte Ihnen ein solch schlechtes Zeugnis ausstellen als Ihr eigener zuständiger Ressortchef.

(Vereinzelt Beifall bei dem
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -
Frau Brede-Hoffmann, SPD:
Sehr weit hergeholt!)

Im Bemühen, den dünnen Kitt zwischen den Koalitionsfraktionen nicht zu gefährden, scheuen Sie tatsächlich die Auseinandersetzung im parlamentarischen Alltag. Deswegen weichen Sie immer in das Höfchen vom Abgeordnetengebäude aus, Herr Kuhn.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Deswegen
stellen wir auch all diese Anträge!)

Dort stellen Sie Ihre Forderungen auf.

Zur Lehrer- und Lehrerinnenausbildung haben wir in diesem Schulgesetz konkrete Vorschläge gemacht.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Das haben
wir oft genug gehört!)

Das konnte man angehen. Die Diskussion um die Dreiviertelstellen ist das eine. Die Diskussion und der Weitblick auf den Arbeitsmarkt für Lehrer und Lehrerinnen ist das andere. Das ist essenziell.

Meine Damen und Herren, wenn wir sagen, innere und äußere Schulreform, dann ist das ein ganz wesentliches Element,

dass man unter dem Stichwort „Selbstverwaltung der Schulen“ diese Strukturen im rheinland-pfälzischen Schulwesen verändert und umstellt. Frau Brede-Hoffmann, Sie haben im Ausschuss selbst gesagt, dass das modernisierungsbedürftig ist, Stichwort „Selbstverwaltung“.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Ja, das
sage ich gleich noch einmal!)

Auch Herr Kuhn zweifelt nicht daran, dass Schulen mehr Selbstverantwortung benötigen. Auch Herr Zöllner sagt, aus Sicht der Landesregierung bestehe kein Zweifel, dass die Zukunft der Schulen in Rheinland-Pfalz ein größeres Maß an Selbstverantwortung und Handlungsfähigkeit mit sich bringen müsse, was später in einen gesetzlichen Rahmen gefasst werden müsse.

(Zuruf der Abg. Frau Brede-Hoffman, SPD)

- Das sagt Herr Zöllner. Frau Brede-Hoffmann, vielleicht setzen Sie sich mit ihm auseinander.

Mit einer strukturkonservativen F.D.P. in der Bildungspolitik kommen Sie keinen Schritt voran.

Wenn wir neue Strukturen und mehr Eigenständigkeit haben wollen, ist für uns entscheidend, dass es mit allen Akteurinnen und Akteuren in der Schule einhergehen muss und nicht beim Schulleiter endet.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Deswegen
haben Sie die Schulleiter
rechtlos gemacht!)

Deswegen haben wir vorgeschlagen, ein Schulforum einzuführen. Es gibt ganz aktuelle Beispiele für solche Beteiligungsformen. Das können Sie nachlesen. In Konstanz werden mit einer Open-Space-Methode mit 750 Schülern und Schülerinnen Vorschläge erarbeitet, wie man den Schullalltag verbessern kann.

(Kuhn, F.D.P.: Ja, und?)

Das ist eine Arbeitsmethode. Herr Kuhn, dazu gehört, dass man die Voraussetzungen dafür schafft, dass Sie tatsächlich mitentscheiden und mit Verantwortung tragen und nicht in Projekte abgeschoben werden, in denen sie etwas entwickeln können.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die Partizipation bei der Schulgestaltung ist für uns zentral. Schülerinnen, Lehrer, Eltern wollen wir beteiligen. Aber wir legen es auch weiter aus. Universitäten, Hochschulen, Wirtschaft sollen natürlich mitwirken können, zum Beispiel über die Schulentwicklung, bei der Mitwirkung an Lernrahmenplänen.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Ich dachte,
die Menschen ---)

Meine Damen und Herren, wir haben neue Querschnittsaufgaben mit in diesem Schulgesetz als Aufgaben formuliert, nichtdeutsche Schülerinnen zu integrieren, Gewaltprävention als Verpflichtung in die Schule mit hineinzunehmen, Bildungsinhalte auf Nachhaltigkeit auszurichten, aber auch Stärkung der demokratischen Idee, Förderung des Ehrenamts oder des europäischen Gedankens. Das sind alles Bildungsinhalte und -ziele, die man nicht übersehen kann.

Ich sage auch ein Wort zum Thema berufsbildende Schulen. Ich kann hier nicht das komplette Gesetz vorstellen.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Schade! -
Mertes, SPD: Sie lassen uns voll-
kommen dumm zurück!)

Bei berufsbildenden Schulen haben wir vorgeschlagen, einen neuen Schultyp einzuführen, nämlich die Berufsoberschule, um die Voraussetzungen für junge Menschen zu verbessern,

(Glocke des Präsidenten)

die einen Zugang zu Hochschulen suchen. Allerdings sind das konkrete und umsetzbare Vorschläge im Vergleich zu dem, was Sie an Verbesserungen für berufsbildende Schulen vorgeschlagen haben und womit Sie jetzt aufwarten und womit Sie Ihren Staatssekretär Glahn doppelt abwatschen, weil auch das in seinem Zuständigkeitsbereich liegt. Sie können nicht Träumereien im Höfchen des Abgeordnetenhauses machen und hier nicht zur Sache kommen. Fordern können Sie gar nichts. Was Sie tun müssen, ist handeln.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit unserem Gesetzentwurf haben wir gehandelt. Wir haben eine Vorlage gemacht. Ich bin gespannt auf Ihre Stellungnahme. Ich weiß, dass wir mit diesem Gesetzentwurf vielleicht nicht in jedem Detail auf Ihrer Linie liegen, aber etwas wollen wir voranbringen. Ich weiß, es ist der richtige Weg. Wir waren aktiv.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -
Mertes, SPD: Da war heute die Leidenschaft größer als die Substanz!)

Präsident Grimm:

Für die SPD-Fraktion erteile ich der Abgeordneten Frau Brede-Hoffmann das Wort.

Abg. Frau Brede-Hoffmann, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Thomas, auf Ihren letzten Satz sage ich Folgendes: Vielleicht waren dieje-

nigen, die das Gesetz geschrieben haben, ein wenig hyperaktiv. Jedenfalls die äußere Form, der Umfang und die Detailhaftigkeit lassen ein bisschen darauf schließen.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Aber nur ein bisschen!)

Ich will dieses Mal versuchen, nicht die Komikstelle Ihres Gesetzentwurfs zu behandeln, sondern doch versuchen, ganz kurz die Idee, die Sie hatten - wir brauchen nämlich ein neues Schulgesetz - beleuchten und betrachten und sagen: Was steht drin? Was bedeutet das? Was haben wir? - Unsere Schulen haben heute ein Schulgesetz, das aus dem Jahr 1975 stammt. Es hat im Lauf der Zeit viele Veränderungen erlebt.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Es ist nicht besser geworden!)

- Ich glaube, wir sind uns alle einig, wahrscheinlich sogar auch die Fraktion der CDU, es ist kein modernes Gesetz mehr in Sprache und Duktus. Sicherlich nicht. Es ist aber dennoch ein ehrliches und verlässliches Gesetz, was es heute möglich macht und in der zurückliegenden Zeit möglich gemacht hat, dass verlässlich jeden Tag auf dieser Basis entschieden werden konnte.

Das geschah von Schulen, Schulträgern, Schulaufsicht, Ministerium und allen an der Schule Beteiligten. Eltern wussten, woran sie waren. In den vergangenen Jahren sind wesentliche Reformideen eingebaut worden. Das sage ich so weit zu Ihrer Blockade.

Frau Kollegin, Sie scheinen irgendwie nicht dabeigewesen zu sein, als wir mehrfach dieses Gesetz geändert haben, als wir mehr Elternrecht, mehr Schülerrechte in dieses Gesetz hineingebracht haben,

(Zuruf der Abg. Frau Thomas,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

als wir die Reformprojekte Regionale Schule und Volle Halbtagsschule flächendeckend umgesetzt, eingeführt und anschließend im Schulgesetz verankert haben.

(Vizepräsident Schuler übernimmt
den Vorsitz)

Wir haben große Reformvorhaben in dieses Schulgesetz hineingebracht.

Ich möchte betonen, dieses Schulgesetz hat seine Funktions- und Steuerfähigkeit immer noch, auch wenn der Duktus vielleicht der Duktus des Jahres 1975 ist. Die daraus resultierenden Verwaltungs- und Rechtsvorschriften sind auf neuestem Stand und lassen Schulen und alle an der Schule Beteiligten jeden Tag wissen, woran sie sind und was in dieser Schule Sache ist.

Auch bereits jetzt ist es in diesem Schulgesetz möglich, Freiräume für Schulen, wesentlich mehr Selbstständigkeit und Selbstverantwortung einzuräumen. Das ist mir auch ganz wichtig. Der Alltag in den Schulen beweist es. Alle Schulen, die sich auf den Weg gemacht haben, beweisen es. Neue pädagogische und didaktische Wege in den Schulen sind auch bereits in diesem Schulgesetz möglich. Das allein ist nicht der Grund, ein neues Gesetz zu schreiben.

(Zuruf der Abg. Frau Thomas,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben sogar noch erklärt, sie würden das Schulgesetz so vereinfachen und verschlanken, dass gar keine Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften notwendig seien. Letztes Mal habe ich darauf hingewiesen, dass Sie an ungezählten Stellen neue Ermächtigungen und Rechtsverordnungen erlassen wollen. Damit machen Sie einen wesentlich aufgeblähteren Vorschlag, als er bis jetzt vorliegt und handhabbar ist.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Sie machen noch ein weiteres: Sie verschieben Zuständigkeitsebenen. Ich glaube, das ist etwas, worüber man sehr stark nachdenken muss. Das bedeutet in der Realität ihres Gesetzes, dass Sie die wesentlich an Schule Beteiligten, die heutigen Entscheidungsträger, entmachten. Sie lassen die Zuständigkeiten nämlich nicht dort, wo sie sind, in der einzelnen Schule, in dem konstruktiven Miteinander von Schulaufsicht und Schule, oder noch wesentlicher, in der wissenschaftlichen Arbeit von Lehrplankommissionen, sondern Sie verschieben diese Aufgaben zum einen in ehrenamtliche Gremien und zum anderen vor allen Dingen in Entscheidungen des Parlaments. Entscheidungen, die heute Ministerium und Schulaufsicht treffen, sollen künftig nach Ihrem Vorschlag Parlamente entscheiden bzw. Ausschüsse des Parlaments.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Grundsätzliche! Nichts anderes
als grundsätzliche!)

- Nicht die Grundsätze, sondern die Ausführungen. Sie müssen Ihr eigenes Gesetz lesen. Sie nehmen damit der Schule ihre eigentliche Verantwortung. Wenn Sie sagen, Sie haben das Gesetz geschrieben, um mehr Verantwortung an die Schulen zu geben, kann ich nur sagen, schlecht gedacht, Sie machen das Gegenteil. Sie nehmen der Schule ihre Verantwortung. Sie nehmen der Schule die Chance, im Miteinander mit Universitäten und Fachhochschulen, auf die Sie auch so viel Wert legen, pädagogische Konzepte neu zu entwickeln, Sie setzen diese Konzepte sogar dem Zufall politischer Mehrheitsentscheidungen bei Wahlen aus.

(Vereinzelt Beifall bei SPD
und F.D.P.)

Ich kann darin keinen Fortschritt und kein Mehr an Verantwortung sehen, sondern ich kann damit nur noch ein Mehr an Gefahr und ein Mehr an möglicher Beliebigkeit sehen.

(Kuhn, F.D.P.: Sehr richtig!)

Dann tun Sie in Ihrem Gesetz noch etwas. Das finde ich im Besonderen bedenklich. Sie verkomplizieren das Arbeiten an den Schulen und ganz extrem in den Schulbehörden. Statt Selbstverantwortung kommt ein Wust von Abstimmung und Berichtspflicht auf die Schulen zu. Nach Ihrem Gesetzentwurf verlieren sich Schulleitungen im Organisieren differenzierter Beteiligungs- und Abstimmungsverfahren, im Studieren von Internetkommentierungen zu beabsichtigten Bildungsplänen, im Bemühen, ehrenamtlich tätige Eltern und Jugendliche für eine kontinuierliche Mitarbeit im Schulforum, dem konstituierenden Element Ihrer Schulpolitik, zu motivieren, bei der Stange zu halten

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Da unterschätzen Sie aber die Schulleitungen! Das fällt Ihnen
vielleicht schwer!)

- eine wahrscheinlich wirklich sehr komplizierte Arbeit -, ohne dann, weil diese Schulleitung nämlich stimmrechtslos ist, selbst an der Gestaltung von Inhalt und Struktur des Schullebens teilnehmen zu können.

(Schweitzer, SPD: Findet dann
noch Unterricht statt?)

Schulleben wird in Ihrem Gesetz in einem Maß einflusslos, dass man sich wirklich fragen muss, was Sie glauben, welche Pädagoginnen und Pädagogen sich für eine solche Position zur Verfügung stellen. In einem ganz komplizierten, zeitaufwendigen Verfahren kommen diese Menschen überhaupt erst in das Amt einer Schulleitung.

(Schweitzer, SPD: Das ist die
unterrichtsfreie Schule!)

Sie werden dann mit den vielfältigsten Aufgaben von Schulorganisation betraut. Aber überall dort und überall dann, wenn entschieden werden soll, wenn Leitlinien entwickelt und Maßnahmen beschlossen werden sollen oder wenn Konflikte geregelt werden müssen, dann sitzt diese Schulleitung rechtlos und vor allen Dingen dann wahrscheinlich nach kürzester Zeit auch ziemlich teilnahmslos daneben. Wer eigentlich soll sich diese Aufgabe von Schulleitung antun? Wie sieht denn Ihr Bild von Pädagogen tatsächlich aus?

Sie reden ständig von Lehrerbildung, und Sie schreiben uns ein Bild von Pädagoginnen in Schulleitungen vor, die sich wirklich als Kasper irgendwo her ihre Beschlüsse holen und

ausführen müssen, ohne auch nur den Hauch der eigenen Mitwirkung zu haben.

(Vereinzelte Beifall bei
SPD und F.D.P.)

Für mich ist es deshalb kein Wunder, dass sich die Lehrverbände bei der von Ihnen durchgeführten Anhörung in Ihrer Fraktion mit aller Entschiedenheit gegen diesen Gesetzentwurf gewandt haben und sie die hohe Regelungsdichte und die Entmachtung von Schulleitungen heftig kritisiert haben. Aber zu meiner Beruhigung hat Herr Dahm im Ausschuss gesagt, dieses Gesetz muss sicherlich an ganz vielen Stellen noch nachgebessert werden. Das ist längst nicht der letzte Stand. Wir müssen über vieles noch nachdenken.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Hat er nicht gesagt!)

Wir sind auch der Meinung, dass man über viele Themen der Bildung noch nachdenken muss und man in einer Zeit, in der sich Gesellschaft und Wirtschaft so dramatisch wandeln, wie das im Moment geschieht, auch das Bildungssystem ganz stark unter die Lupe nehmen muss, neue Ideen entwickeln muss, neue Methoden in der Schule einführen und neue Strukturen durchsetzen muss. Das haben wir in diesem Parlament mit Anträgen angeregt.

(Frau Grützmaker, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Umsetzen!)

Wir haben Anträge zur Qualitätssicherung, zur Lehrerbildung, zu Multimedia in der Schule und vielem mehr gestellt, um genau diese Diskussion zu führen, um dem Bildungsministerium, dem Ministerium, das die Aufgabe hat, die Konzepte zu entwickeln und umzusetzen, die Leitlinien zu geben. Dafür sind wir in diesem Parlament zuständig. Diese Ideenbörse haben wir zu leisten. Ich wiederhole das. Wir arbeiten an weiteren Fragen. Wir arbeiten im Parlament, und wir arbeiten in den Fraktionen an der Frage eines neuen Konzepts zur Integration Beeinträchtigter in den Regelunterricht.

(Franzmann, SPD: Jawohl!)

Wir arbeiten an der Frage effektiver Beteiligung von Schulen beim Einstellungsverfahren junger Lehrerinnen und Lehrer. Wir arbeiten an der Frage leistungsorientierter Besoldung von besonders engagierten Lehrkräften.

(Beifall des Abg. Franzmann, SPD)

Aber all diese Fragen, die wir im Moment erarbeiten, sind längst nicht in dem Zustand, in ein Gesetz gekleidet zu werden, so wie Sie das bereits tun. Wie wollen sie mit den beteiligten Schulen, mit den an Schule beteiligten Menschen diskutieren. Wir vertrauen dabei - das sage ich Ihnen ganz deutlich - auf das bis jetzt vorliegende Schulgesetz, auf die bis jetzt vorhandenen Verantwortlichkeiten in Schulverwaltung, im Ministerium, in Schulaufsicht, in den Schulen selbst.

Meine Damen und Herren, mir scheint, nicht ein neues Gesetz macht die Schule besser, sondern die Diskussion darüber, eine gesellschaftspolitische, eine pädagogische Diskussion, die wir anzustoßen und zu führen haben. Wir lehnen deswegen Ihren Gesetzentwurf, der viel zu detailversessen ist, der Schulen überfordert, der viel zu viel Zuverlässigkeit von in der Schule ehrenamtlich tätigen Menschen verlangt, der die eigentlich verantwortlichen Schulleitungen entmachtet, der Exekutivverantwortung an die Legislative schiebt, ab. Wir glauben, dass unsere Schulen Hilfe und Beratung brauchen und nicht Bevormundung. Wir denken, nicht die Schulwirklichkeit sollte ignoriert werden, sondern das tatsächliche Schulleben sollte der Gegenstand sein, mit dem wir uns beschäftigen.

Frau Kollegin, zu guter Letzt, Ihr Gesetzentwurf - wenn Sie ihn einmal anschauen, vor allen Dingen dort, wo über die Arbeitszeit von Lehrerinnen und Lehrern geredet wird - ist schlechterdings einfach nicht mehr bezahlbar. Einen solchen Gesetzentwurf lehnen wir ab.

(Beifall bei SPD und F.D.P. -
Schweitzer, SPD: Wieso? Wir haben
doch die unterrichtsfreie Schule!)

Vizepräsident Schuler:

Herr Kollege Dahm, ich erteile Ihnen zu einer Kurzintervention das Wort.

Abg. Dahm, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Brede-Hoffmann, ich kann nicht auf alles eingehen, was Sie gesagt haben - das will ich auch nicht -, aber wichtig ist mir noch einmal, auf das Thema „Schulforum“ einzugehen, weil Sie die Arbeit, die dort verrichtet werden könnte, doch ein bisschen sehr ins Lächerliche gezogen haben.

Ich darf noch einmal darauf hinweisen, Schule ist in jedem Fall nicht mit einem Betrieb zu vergleichen. Da sind wir uns einig. Aber die Wirtschaft hat Organisationsstrukturen hervorgebracht, die man durchaus auch diskutieren kann, dass man durchaus auch solche Strukturen im Bildungssystem implementieren kann.

(Kuhn, F.D.P.: Qualitätsmanagement!
Machen wir doch!)

- Herr Kuhn, Sie müssten eigentlich dafür sein. Sie wissen ganz genau, wie das bei öffentlichen Unternehmen ist. Die haben Verwaltungsräte, oder bei Aktiengesellschaften gibt es Aufsichtsräte. Ich bin selbst ehrenamtlich zehn Jahre Mitglied in einem Verwaltungsrat einer Sparkasse gewesen.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Da kriegt
man viel Sitzungsgeld!)

Wir haben dort über eine Bilanzsumme von über 1 Milliarde DM entschieden. Wir haben über Grundsätze der regionalen Sparkassenpolitik entschieden. Wir haben ganz wichtige Entscheidungen getroffen, obwohl wir dort ehrenamtlich tätig waren und in dem Fall nicht direkt vom Fach waren.

Was ich sagen will, ist, dass wir solche Organisationsprinzipien, die sich bewährt haben, nämlich ausführende und kontrollierende Organe, in den Schulen durchaus anwenden können. Dann ist natürlich die Frage, auf die Sie es kapriziert haben: Ist der Schulleiter jetzt eher vergleichbar mit einem Schulmanager, der die Schule leitet, oder ist er eine solche Zwitterperson, dass er auch im Aufsichtsorgan letztendlich auch noch Stimmrecht haben muss und entscheiden darf, was dort passiert? Das Zweite ist das, was Sie wollen. Aber das hat überhaupt nichts mehr mit modernen Grundsätzen von Organisationsstrukturen zu tun, die Sie uns hier vermitteln.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nein, es ist durchaus möglich, dass auch die Organe, wie das Schulforum, die Aufsicht führen und die grundlegenden Entscheidungen vorbereiten, die dann ein Leitungsgremium durchführt. Aber ich habe Ihnen im Ausschuss auch gesagt, ich wäre auch damit einverstanden, wenn wir uns einigen könnten. Dann könnten wir auch im Schulforum sowohl dem Schulträger als auch dem Schulleiter ein zusätzliches Stimmrecht mit einräumen. Über solche Dinge können wir uns unterhalten.

(Zuruf des Abg. Schweitzer, SPD)

- Herr Schweitzer, entschuldigen Sie, im Ausschuss ist doch die Diskussion überhaupt nicht geführt worden. Wir haben doch gesagt: Lasst uns doch einmal eine Anhörung dazu machen, damit wir gerade diese Probleme dann auch besprechen können. - Das wurde doch abgelehnt. Sie haben es abgelehnt, über ein Gesetzeswerk von über 200 Paragraphen überhaupt nur einen einzigen Experten zu hören. Sie wollen es doch gar nicht. Frau Brede-Hoffmann. Sie wollen doch gar nicht die ernsthafte Diskussion über diesen Reformprozess,

(Glocke des Präsidenten)

der dringend notwendig ist und unbedingt vonstatten gehen muss.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Schuler:

Zu einer Erwiderung auf eine Kurzintervention erteile ich der Kollegin Frau Brede-Hoffmann das Wort.

Abg. Frau Brede-Hoffmann, SPD:

Herr Dahm, das, was Sie erklärt haben, ist „echt komisch“ gewesen: die Ehrenamtlichkeit eines erwachsenen Menschen, der in einem Verwaltungsrat einer Sparkasse sitzt und vielleicht drei Mal oder vier Mal im Jahr dorthin gehen muss, dann nach Studium einiger Unterlagen dort drei bis vier Stunden mitarbeitet. - Auf der Grundlage eines Vorstands, der sehr wohl seine Geschäfte entscheiden und im Detail die Geschäfte der Sparkasse lenken kann, wird ein Verwaltungsratsmitglied dort tätig.

(Zuruf der Abg. Frau Thomas,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das vergleichen Sie mit dem Konstrukt eines Schulforums, das Sie uns in Ihrem Gesetzentwurf vorgelegt haben, das über Konflikte, Einstellungen, Lehrpläne und alles, was diese Schulen inhaltlich prägt, dauernd zu entscheiden hat.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das steht dort überhaupt nicht drin!)

Wir haben es in den allermeisten Schulen fast immer und überall mit noch nicht volljährigen Schülerinnen und Schülern zu tun, die weiß Gott mit ihrer Zeiteinteilung hin und wieder etwas ins Schleudern kommen. Jeder, der Kinder hat, weiß das. Diese müssen dazu noch Arbeit im Schulforum verlässlich und für das Institut Schule zuverlässig machen. Das Geschäft der Schule gerät ins Wanken, wenn sich dort die Abteilung der Schülerinnen und Schüler im Schulforum verabschiedet, weil morgen eine Lateinarbeit oder eine sonstige Prüfung ansteht oder vielleicht eine Klassenfahrt gemacht wird. Das Gleiche gilt für die Eltern.

Ich möchte wissen, welche Eltern tatsächlich bereit sind, sich zu verpflichten, mindestens ein Schuljahr lang - ich weiß nicht, wie oft im Monat - im Schulforum auch jede Kleinigkeit mit zu entscheiden und das auf der Basis eines Vorstands der Schule, der keine eigene Entscheidung hat. Das ist wohl irgendwo eine verdrehte Welt, abgesehen davon, dass ich mich frage, für was wir uns eigentlich einig waren, Management-schulungen für unsere Schulleitungen durchzuführen, unseren Schulleitungen Qualifikationen zu vermitteln, die sie in die Lage versetzen - wie Sie dies sagen -, eine Schule ähnlich einem modernen Betrieb zu leiten. Wer bitte möchte Manager ohne Verantwortung werden? - Den möchte ich in der Wirtschaft gern einmal treffen. Ich habe jedenfalls noch nicht gehört, dass dies so sein soll.

(Beifall bei SPD und F.D.P. -

Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN;
meldet sich zu Wort)

Vizepräsident Schuler:

Frau Kollegin Thomas, Sie können nur auf die Rednerin, nicht auf den Widerspruch eingehen.

Zu einer Kurzintervention erteile ich der Abgeordneten Frau Thomas das Wort.

Bitte.

Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Brede-Hoffmann, angenommen, unser Ministerpräsident, Herr Beck, wäre neben seinem Amt als Ministerpräsident nicht zusätzlich Abgeordneter, sondern er wäre nur Ministerpräsident, wäre er dann nach ihrer Definition ein „Kasper“? - Das ist die Frage, die ich mir eben gestellt habe, als Sie gesagt haben, ein Schulleiter ohne Stimmrecht in einem Schulforum wäre ein „Kasper“.

(Schweitzer, SPD: Sie reiten sich immer mehr hinein!)

Genau das ist es. Er hat mehr Zuständigkeiten und Verantwortung als ein Schulleiter. Wenn er nicht sein Abgeordnetenmandat und damit im Parlament auch kein Stimmrecht hätte, dann würde er tatsächlich seine Arbeit auch verantwortungsvoll ausüben wollen. Also hören Sie auf mit Ihren Horrorgemälden und ihren sonstigen Geschichten.

(Pörksen, SPD: Was meinen Sie damit?)

Wer sagt denn außer Ihnen, dass ein Schulforum vier Mal im Monat tagen soll. Das Schulforum soll grundsätzlich ---

(Zuruf des Abg. Mertes, SPD)

- Vielleicht schreien wir beide nicht mehr so, dann geht es ein bisschen besser.

Das Schulforum soll über grundsätzliche Dinge entscheiden. Ich sage Ihnen ein paar Beispiele: Ziele und besondere Schwerpunkte der Schule. - Dafür muss ich nicht monatlich x-mal tagen. Das andere Beispiel: Bildungspläne. - Auch darüber brauche ich nicht grundsätzlich monatlich mehrfach zu tagen. Grundsätze der Leistungsbeurteilung; Auch dafür brauche ich eine Grundsatzentscheidung, und das war es. - Oder Kooperation mit anderen Schulen. Also bleiben Sie doch einmal auf dem Fußboden und heben Sie nicht ab mit ihren Horrorgemälden. Dieses Schulforum ist eine Form der Beteiligung, die man in der Ausgestaltung so nutzen kann und die genau denjenigen, die als Akteure an den Schulen mitwirken, auch einen Teil Verantwortung gibt. Dann schalten Sie sich auch konkret in Entscheidungen ein.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Schuler:

Zu einer letzten Erwiderung erteile ich der Abgeordneten Frau Brede-Hoffmann das Wort. Oder wollten Sie gar nicht mehr?

Dann hat Herr Kollege Lelle das Wort.

Abg. Lelle, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist mit einem Schulgesetz mit 205 Paragraphen angetreten,

(Pörksen, SPD: Viel zu wenig!)

um den Bildungsstau aufzulösen. Ich denke, dies ist aber nicht gelungen, weil Sie die Schule mit einem Wulst von neuen Vorschriften und mit einer ungeheuer hohen Regelungsdichte in vielen Bereichen überziehen. Dies ist auch nicht gelungen, weil sie immer noch von der autonomen Schule als dem absoluten Ziel sprechen. Diese autonome Schule ist meiner Meinung nach doch sehr problematisch.

Sie schaffen neue Unübersichtlichkeiten mit diesem Gesetz. Damit Reformstau aufzulösen, halte ich für mehr als unwahrscheinlich. Sie sprechen vom erhaltenswerten gegliederten Schulsystem. In mehreren Paragraphen wird deutlich, dass sie nach wie vor die IGS als die einzig wahre Schulform ansehen und nach wie vor glorifizieren.

Frau Thomas, ideologische Scheuklappen werden da deutlich, wenn ich an die Entwicklung in Nordrhein-Westfalen oder an die TIMS-Studie denke.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich auf einige Einzelaspekte näher eingehen. Ich stimme den GRÜNEN zu, wenn sie sagen, wir brauchen eine Stärkung des Parlaments in den Bildungsfragen; denn es ist wahr, dass in der Vergangenheit viele wichtige Verwaltungsvorschriften an uns vorbeigelaufen sind, ob das die Ansparstunden oder die Stundenplankürzungen sind. Ich könnte noch bedeutend mehr nennen. Das ist eine Fehlentwicklung. Ich glaube, dem müssen wir entgegenwirken. Hier ist die Schwächung des Parlaments zu sehen und zu verbessern.

(Beifall des Abg. Dahm, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auf der anderen Seite fordern die GRÜNEN mit ihrem Gesetz eine Stärkung der kommunalen Verantwortlichkeit. Richtig ist natürlich, dass man manches vor Ort besser entscheiden könnte. Aber vom Grundsatz her, so, wie Sie das initiieren wollen, ist das dennoch falsch; denn die Bildungspolitik hat zunächst einmal die Qualität der Bildung im Auge zu behalten. Die Kommunalpolitik - das wissen wir alle, die wir aus diesem Bereich kommen - hat sehr oft ganz andere Interessen. Gelegentlich muss man dort auch von Eigennutz spre-

chen, Ihr Schulgesetz würde ohne Zweifel diese Tendenz verstärken.

Ich möchte einwenden, dass das Land gerade in der Bildungspolitik in der Verantwortung steht. In der Landesverfassung ist dies schon festgehalten. Das Land muss diesem Bildungsauftrag gerecht werden. Die Landesregierung muss für Rahmenbedingungen, für die Qualität der Lehrerbildung und für die Qualität des Unterrichts verantwortlich bleiben.

Meiner Meinung nach ist es Unsinn, der Einzelschule einen Rechenschaftsbericht über die Verwirklichung des Bildungsauftrags „aufs Auge zu drücken“. Meiner Meinung nach gibt es nicht das Versagen einer Einzelschule. Es gibt höchstens das Versagen im Schulalltag in Bezug auf den einzelnen Schüler. Wer will hier objektiv urteilen? Wer könnte dies überhaupt? - Also was soll dieser Rechenschaftsbericht? Er wird überhaupt nichts bringen.

(Zuruf der Abg. Frau Thomas,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Es ist die Frage, mit wem ich dies diskutiere und wer hierzu kompetent ist. Ein kommunales Gremium ist - jedenfalls meiner Meinung nach - nicht kompetent, diese Fragen ernsthaft zu erörtern.

(Beifall bei der CDU)

Sie weiten auch den Auftrag der Schule in einem Punkt aus, der sich zunächst einmal gut anhört, aber zu hinterfragen ist. Sie schreiben, dass Schulen mit dem Ziel fördern sollen, dass sie oder er durch eine allgemeine grundlegende Bildung verantwortlich am Leben in dieser und anderen Kulturen teilnehmen kann. Ich frage Sie, was das heißt.

(Zuruf der Abg. Frau Thomas,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie wollen Sie das bewerkstelligen? Ich bin nicht der Auffassung, dass es möglich ist, dass sich ein junger Mensch in allen Kulturen zurechtfinden kann. Wenn das nicht der Fall ist, lassen Sie welche außen vor? Überfordern wir nicht mit einem solchen Anspruch die Schüler? Geht es nicht in Wirklichkeit darum, dass wir zur Toleranz und Achtung anderer Kulturen erziehen müssen? Deshalb sollten wir auch darauf Wert legen.

Ihre Aussage zur Integration behinderter Schülerinnen und Schüler ist ebenfalls sehr fragwürdig. Sie fordern die grundsätzliche Integration Behinderter in der Regelschule. Das bedeutet zunächst einmal, dass entsprechende Lehrerzuweisungen vorhanden sein und entsprechende bauliche Voraussetzungen geschaffen werden müssen. Davon sind wir aber noch meilenweit entfernt.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Deshalb haben wir ein Maßnahmenmodell vorgeschlagen!)

- Ich bin nicht der Meinung, dass das deshalb umsetzbar ist. Es ist auch deshalb nicht umsetzbar, weil die Eltern das nicht in dem Umfang wünschen, wie Sie es propagieren.

Ihr Vorschlag - das ist auch in Ihrer Presseerklärung deutlich geworden - bedeutet das Ende der Sonderschulen. Das bedeutet auch einen Verzicht auf die speziellen Fördermöglichkeiten dieser Schulkart. Wir haben erhebliche Bedenken, dies zu realisieren.

Ich gebe Ihnen allerdings Recht, dass wir in Bezug auf die Namensgebung eine Änderung vornehmen müssen und Förderschulen und Fördermöglichkeiten stärker ins Auge gefasst werden müssen.

Der Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN kennt nur noch Bildungsgänge und Schulstufen. Zwar ist vom gegliederten Schulsystem die Rede, aber § 19 Abs. 3 des Gesetzentwurfs verrät die eigentliche Absicht, nämlich die flächendeckende Einführung der IGS. Das ist zunächst einmal Augenwischerei gegenüber der Öffentlichkeit. Sagen Sie doch klar und deutlich, was Sie wollen. Meine diesbezüglichen Bedenken habe ich bereits geäußert.

Unausgegoren ist auch der Vorschlag, die Personalverwaltung voll und ganz auf die Schulen zu übertragen. Die Schule vor Ort kennt doch überhaupt nicht die gesamte Bewerberliste. Die Übersicht fehlt doch. Die Rangliste der Bewerber und deren Prüfungsergebnisse müssten außen vor bleiben. Wenn die Stellenbesetzung nur nach Ausschreibungen und gemäß einem ganzen Katalog von notwendigen Schritten, die Sie den Schulen aufbürden wollen, vorgenommen würde, so wie es im Schulforum, das ich noch ansprechen werde, der Fall sein würde, würden die Lehrerinnen und Lehrer aus den Konferenzen überhaupt nicht mehr herauskommen. Sie müssten Konferenzen, aber keinen Unterricht mehr halten. Das halte ich für dem Ganzen abträglich.

Frau Thomas, Sie haben eine neue Arbeitszeitdefinition - 40 : 40 : 20 - vorgenommen. Auf der Grundlage von 40-Wochenstunden bedeutet das, dass jeder Lehrer in Zukunft nur noch zur Unterrichtung von 16 Wochenstunden verpflichtet ist.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Sie rechnen schon wieder falsch!)

Wie wollen Sie das realisieren? Das ist eine Märchenstunde, von der Sie Abstand nehmen sollten. Das ist keine solide Bildungspolitik.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Was Sie erzählen, ist eine Märchenstunde!)

Sie schaffen neue Gremien, wie zum Beispiel das Schulforum, dessen Zusammensetzung klar ist, aber erstaunlicherweise räumen Sie der Schulleitung wieder nur beratende Funktio-

nen ein. Die Schulleitung ist doch im Wesentlichen verantwortlich. Wenn man sich den Katalog der Zuständigkeiten des Forums vor Augen hält, kann man dem VLBS nur zustimmen, der diesbezüglich erhebliche verfassungsrechtliche Bedenken vorgebracht hat. Eine andere Legitimation für staatliches Handeln als die, die vom Parlament ausgeht, kann und darf es nicht geben. Diese Foren verfügen über Kompetenzen, die ganz klar staatliches Handeln beinhalten. Deshalb ist dies abzulehnen.

Ich komme zum Schluss: Der Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN überzieht die Schule mit einem Netz von Überregulierung. Ich will einige Bestandteile dieses Netzes nennen: Die Antidiskriminierungspläne, die Hausaufgabenregelung und die Gleichstellung bei Besetzungen von Ausschüssen, Kommissionen und sonstigen Gremien. Sind Sie wirklich der Meinung, dass das im Schulalltag ein Thema ist? Jeder Schulleiter ist froh, wenn jemand in diesen Gremien mitarbeitet.

Ein weiteres Beispiel ist die Vorgabe, dass für alle Bildungsangebote Inhaltsbeschreibungen erstellt werden sollen. Das bedeutet wieder eine Fülle von Notwendigkeiten, die sich daraus ergeben wird.

Es werden neun Querschnittsaufgaben genannt. Was ist mit der zehnten Querschnittsaufgabe?

(Glocke des Präsidenten)

Die Stellenbesetzung habe ich bereits erwähnt. Ein gravierender Mangel ist, dass Lehrpläne künftig durch Lernrahmenpläne ersetzt werden sollen. Meine Damen und Herren, das sollen fünf Persönlichkeiten anstatt der Kommission, deren Aufgabe es vorher gewesen ist, bewältigen. Wie Sie das hinkommen wollen, ist mehr als zweifelhaft.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Schuler:

Als Gäste im rheinland-pfälzischen Landtag begrüße ich Bürgerinnen und Bürger aus Sörrenloch, Flüchtlinge aus Mainz sowie eine Lehrergruppe der Regionalen Schule Weisenheim am Berg. Seien Sie herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Zu einer Kurzintervention erteile ich der Abgeordneten Frau Thomas das Wort.

Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Lelle, eigentlich benötige ich nach Ihrer Rede eine Langintervention. Deshalb beschränke ich mich auf das, was Sie

zum Thema Integration gesagt haben. Sie wissen, weil ich wiederum weiß, dass Sie diesen Gesetzentwurf aufmerksam gelesen haben, dass wir zu den Themen „Integration von behinderten Kindern“ und „Gemeinsamer Unterricht“ sehr ausführlich und nicht überreguliert dargelegt haben, wie wir es bewerkstelligen wollen, dass tatsächlich verstärkt behinderte Schülerinnen und Schüler in die Regelschule integriert werden können. Es stimmt nicht, wenn Sie das der Abschaffung der Sonderschulen oder des Sonderschulwesens gleichsetzen, sondern unsere Vorschläge bedeuten, dass die Integration und der gemeinsame Unterricht Vorrang haben.

Dem § 44 des Gesetzentwurfs können Sie entnehmen, dass es Aufgabe der Schule ist, dem beeinträchtigten Kind im besonderen Maß Hilfestellungen und professionelle Förderung zuteil werden zu lassen, um den weiteren Besuch im Regelschulsystem zu ermöglichen. Wenn die einzelne Schule das nicht leisten kann, sollen diese Hilfestellungen durch Förderzentren mithilfe personeller Kompetenzen und Unterstützungsleistungen erbracht werden. Nach unserer Auffassung können Sonderschulen teilweise in Förderzentren umgeformt werden, nämlich in Kompetenzzentren, in denen besonders hohe sonderpädagogische Kompetenzen gebündelt werden und Einzelförderungen vorgenommen werden können, die aber auch einzelne Schulen unterstützen können. Genau das steht im Gesetzentwurf, und nichts anderes.

Ich weiß, dass Sie das wissen. Deshalb ist es schwierig, wenn Sie etwas anderes behaupten oder einen anderen Eindruck erwecken wollen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Fakt ist, dass wir, wenn sich die Eltern dafür entscheiden, den Eltern die Wahlmöglichkeit überlassen wollen. Wenn sich Eltern dafür aussprechen, dass ihr Kind in einer Regelschule unterrichtet werden soll, dann werden wir alles in Bewegung setzen, um das zu ermöglichen. Genau das sehen wir in diesem Gesetzentwurf vor.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Schuler:

Zu einer weiteren Kurzintervention erteile ich Herrn Abgeordneten Dahm das Wort.

Abg. Dahm, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will zum Thema „Arbeitszeit“ noch ein Wort sagen. Herr Lelle, ich habe das im Ausschuss schon einmal erklärt. Daher wäre es sinnvoller gewesen, wir hätten im Ausschuss diese Bereiche intensiver diskutiert, anstatt immer wieder die Diskussion zu wiederholen.

Die Überschrift des § 175 lautet „Arbeitszeit, Jahresarbeitszeitkonto“. In Absatz 4 wird dann ausgeführt, dass die Verteilungsschlüssel für die Arbeitszeit auf das Jahresarbeitszeitkonto zu rechnen sind. Daher können Sie nicht sagen: Dort steht zwar Jahresarbeitszeitkonto, aber wir rechnen das einfach einmal auf die Wochenarbeitszeit einer Woche, in der Schule ist und in der keine Ferien sind, um. - Das geht nicht. Wenn Sie wirklich die Jahresarbeitszeit eines Lehrers nehmen und davon 40 % für Bildungsangebote rechnen, kommen Sie ungefähr auf die Deputatstunden, die wir heute haben. Insofern gibt es keine Änderungen. Das ist aber schon alles ausgeführt worden.

Versuchen Sie bitte nicht, durch eigene Annahmen, die gar nicht im Gesetzentwurf stehen und die wirklich ausgeschlossen sind, unseren Berechnungsschlüssel ad absurdum zu führen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Schuler:

Ich erteile Herrn Kollegen Lelle zu einer Erwiderung das Wort.

Abg. Lelle, CDU:

Frau Thomas, es hilft nichts, in Ihrem Gesetzentwurf steht, dass die behinderten Schüler grundsätzlich in die Regelschule einzuschulen sind.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das ist auch ein Grundsatz!)

Das bedeutet in der Umsetzung schlicht und einfach das Ende der Sonderschule.

(Zuruf der Abg. Frau Thomas,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Daran gibt es nichts zu deuten.

Herr Dahm, das, was Sie eben gemacht haben, war lustig. Sie haben auf die Jahresarbeitszeit abgehoben.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das steht doch im Gesetz!)

Wenn ich vom Schulalltag ausgehe, muss ich die Einteilung 40 : 40 : 20 selbstverständlich auf jeden Tag und auf jede Woche herunterziehen. Sie wollen doch dem Parlament nicht mitteilen, dass es Lehrer gibt, die wochenlang nur Unterricht halten, die sich dann wochenlang nur vorbereiten und dann noch ein paar Tage an Konferenzen teilnehmen.

(Pörksen, SPD: Wann machen die frei?)

Wollen wir uns darauf verständigen, dass auch die Lehrer ihre 40 Stunden arbeiten. Wenn sie nach diesem Maßstab arbeiten, verbleiben nach dieser Regelung 16 Stunden Unterrichtsverpflichtung und sonst nichts. Das ist wirklich nicht solide.

(Beifall der CDU -

Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das ist doch einfach falsch!)

Vizepräsident Schuler:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Kuhn das Wort.

(Bruch, SPD: Können wir nicht mit
der Kurzintervention anfangen?)

Abg. Kuhn, F.D.P.:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst zu den GRÜNEN: Es wird Ihnen nicht gelingen - der Versuch ist wirklich leicht durchschaubar -, die erfolgreiche Bildungspolitik der SPD/F.D.P.-Koalition der letzten fünf Jahre kleinzureden. Die Bilanz ist hervorragend. Sie zeigen in Ihrem Gesetzentwurf, auf den ich jetzt zu sprechen komme, dass Sie völlig andere Vorstellungen von Schule und Bildung haben.

Mit Ihren Ideen für ein neues Schulgesetz steuern Sie aus unserer Sicht voll gegen die Maßnahmen zur Schulentwicklung und zu mehr Verantwortung und Profilbildung in der Schule selbst. Die von Ihnen vorgesehene Schwächung der Schulleitung - schon mehrfach angesprochen - ist genau der falsche Weg, um den einzelnen Schulen mehr notwendige Eigenständigkeit zu geben. Wer die Verantwortung für die inhaltliche Ausrichtung der Schule sowie die Personalentwicklung einem so genannten Schulforum übertragen will, in dem die Schulleitung noch nicht einmal Stimmrecht hat, löst jede Verantwortung letztendlich auf. Wenn alle verantwortlich sind, ist am Ende niemand verantwortlich. Dieser Gesetzentwurf sieht organisierte Verantwortungslosigkeit vor.

Das so genannte Schulforum soll sich gleichermaßen aus Lehrern, Schülern und Eltern zusammensetzen und wird auf zwei Jahre gewählt. Meine Damen und Herren, ein Gremium, das alle zwei Jahre neu besetzt wird, entscheidet über besondere Schwerpunkte der Schule, Lehrpläne und Grundsätze der Leistungsbewertung. Wenn man Ihnen dann noch folgt und in Ihrem alten Programm blättert - Abschaffung der Noten -, kann man sich vorstellen, welche Intentionen Sie haben.

Stellen Sie sich vor, Sie schicken Ihr Kind auf eine bestimmte Schule, weil Sie mit der besonderen Schwerpunktsetzung zufrieden sind. Zwei Jahre später entscheidet das Schulforum eine völlig neue Gangart. Wo bleibt denn dann die Kontinuität? Schule braucht Kontinuität. Von der Vergleichbarkeit schulischer Leistungen untereinander will ich in diesem Zusammenhang überhaupt nicht reden. Der Vorschlag der GRÜ-

NEN ist das Gegenteil von Qualitätsmanagement vor Ort und offenbart, dass die GRÜNEN etwas von Ideologie, aber vom Schulalltag recht wenig verstehen.

Völlig unverständlich ist, weshalb sich die GRÜNEN die Mühe machen, einen umfassenden Gesetzentwurf auszuarbeiten - über 200 Paragraphen -, wenn sie sich gleichzeitig offenbar noch nicht einmal in der Schullandschaft - als neu ernannte Bildungssprecherin sollten Sie sich wirklich einmal in der Schullandschaft von Rheinland-Pfalz umsehen - auskennen; denn sonst würden Sie nicht zu solchen abstrusen Vorstellungen kommen. Sie würden sie über Bord werfen, wenn Sie einmal mit Praktikern reden würden.

Anders ist es nicht zu erklären, dass die GRÜNEN - übrigens ein bayerisches Modell - das Modell einer Berufsoberschule übernehmen wollen, wobei ganz vergessen wird, dass wir in Rheinland-Pfalz mit der dualen Oberschule eine wesentlich breitere und fundiertere angelegte Schulform haben.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das ist etwas völlig anderes!)

Sie brauchen nicht nach Bayern zu gehen. Ich finde es sympathisch, dass Sie sich an Bayern orientieren. Die haben manchmal in Bezug auf Schule gute Ideen. Schauen Sie sich aber in Rheinland-Pfalz um. Wir brauchen keine analogen Vorschläge aus einem anderen Bundesland, da wir das bereits machen.

Der F.D.P.-Fraktion geht es grundsätzlich darum, den Schulen Zug um Zug mehr Verantwortung für Schulprofil und Personalentwicklung zu übertragen. Das geschieht Zug um Zug. Hierfür muss nicht über ein neues Schulgesetz philosophiert werden, sondern es muss praktisch gehandelt werden. So werden im Zusammenhang mit der Verwaltungsreform die Entscheidungskompetenzen der Schulen ganz konkret erweitert. Die GRÜNEN hingegen verpacken mit dem neuen Gesetzentwurf lediglich ihren alten,

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Wo denn? Beispiele!)

abgestandenen Traum von aller Macht den Räten. Das ist die Bildungspolitik der 60er-Jahre.

(Zuruf des Abg. Mertes, SPD)

Diese Geschichten kennen wir. Ende der 60er-Jahre sind solche utopischen und unpraktikablen Vorstellungen in den Raum gestellt worden, die von Ihnen aufgegriffen werden. Sie sind hintendran. Das ist Ihr Problem.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Wir haben kein Problem!
Sie haben ein Problem!)

Mit dem Versuch, inhaltliche Schulfragen unmittelbar im Parlament zu beraten - das ist der dickste Hund -, wird zugleich die Verantwortlichkeit zwischen Legislative und Exekutive vernebelt. Insofern kann den GRÜNEN nur empfohlen werden, mit dem Gesetzentwurf gleichzeitig einen Modellversuch zur Auflösung der Gewaltenteilung zu beantragen.

Herr Dahm, wenn Sie dann diese Gewaltenteilung in die Schule hineinragen wollen, zeigen Sie, dass Sie von Schulloyalität wirklich keine Ahnung haben. Lassen Sie mich das einmal so brutal sagen. Es geht nicht, dass Sie in der Schule quasi eine Legislative bilden und dann ein ausführendes Organ sozusagen als Befehlsempfänger installieren, das möglicherweise noch kontrolliert wird. Dann fehlt nur noch die Judikative. Dann haben Sie unser staatliches System auf die Schule heruntergebrochen. Wenn Sie meinen, so könnten Sie Schule organisieren, sind Sie in der Tat schief gewickelt. So wird das nicht funktionieren.

Ich kann mich nur wiederholen: Ihr Gesetzentwurf macht im Großen und Ganzen nur eines deutlich: Sie sind immer nur von solch ideologischen Geschichten fasziniert, aber wenn es um die praktischen Erfordernisse im Hinblick auf die Weiterentwicklung unseres Schulsystems geht, haben Sie wenig zu sagen.

(Beifall der F.D.P. und der SPD -
Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Wie wäre es denn mit einer inhaltlichen Kritik, Herr Kuhn!)

Vizepräsident Schuler:

Ich erteile Frau Staatssekretärin Ahnen das Wort.

Frau Ahnen, Staatssekretärin:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Schule der Zukunft wird eine Schule mit mehr Selbstständigkeit und mehr Freiheit sein.

(Pörksen, SPD: Aber nicht mit mehr Paragraphen!)

Es wird eine Schule sein, die mit mehr Handlungsfähigkeit, mehr Selbstverantwortung und mehr Eigenverantwortung ausgestattet sein wird, um ein eigenes erkennbares Profil zu entwickeln und zu gestalten. Für diese Schule der Zukunft wird Beratung und Hilfe ebenso wichtig sein wie Aufsicht.

Sie haben auf einen Teil dieser Aussagen Bezug genommen und gesagt, selbst Herr Minister Zöllner habe das so formuliert. Frau Thomas, das hat nicht nur Herr Minister Zöllner so formuliert, sondern das ist sicherlich auch die Auffassung der gesamten Landesregierung. Die unterscheidet sich aber diametral von dem, was Sie mit Ihrem Gesetzentwurf vorgelegt haben.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Uns geht es nämlich tatsächlich um eine neue Qualität von Schule. Dafür müssen mit der gebotenen Energie, aber auch mit der gebotenen Behutsamkeit innerhalb und außerhalb der Schule Strukturen geschaffen werden, die diese Veränderungen dauerhaft ermöglichen, fördern und tragen. Diesen Weg hat die Bildungspolitik der Landesregierung seit Jahren beschritten.

Deregulierung des öffentlichen Schulwesens, Stärkung der Eigenverantwortung der Schulen, Qualitätssicherung und Evaluation des Bildungsangebots sind die Stichworte und, Frau Abgeordnete Thomas, für uns nicht nur leere Leitworte, die die Bildungspolitik der Landesregierung kennzeichnen.

Frau Abgeordnete Thomas, Sie haben auf eine Reihe aus Ihrer Sicht vermeintlicher Versäumnisse der Landesregierung im Multimediabereich hingewiesen.

(Zuruf der Abg. Frau Thomas,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich könnte das jetzt weit ausführen. Ich kann dazu nur sagen: Wenn wir zu dem, was wir auf den Weg gebracht haben, insbesondere zum Beispiel zu dem riesigen Programm Fitness-training Internet, bundesweit Anfragen nach den Materialien und der Art und Weise bekommen, wie wir das durchgeführt haben, kann auch die Multimediapolitik in Rheinland-Pfalz nicht so schlecht sein.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Zu Ihren differenzierten Äußerungen, die Sie zu Ihren Vorstellungen zur Weiterentwicklung der Integration - in der Zielvorstellung, dass wir mehr Integration möchten, sind wir uns einig - vorgebracht haben, muss ich auch eine Bemerkung machen. Sie haben in Reaktion auf Herrn Abgeordneten Lelle gesagt, so stünde es gar nicht drin, und Sie hätten einen Stufenplan vor, das sei alles viel behutsamer. Sie konnten aber offensichtlich sehr gut damit leben, dass in der Öffentlichkeit keineswegs eine differenzierte Kritik an der Landesregierung geübt worden ist, sondern Sie der Landesregierung massive Vorwürfe gemacht und den Eindruck erweckt haben, als könne man das Problem auch von einem auf den anderen Tag lösen. Das halte ich nicht für verantwortbar.

(Kuhn, F.D.P.: Richtig! -

Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das ist doch Ihr Problem!)

Ich warne nachdrücklich vor der Illusion, zu glauben, man könne Schule allein durch ein neues Gesetz gestalten. Schule ist um vieles mehr. Schule ist um vieles komplizierter, als sich dies auf den ersten Blick darstellt. Schule ist vor allen Dingen die tagtägliche Herausforderung einer pluralen und globalen Gesellschaft an die Implementierung - das ist mir wichtig - der staatlichen Verantwortung für ein zukunftsfähiges Bildungswesen im Land. Für die Fortentwicklung der Schulen - davon

bin ich fest überzeugt - bedarf es jedenfalls wesentlich mehr als rechtlicher Fixierungen.

Neue Perspektiven und Visionen sowie neue Konzepte und Programme müssen zunächst in der Schulpraxis erprobt werden. Sie müssen auf den Prüfstand der Schulwirklichkeit gestellt werden. Die Beteiligten müssen an einem solchen Prozess tatsächlich auch beteiligt werden. Daher will die Landesregierung erst Neues erproben und dann das tragfähige Ergebnis gesetzlich fixieren und nicht umgekehrt, erst etwas gesetzlich festschreiben und dann nach Möglichkeiten der Korrektur und vielleicht der Optimierung suchen. Dies ist der Weg, den der vorgelegte Gesetzentwurf der GRÜNEN aus meiner Sicht fälschlicherweise beschreiten will.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Frau Abgeordnete Thomas, wenn Sie meinen, zitieren zu können, der Minister verweise - jetzt zitiere ich Sie sinngemäß - bei der Frage der Lehrerbildung frustriert in die nächste Legislaturperiode, dann kann ich nur sagen: Er tut das an dieser Stelle genauso wenig frustriert wie an der Stelle, an der er sagt, natürlich muss man über Veränderungen des Gesetzes nachdenken.

(Zuruf des Abg. Dr. Braun,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nur müssen sie vorher erprobt sein. - Das ist für mich eher ein Ausdruck dessen, was wir in der Landesregierung praktizieren, nämlich dass wir Bildungspolitik langfristig anlegen und eine weitsichtige Politik machen.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN legt einen Gesetzentwurf vor, der in 205 Paragraphen die Schullandschaft von Rheinland-Pfalz verändern möchte.

(Dr. Schiffmann, SPD: Das muss man
sich auf der Zunge zergehen lassen!)

Als Ziel dieses Gesetzentwurfs wird die Flexibilisierung und die Selbstgestaltung von Schule formuliert. Der Gesetzentwurf der GRÜNEN zeigt aber eine Regulationsdichte und Detailverliebtheit, die diesem Ziel evident widerspricht. An anderer Stelle sind bereits vielfältige Beispiele für die Überreglementierung und Engführung gemacht worden, sodass ich das hier nicht wiederholen muss.

Das hat aus meiner Sicht auch nichts mit dem Parlamentsvorbehalt zu tun, der von den GRÜNEN in Anspruch genommen wird und sich aber nur auf wesentliche und wichtige Entscheidungen des Gesetzgebers bezieht. Kopiergeld und Klassenfahrten sollten die Schulen eigenverantwortlich regeln

und nicht der Landtag von Rheinland-Pfalz, wenn mir diese Bemerkung gestattet sei.

(Vereinzelt Beifall bei SPD
und F.D.P.)

Dieser Gesetzentwurf hat mit Flexibilisierung, Pluralisierung und Selbstgestaltung wenig zu tun.

Ich möchte aus meiner Sicht noch einen letzten Punkt ansprechen, der heute noch nicht zum Tragen gekommen ist. Ein ganz zentraler Punkt meiner Kritik ist, dass dieser Gesetzentwurf sowohl die staatliche Gesamtverantwortung für das Bildungswesen als auch die Chancengleichheit im Bildungswesen infrage stellt. Das Leitbild des Gesetzentwurfs ist eine Schule, die letztlich nur sich selbst verantwortlich Bildungsarbeit vollzieht, zum Beispiel eigene Bildungspläne, Methodenfreiheit, Ermessensfreiheit im Blick auf die Standards und zugleich eine Schulverwaltung und Schulaufsicht, die auf ein Minimum zurückgeführt wird.

Mit diesen Vorstellungen wird das Schulwesen intransparent, beliebig und atomisiert. Hiermit verliert der Staat in der Tat seine Steuerungsfunktion. Noch problematischer ist, dass gleichzeitig aus der Sicht der Schülerinnen und Schüler und ihrer Eltern das Recht auf Bildung ein Stück ausgehöhlt wird, weil seine Erfüllung von den zufälligen Gegebenheiten der einzelnen Schule abhängt.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Ich fasse zusammen: Der Gesetzentwurf bestimmt aus meiner Sicht Konditionen für die Arbeit von Schule und begründet Strukturen, die die Schulwirklichkeit ignorieren und die Schulen mit Aufgaben überfrachten.

Meine Damen und Herren, wenn man all diese Aufgaben und Berichte sieht, frage ich mich: Wie vermag eine solchermaßen strukturierte Schule ihrer eigentlichen Aufgabe, der Erfüllung des Bildungs- und Erziehungsauftrags gegenüber jungen Menschen, noch nachzukommen?

Dieser Gesetzentwurf ist aus meiner Sicht eher das bildungspolitische Credo der GRÜNEN. Er ist voller Theorie und zum Teil auch Ideologie. Er hat mit der Schulwirklichkeit wenig zu tun. Er ist aus meiner Sicht - das ist meine feste Überzeugung - nicht praxistauglich und umsetzbar.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Vizepräsident Schuler:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung über den Gesetzentwurf - Drucksache 13/6130 - in zweiter Beratung, da die Beschluss-

empfehlung die Ablehnung empfiehlt. Wer dem Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! - Die Gegenprobe! - Der Gesetzentwurf ist mit den Stimmen der SPD, der CDU und der F.D.P. abgelehnt. Herzlichen Dank.

Ich rufe Punkt 7 der Tagesordnung auf:

...tes Landesgesetz zur Änderung des
Landestierkörperbeseitigungsgesetzes
Gesetzentwurf der Landesregierung
- Drucksache 13/6170 -
Zweite Beratung

dazu:

Beschlussempfehlung des Ausschusses
für Umwelt und Forsten
- Drucksache 13/6427 -

Änderungsantrag der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Drucksache 13/6452 -

Wir müssen auf die Berichterstattung verzichten. Herr Kollege Leonhard ist erkrankt.

(Zurufe aus dem Hause:
Ohne Aussprache!)

Danke.

Wir kommen zunächst zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 13/6452 -. Wer dem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! - Gegenstimmen? - Der Änderungsantrag ist mit den Stimmen der SPD und der F.D.P. abgelehnt.

Wir kommen zur unmittelbaren Abstimmung über den Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 13/6170 - in zweiter Beratung, da die Beschlussempfehlung die unveränderte Annahme empfiehlt. Wer dem Gesetzentwurf der Landesregierung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Gesetzentwurf mit den Stimmen der SPD und der F.D.P. gegen die Stimmen der CDU bei Stimmenthaltung des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Wer dem Gesetzentwurf der Landesregierung in der Schlussabstimmung zustimmen möchte, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben! - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist das Landesgesetz zur Änderung des Tierkörperbeseitigungsgesetzes mit den Stimmen der SPD und der F.D.P. gegen die Stimmen der CDU bei Stimmenthaltung des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

(Beifall bei der SPD -
Unruhe im Hause)

Meine Damen und Herren, ich rufe Punkt 8 der Tagesordnung auf:

**...tes Landesgesetz zur Änderung des
Verwaltungshochschulgesetzes
Gesetzentwurf der Landesregierung
- Drucksache 13/6267 -
Zweite Beratung**

**dazu:
Beschlussempfehlung des Ausschusses für
Bildung, Wissenschaft und Weiterbildung
- Drucksache 13/6428 -**

(Unruhe im Hause)

Meine Damen und Herren, Sie erleichtern mir die Arbeit, wenn Sie Ihre Diskussionen in die Lobby verlagern.

Ich erteile dem Berichterstatter, Herrn Abgeordneten Lelle, das Wort.

Abg. Lelle, CDU:

Herr Präsident, der Ausschuss für Bildung, Wissenschaft und Weiterbildung hat den Gesetzentwurf beraten und empfiehlt die Zustimmung.

Vizepräsident Schuler:

Meine Damen und Herren, die Fraktionen haben eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion vereinbart.

Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Schmidt das Wort.

Abg. Dr. Schmidt, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Deutschen Verwaltungshochschule in Speyer, die vom Bund und von allen Bundesländern gemeinsam getragen wird, ist seit über 24 Jahren ein Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung angegliedert.

(Unruhe im Hause)

Vizepräsident Schuler:

Meine Damen und Herren, wenn es weiteren Beratungsbedarf gibt, dann bitte ich, diesen außerhalb des Plenarsaals zu führen.

Abg. Dr. Schmidt, SPD:

Meine Damen und Herren, ich fasse mich relativ kurz.

Bedingt durch die tiefgreifende Umgestaltung von Staat und Verwaltung, die sich gegenwärtig in Deutschland und in Europa vollzieht, muss auch unser Bundesland ein Interesse daran haben, dass sich das Forschungsinstitut qualitativ weiterentwickelt. Wir benötigen auf diesem Sektor eine solide Grundlagenforschung und wissenschaftliche Beratung für die Ausgestaltung einer effektiven dienstleistungsorientierten und bürgernahen Verwaltungspraxis.

Nach einer Evaluation durch den Wissenschaftsrat im Jahr 1999 wurde dem Forschungsinstitut eine in Einzelbereichen der Spitzenforschung zuzuordnende Arbeit attestiert. Zugleich forderte aber auch der Wissenschaftsrat in seiner Stellungnahme als weitere Fördervoraussetzung auf der Basis der blauen Liste zwei Punkte:

1. Eine verstärkte Unabhängigkeit des Forschungsinstituts von der Deutschen Verwaltungshochschule und
2. die Entwicklung von intensiven, im internationalen Bereich angesiedelten Forschungsprogrammen.

Meine Damen und Herren, die SPD-Fraktion begrüßt die im vorliegenden Gesetzentwurf getroffene Grundsatzentscheidung, dass das Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung auch weiterhin ein Institut der blauen Liste bleibt und nicht gänzlich - das wäre die Alternative - in die Deutsche Verwaltungshochschule integriert wird.

Wir Sozialdemokraten begrüßen ausdrücklich die größere Selbstständigkeit des Forschungsinstituts, die stärkere Einbindung von international vorhandenem Sachverstand und die stärkere Förderung der interdisziplinären Zusammenarbeit, wie sie im Gesetzentwurf ihren Niederschlag findet. Ich denke, damit wird das qualitative Profil der anerkannten Forschungseinrichtung in Speyer gefördert und das Forschungsinstitut zu einem Kompetenzzentrum für Verwaltungsforschung in Deutschland weiterentwickelt.

Wir empfehlen die Annahme dieses Gesetzentwurfs.

Danke schön.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Vizepräsident Schuler:

Für die CDU-Fraktion erteile ich der Abgeordneten Frau Kohnle-Gros das Wort.

Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die CDU-Landtagsfraktion wird diesen Gesetzentwurf der Landesregierung unterstützen und ihm zustimmen.

Herr Kollege Dr. Schmidt hat die wenigen inhaltlichen Dinge, die mit diesem Gesetzentwurf zusammenhängen, erläutert. Er hat darauf hingewiesen, dass wir diese Umstrukturierung beim Institut in Speyer brauchen, damit wir weiterhin in die Förderung der blauen Liste fallen. Der Wissenschaftsrat hat Vorgaben gemacht. Diese Vorgaben sind in diesem Gesetzentwurf umgesetzt worden.

Ich denke, damit erübrigt sich eine weitere Debatte.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Schuler:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich Herrn Abgeordneten Dahm das Wort.

Abg. Dahm, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf es ebenfalls kurz machen, nachdem der Sachverhalt schon von Herrn Kollegen Dr. Schmidt dargelegt worden ist. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stimmt der Intention des Gesetzentwurfs selbstverständlich in allen Punkten zu.

Für Rheinland-Pfalz muss es das Ziel bleiben, dass wir Mittel, die wir für die blaue Liste in den Bund-Länder-Topf geben, in der Höhe, in der wir sie hineingeben, auch wiederbekommen. Das war bisher nicht der Fall. Darauf möchte ich noch einmal hinweisen. Der Subventionsbericht der Landesregierung weist dezidiert aus, dass Rheinland-Pfalz bisher ein Geberland war. Wir haben in den Topf hineingezahlt und weniger herausbekommen.

Ich meine, wir haben in Rheinland-Pfalz Forschungseinrichtungen auf hohem Niveau. Auf unsere Große Anfrage in diesem Bereich wurde auch noch einmal deutlich gemacht, dass wir uns in der Forschungslandschaft nicht verstecken müssen. Von daher ist es nur wichtig, dass wir dieses Ziel, entsprechend viele Mittel aus dem Topf der blauen Liste zu erhalten, auch realisieren können.

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf werden wir dem wieder ein Stück näher kommen. Das ist gut so.

Danke schön.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Schuler:

Für die F.D.P.-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Kuhn das Wort.

Abg. Kuhn, F.D.P.:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auch die F.D.P.-Fraktion stimmt diesem Gesetzentwurf zu. Die Begründung ist mehrfach gegeben worden. Das Forschungsinstitut braucht mehr Unabhängigkeit. Der Zusammenhang mit der blauen Liste ist geschildert worden. Es ist für uns alle, über die Fraktionen hinaus, klar, dass sich dieses Forschungsinstitut in dieser Richtung weiterentwickeln soll.

Danke.

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

Vizepräsident Schuler:

Für die Landesregierung erteile ich Herrn Staatssekretär Rüter das Wort.

Rüter, Staatssekretär:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch für die Landesregierung will ich mich kurz fassen, mich aber andererseits für die schnelle und mit der Materie sich intensiv befassende Beratung in den Ausschüssen bedanken.

Ich habe den Eindruck, dass wir ein Gesetzeswerk, das nicht allzu umfangreich ist, auf den Weg bringen, das den Wissenschaftsstandort Rheinland-Pfalz wiederum ein kleines Stück weiterbringt. Wir werden uns in der nächsten Legislaturperiode über die Umstrukturierung der Verwaltungshochschule unterhalten, wobei wir die neuen Herausforderungen, die sich am Horizont zeigen, ebenfalls zu berücksichtigen haben, etwa die Frage der Juristenausbildung. Allerdings ist das, wie Sie wissen, noch nicht entscheidungsreif.

Ich meine, mit der stärkeren Unabhängigkeit des Forschungsinstituts haben wir einen guten Schritt voran getan. Es ist wissenschaftsrechtlich abgesichert. Die Zustimmung des Wissenschaftsrats ist uns zuteil geworden.

Wir haben im Übrigen auch in Verhandlungen mit der Bundesregierung erreicht, dass wir auch einen politischen Status bekommen haben, der gewährleistet, dass dieses Institut zumindest für einen längeren Zeitraum erhalten bleibt. Wenn wir es weiter ausbauen, wenn wir es weiterhin konsequent zu einem Forum für einen wissenschaftlichen Austausch machen, und zwar nicht nur in Rheinland-Pfalz, sondern auch über das Land hinaus, dann bin ich ganz sicher, dass wir mit diesem Institut weiterhin einen beachtlichen Rang im Kreis der Institute einnehmen werden.

Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Vizepräsident Schuler:

Meine Damen und Herren, wir kommen zur Abstimmung. Der Ausschuss hat die unveränderte Annahme empfohlen.

Wer dem Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 13/6267 - zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! - Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Wer diesem Gesetzentwurf in der Schlussabstimmung zustimmen möchte, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben! - Danke schön. Ich stelle fest, dass der Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 13/6267 - einstimmig angenommen ist.

Ich rufe **Punkt 15** der Tagesordnung auf:

**Entwurf einer Vereinbarung zwischen Landtag und Landesregierung gemäß Artikel 89 b der Landesverfassung über die Unterrichtung des Landtags durch die Landesregierung
Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, F.D.P. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Drucksache 13/6421 -**

Die Fraktionen haben eine Redezeit von fünf Minuten vereinbart.

Ich erteile Herrn Kollegen Dr. Schiffmann das Wort.

Abg. Dr. Schiffmann, SPD:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ein wesentliches Element der Verfassungsreform, die wir in diesem Jahr auf den Weg gebracht haben und die am 18. Mai dieses Jahres in Kraft getreten ist, war neben einer Reihe neuer Staatsziele auch die Stärkung der Rechte des Parlaments. Dem haben wir nicht nur in einer neuen Begriffsbestimmung der Aufgaben des Landtags Rechnung getragen, sondern auch mit den beiden neuen Artikeln 89 a - Fragerechte der Parlamentarier - und 89 b - Informationspflichten der Landesregierung -.

In Artikel 89 b ist ein ganzer Katalog von Themen aufgelistet, zu denen die Landesregierung nun durch Verfassungsrecht verpflichtet ist, dem Landtag rechtzeitig zu berichten. Die Details, die die Abstimmung mit dem parlamentarischen Alltag, aber auch mit dem Alltag des Regierungshandelns auf unterschiedlichen Ebenen, auf Landesebene, auf der Ebene des Bundesrats, aber auch bei der Mitwirkung des Landes in europapolitischen Angelegenheiten betreffen, sollten einer Vereinbarung vorbehalten bleiben.

In einigen anderen Landesverfassungen jüngerer Datums ist eine ähnliche Vereinbarung festgeschrieben. Diese Länder sind bis heute nicht zu einer solchen Vereinbarung gekommen. Dass dies in Rheinland-Pfalz wenige Monate nach dem

In-Kraft-Treten der umfassenden Verfassungsreform gelungen ist, ist - so glaube ich - dem positiven Zusammenwirken von Landtag und Landesregierung zu verdanken.

Diese Vereinbarung, die in den verschiedenen Bereichen sehr detailliert regelt, wie der Landtag zu informieren ist, soll „im Geist interorganfreundlichen Verhaltens“ umgesetzt werden. Ich glaube, das rasche Zustandekommen ist ein Beweis dafür, dass der Wille auf beiden Seiten dazu vorhanden ist.

Diese Vereinbarung ist ein wichtiger Schritt zur Stärkung der Rechte des Parlaments; denn wenn viel von der Aushöhlung der Kompetenzen der Landesparlamente einerseits sowie von der Stärkung des Föderalismus sowie der Stärkung der Länder andererseits gesprochen wird, so kann es nicht nur ein Föderalismus der Exekutiven sein, sondern die Parlamente müssen in diesem Prozess gestärkter Rechte und Mitwirkung der Länder auch genannt werden. Die Landesparlamente müssen die Möglichkeit haben, rechtzeitig durch Willensbildung sowie durch politische Vorgaben die Willensbildung der Landesregierung zu beeinflussen.

Andererseits bin ich der Auffassung, dass mit dieser Stärkung der Rechte auch eine gewisse Selbstverpflichtung des Landtags verbunden ist, damit die Pflichten, die der Landesregierung auferlegt wurden, nicht überstrapaziert werden. Die Landesregierung muss auch nach außen, insbesondere dort, wo sie in Prozesse eingebunden ist, die sie nicht selbst steuern kann, handlungsfähig bleiben.

Es wird abzuwarten sein, inwieweit der durch den Sächsischen Landtag eingebrachte und in der Folgewirkung durch die Zusage der Ministerpräsidenten der Länder gefasste Beschluss, im Bereich des Rundfunkänderungsstaatsvertrags nicht nur eine Berichterstattung an die Landtage einzuführen, sondern auch ein Gremium aus Vertretern der Landtage zu schaffen, das insbesondere im Hinblick auf die Staatsverträge über die Rundfunkgebühren informiert wird, unter Umständen - ich formuliere es etwas salopp - ein Trendsetter für eine etwas andere und verstärkte Mitwirkung der Landtage in Bundesangelegenheiten sein kann.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Vizepräsident Schuler:

Ich erteile Herrn Kollegen Bischel das Wort.

Abg. Bischel, CDU:

Herr Präsident, meine verehrten Damen und Herren! Wenn wir uns heute mit dieser, zwischen Landesregierung und Landtagsverwaltung ausgehandelten Vereinbarung beschäftigen, so hat die ganze Angelegenheit eine Vorgeschichte. In

der Vergangenheit gab es immer wieder Diskussionen darüber, dass das Parlament über Vorhaben der Landesregierung zu Zeitpunkten informiert wurde, als andere schon längst informiert waren, das Parlament jedoch in seiner Gesamtheit leider noch nicht.

Natürlich waren die Regierungsfractionen immer informiert, aber die Oppositionsfractionen hatten einen wesentlichen Nachteil der Information. Wenn man sich überlegt, dass das bisherige Verfahren vorsah, dass Außenstehende von Parlament und Regierung, etwa die kommunalen Spitzenverbände oder auch die Spitzenverbände der Gewerkschaften, über Vorhaben der Landesregierung informiert wurden und bereits die Referentenentwürfe erhielten, um dazu Stellung nehmen zu können, aber das Parlament, zumindest die Oppositionsfractionen, noch gar nicht wussten, dass ein Vorhaben beabsichtigt war, muss man natürlich zugestehen, dass ein solcher Zustand zumindest unbefriedigend war.

Es entspricht auch nicht dem Selbstverständnis eines Parlaments, dass wesentliche Informationen über wichtige landespolitische Vorhaben erst zu einem Zeitpunkt gegeben werden, der für eine Informationsweitergabe bereits zu spät ist. So war es logischerweise ein Anliegen des gesamten Parlaments, zu einer Veränderung oder Verbesserung der Situation zu kommen.

Für die CDU-Fraktion darf ich sagen, dass wir bereits in der letzten Wahlperiode auch im Rahmen der Debatte um die Verfassungsreform diese aus Sicht der Opposition wichtige Angelegenheit angesprochen und in die Debatte eingeführt hatten. Ich erinnere mich noch sehr gut an Gespräche, die wir im Zusammenhang mit der Verfassungsreform geführt haben. Mein Vorredner hat bereits darauf hingewiesen. Bei dieser Gelegenheit habe ich auch persönlich immer wieder dieses Anliegen vorgetragen.

Wir haben um die Dinge und deren Formulierung gerungen, die in die Verfassung aufgenommen werden sollten. Ich möchte dies nicht wiederholen. Aber ich muss fairerweise sagen, der Ministerpräsident hat seine Bereitschaft erklärt, diesem anerkannten Anliegen des Parlaments Rechnung zu tragen und eine Sache auf den Weg zu bringen, die im Ergebnis in die nun vorliegende Vereinbarung mündet.

Meine Damen und Herren, ich betrachte es als ein wesentliches Anliegen für das Selbstverständnis des Parlaments, dass wir zu einer solchen Vereinbarung kommen konnten. Ich möchte nun die einzelnen Passagen nicht vortragen. Aber wir haben erreicht, dass das Parlament in seiner Gesamtheit zu einem Zeitpunkt Informationen über das beabsichtigte Regierungshandeln erhält, den man in der fairen Zusammenarbeit zwischen Parlament und Regierung als frühestmöglich betrachten kann. Ich meine, dies trägt auch dazu bei, dass wir uns als Abgeordnete intensiver mit den Materien, die es zu behandeln gilt, beschäftigen können.

Ich halte dies für eine gute Sache und möchte auch diejenigen seitens der Regierung und insbesondere seitens des Wissenschaftlichen Dienstes des Landtags, die mit der Vorbereitung beschäftigt waren, ausdrücklich für die guten Formulierungen loben, die in der Vereinbarung enthalten sind.

(Beifall im Hause)

Das ist eine gelungene Sache. Ich bedanke mich auch namens der CDU-Fraktion für diese Vorschläge. Selbstverständlich stimmen wir diesen Vorschlägen zu.

(Beifall im Hause)

Vizepräsident Schuler:

Meine Damen und Herren, ich darf zunächst Gäste im rheinland-pfälzischen Landtag begrüßen, und zwar Soldaten des Heeresunterstützungskommandos Koblenz, Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Mainzer Landtagsseminar sowie Senioren der Gewerkschaft ÖTV. Seien Sie herzlich willkommen, meine Damen und Herren!

(Beifall im Hause)

Ich erteile Herrn Kollegen Dr. Frey das Wort.

Abg. Dr. Frey, F.D.P.:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zwar hat der Landtag in der Februarsitzung eine umfassende Verfassungsreform beschlossen, die in weiten Teilen am 18. Mai dieses Jahres in Kraft getreten ist, doch nehmen wir den wirklichen Abschluss dieser Gespräche, die auf den Enquete-Kommissionen „Parlamentsreform“ und „Verfassungsreform“ basieren, erst heute vor. Von den Vorrednern wurde bereits darauf hingewiesen, die Informationspflichten der Landesregierung gegenüber dem Landtag und die Informationsrechte des Landtags gegenüber der Landesregierung sollen durch eine Vereinbarung geregelt werden. Diese Vereinbarung liegt heute vor. Sie greift die Diskussionen auf, die über Jahre hinweg in den Enquete-Kommissionen und in den Verhandlungsrunden zur Verfassungsreform geführt worden sind.

Für die F.D.P.-Fraktion kann ich erklären, dass wir diese Vereinbarung unterstützen und ihr zustimmen. Die Regelungen, die dort gefunden worden sind, begrüßen wir grundsätzlich und auch in den Einzelheiten.

Herr Bischof hat bereits darauf hingewiesen, was die Frage der Gesetzentwürfe angeht, so ist es sinnvoll - dies gilt für alle Fraktionen dieses Hauses -, dass wir eine offizielle Zuleitung erfahren, sobald das Kabinett von Referentenentwürfen Kenntnis genommen hat und die Anhörung der Verbände eingeleitet worden ist. Es kommt auch häufig vor, dass wir, egal von welcher Fraktion, bei Veranstaltungen vor Ort

auf Entwürfe der Landesregierung angesprochen werden und man dann auch als Regierungsfraktion ab und zu den Eindruck hat, man könnte mehr Informationen erhalten haben.

(Frau Grützmaker, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Aha!)

- Frau Kollegin Grützmaker, das ist der Parlamentarismus und nicht das, was sich viele vielleicht unter Parlamentarismus manchmal vorstellen. Auch dies ist eine Frage der Offenheit, der Transparenz und eine Regelung, die das Parlament und die Informationsrechte der Abgeordneten deutlich stärkt.

Eine frühzeitige Information über die Staatsverträge macht Sinn, wobei es dabei natürlich größere Schwierigkeiten gibt, da entsprechende Verhandlungen seitens der Landesregierung sehr weit gediehen sein müssen, bis eine Unterrichtung stattfinden kann. Da wird man im Einzelfall abwägen müssen, wann und welche Informationen gegeben werden.

Auch für die Gegenstände von erheblicher landespolitischer Bedeutung sehe ich ein deutliches Plus an Rechten für das Parlament. Insgesamt gesehen ist es also eine Stärkung des Parlamentarismus und des Landtags von Rheinland-Pfalz. Ich denke, wir gehen mit gutem Beispiel für andere Parlamente voran.

Ähnliches gilt für die Frage der Rechtsverordnungen. In den Enquete-Kommissionen wurde umfassend diskutiert, inwieweit der Landtag von seiner Gesetzgebungskompetenz im Einzelfall Gebrauch machen kann. Dazu benötigt er allerdings die Informationen, was das Handeln der Landesregierung angeht. Auch hier sehe ich eine deutliche Verbesserung der Informationsmöglichkeiten des Landtags im Ganzen und der Abgeordneten im Einzelnen.

Herr Kollege Dr. Schiffmann hat auf das so genannte interorganfreundliche Verhalten hingewiesen. Das ist ein unmögliches Wortungetüm. Aber ich denke, ein freundschaftliches Miteinander im positiven Sinn wird dazu führen, dass diese Vereinbarung in einem guten Geist und in einem kooperativen Umfeld umgesetzt werden kann. Bei gegenseitiger Rücksichtnahme bin ich der Meinung, dass eine Stärkung des Parlamentarismus insgesamt in Rheinland-Pfalz erfolgen wird. Deswegen bin ich froh, dass es einen gemeinsamen Antrag aller Fraktionen gibt. Was die Zusammenarbeit zwischen Parlament und Regierung angeht, werden wir dieses Land ein weiteres Stück voranbringen.

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

Vizepräsident Schuler:

Ich erteile Frau Kollegin Grützmaker das Wort.

Abg. Frau Grützmaker, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist wirklich erfreulich, wenn sich das Parlament einmal als Ganzes über alle Fraktionen hinweg zusammenfindet und etwas macht, wodurch es sich gestärkt fühlt und seine Stellung auch gestärkt wird.

Wir haben sehr lange in der Enquete-Kommission „Parlamentsreform“ darüber geredet, wie man so etwas darstellen kann. Wir haben um verschiedene Formulierungen gerungen. Ich denke auch, dass das, was in der Enquete-Kommission besprochen und dann am Ende auch gemeinschaftlich beschlossen wurde, ganz gut umgesetzt ist. Wir hatten damals noch einstimmig gefordert, dass man einen Extraantrag für Europa macht. Aber das ist diesmal nicht dabei gewesen. Das ist der einzige kleine Wermutstropfen, den ich bisher finden kann.

Ich finde es sehr schön und gerade auch für die Opposition sehr begrüßenswert, dass die Landesregierung ihr Verhalten im Bundesrat nicht frühestmöglich, aber frühzeitig, wie dort ausdrücklich steht, im Landtag darstellen soll. Ich möchte einen Punkt noch einmal besonders zitieren, den ich für ziemlich fortschrittlich halte. Unter dem Aspekt der Unterrichtung über Bundesratsangelegenheiten steht in der Vereinbarung unter Nummer III 2 d: „Erfolgt eine politische Willensbildung im Landtag“ - also über etwas, was die Landesregierung im Bundesrat tun möchte -, „so wird die Landesregierung diese in ihre Entscheidung über ihr abschließendes Stimmverhalten einbeziehen.“ Das ist schon einmal ein guter Fortschritt. Ich glaube nicht, dass es so etwas woanders gibt. Es ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit, aber es ist natürlich sehr schön, wenn das auch einmal niedergeschrieben wird.

Die anderen Punkte sind auch schon erwähnt worden. Ich möchte noch einen Punkt nennen, den wir immer wieder feststellen, dass nämlich die Exekutive über die Ministerkonferenzen und über den Bundesrat handelt, ohne dass die Legislative dort viel eingreifen kann. Ich würde mir noch einen Punkt wünschen. Es gibt nicht nur die Ministerkonferenzen, sondern es gibt inzwischen auch institutionalisierte Staatssekretärstreffen, Referententreffen usw.

(Ministerpräsident Beck: Die gab es schon zu allen Zeiten!)

Vielleicht könnte uns die Landesregierung einmal darüber unterrichten, wo überall die Zusammenarbeit unter den Ländern schon institutionalisiert ist. Herr Rüter, Sie heben die Arme so hoch, so hatte ich mir es auch ungefähr vorgestellt. Aber ich denke, das ist für das Parlament einmal ganz interessant.

Wenn über Bundesratsentscheidungen der Landesregierung vorher oder nachher oder zu einem Zeitpunkt, der nahe ist, informiert wird, fände ich es wichtig, dass dies auch einmal in

den Ausschüssen bei wichtigen Sachen getan wird. Wir haben das im Bildungsausschuss schon gemacht. Ich glaube, das muss nicht immer nur alles schriftlich sein.

Meine Damen und Herren, über die Gesetzentwürfe, die frühzeitige Information und das unangenehme Gefühl wurde schon geredet, wenn man von Verbänden mit einem Gesetzentwurf konfrontiert wird, den man selbst noch nicht kennt. Wir hoffen, dass das jetzt ausgeräumt ist.

Wir finden es auch sehr wichtig, dass Rechtsverordnungen im Landtag besprochen werden. Wir haben in der letzten Zeit festgestellt, dass Rechtsverordnungen des Öfteren auch den Inhalt eines Gesetzes ziemlich konterkarieren können. Insofern halte ich das auch für eine gute Sache.

(Bruch, SPD: Das können Sie nicht!)

- Naja, wir haben in einigen Gesetzen Erfahrungen. Ich nenne zum Beispiel das alte Bildungsurlaubsgesetz.

(Bruch, SPD: Das geht nicht! Das kann sich nur auf ein Gesetz beziehen!)

Meine Damen und Herren, ich glaube, diese Vereinbarung hat ein neues Kapitel in der Zusammenarbeit zwischen Landesregierung und Landtag aufgeschlagen. Dieses interorganfreundliche Verhalten wurde schon ein paar Mal zitiert, was ich auch noch machen wollte. Ich glaube aber, es muss sich jetzt in der Praxis zeigen, wie sich so etwas bewährt, ob es zu viel ist, ob es zu wenig ist, ob es überhaupt durchgeführt wird, ob das Ganze überhaupt praxistauglich ist. Ich glaube, deshalb ist es ganz richtig, dass man im Jahr 2004 einmal überprüfen muss, wie sich das in der Praxis bewährt hat. Das ist schon in der Vereinbarung so festgehalten. Dann werden wir vielleicht noch ein bisschen schlauer sein.

Soweit wir das jetzt überblicken können, finden wir das in Ordnung und werden dieser Vereinbarung auch zustimmen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Schuler:

Für die Landesregierung spricht Herr Staatssekretär Rüter.

Rüter, Staatssekretär:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist schön, dass die vier Fraktionen im Landtag einig sind. Bei einer Vereinbarung, bei der auf der anderen Seite die Landesregierung steht, ist es natürlich noch schöner, dass das Einverständnis zwischen der Landesregierung und dem Parlament besteht. Das, was jetzt an Inhalt vereinbart und festgeschrieben worden ist, hat schon eine beachtliche verfassungspolitische Di-

mension. Deswegen sollte man dazu auch aus der Sicht der Landesregierung einige Sätze verlieren.

Zum einen möchte ich deutlich machen, dass wir an den bisherigen Briefwechsel zwischen dem Ministerpräsidenten und dem Landtagspräsidenten anknüpfen und mit dieser Vereinbarung eine neue Stufe der Verbindlichkeit schaffen. Sie werden sich daran erinnern, dass der Ministerpräsident bereits am 16. Februar dieses Jahres an dieser Stelle betont hat, dass die Landesregierung dem Landtag Vorschläge unterbreiten und den Dialog mit dem Parlament suchen wird, um die Informationsrechte auch für den Alltag des Parlamentarismus handhabbar zu gestalten.

Ich denke, dass das mit der Vereinbarung gelungen ist und wir damit auch die Zusage des Ministerpräsidenten eingelöst haben, dass wir uns konstruktiv einbringen. Die Gespräche zwischen der Landtagsverwaltung und der Staatskanzlei, zwischen den Ressorts und der Staatskanzlei und auch auf der parlamentarischen Ebene waren sehr konstruktiv, so dass wir miteinander heute feststellen können, wir haben einen guten Textvorschlag gefunden, der unterschrieben werden kann.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Artikel 89 b und das, was wir jetzt in Folge dieser verfassungsrechtlichen Regelung auf den Weg bringen, ist wirklich ein gutes Beispiel des Miteinanders zwischen den politischen Verfassungsorganen. Das ist mehrfach betont worden; ich sage das auch für die Landesregierung. Es ist ganz klar, dass wir als Landesregierung zur Kenntnis nehmen, dass das Parlament, die Fraktionen, die Abgeordneten auf frühzeitige Informationen angewiesen sind, obwohl das in riesiger Zahl nicht immer und ohne weiteres leistbar ist, siehe Referentenbesprechungen. Wir tun das, was möglich ist.

Auf der anderen Seite muss selbstverständlich die Exekutive handlungsfähig bleiben. Wenn wir wegen jeder getroffenen Vereinbarung oder wegen jeder auf der Fachressortebene eingegangenen Initiative ins Parlament gehen müssten, wäre das in der Praxis nicht mehr handhabbar. Die Probleme bei Staatsverträgen sind durch die Diskussion über den neuesten Rundfunkstaatsvertrag ganz klar und eindeutig geworden.

Es ist eindeutig, wir wollen die verfassungsmäßige Beauftragung. Der Landtag soll seine Kompetenzen wirksam erfüllen können. Auch vonseiten der Landesregierung wollen wir das unterstützen und mit dieser Vereinbarung sicherstellen, dass die politische Willensbildung, für die Sie das erste Organ sind, als Landtag und Parlament umgesetzt werden kann.

Es ist auch richtig, dass wir als Land Rheinland-Pfalz mit dieser Vereinbarung in dem Kreis der Länder in der Bundesrepublik nunmehr eine führende Rolle einnehmen. Wir haben das überprüft. Es gibt in keinem anderen Parlament eine vergleichbare Regelung. Damit haben wir Zeichen gesetzt und die ganz wichtigen Informationsbeziehungen zwischen Regierung und Parlament erheblich verbessert.

Das Jahr 2004 ist genannt worden. Dass wir das von Zeit zu Zeit überprüfen müssen und wie bei einem Gesetz eine Folgenabschätzung miteinander vornehmen müssen, ist selbstverständlich. Wenn man Erfahrungen gesammelt hat, kann man vielleicht zu einer Fortschreibung kommen, die das Miteinander noch ein weiteres und gutes Stück verbessert.

Ich möchte mich auch von meiner Seite für die konstruktive Zusammenarbeit und ausdrücklich bei Herrn Professor Gebauer für den Bereich der Landesregierung bedanken, weil er ganz entscheidend dazu beigetragen hat, dass wir in der Vorbereitung zu guten Texten und Formulierungen gekommen sind. Das ganze ist parlaments- und regierungsverträglich. Damit sind wir miteinander auf einem guten Weg.

Ich bedanke mich.

(Beifall der SPD, der F.D.P. und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Schuler:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Wir stimmen über den Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, F.D.P. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 13/6421 - ab. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen! - Das ist einstimmig. Vielen Dank.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der heutigen Plenarsitzung.

Ich bedanke mich herzlich und schließe die Sitzung.

Ende der Sitzung: 17.24 Uhr